

Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Hartmut Häußermann

Von der „sozialistischen“ zur „kapitalistischen“ Stadt

Carola Scholz/Werner Heinz

Stadtentwicklung in den neuen Bundesländern:
Der Sonderfall Leipzig

Lothar Bertels/Ulfert Herlyn

Von der grauen zur bunten Stadt
Folgen des Umbruchs in Gotha

Elmar Lange/Steffen Roski/Peter Schöber

Wittenberg auf dem Weg zur Normalität

Politischer und wirtschaftlicher Wandel in der Lutherstadt 1990 bis 1994

B 12/95

17. März 1995

Hartmut Häußermann, Dr. rer. pol., geb. 1943; Professor für Stadt- und Regionalsoziologie im Institut für Sozialwissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin; bis September 1993 Mitglied der Zentralen Wissenschaftlichen Einrichtung „Arbeit und Region“ an der Universität Bremen.

Veröffentlichungen u. a.: (Hrsg. zus. mit Jürgen Friedrichs und Walter Siebel) Süd-Nord-Gefälle in der Bundesrepublik?, Opladen 1986; (zus. mit Walter Siebel) Neue Urbanität, Frankfurt am Main 1987; (Hrsg.) Ökonomie und Politik in alten Industrieregionen Europas, Basel 1992; (Hrsg. zus. mit Walter Siebel) Festivalisierung der Stadtpolitik. Stadtentwicklung durch große Projekte, Leviathan, Sonderheft 13, Opladen 1993.

Carola Scholz, Dipl.-Soz., geb. 1952; Studium der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften in Frankfurt am Main; wissenschaftliche Mitarbeiterin im Deutschen Institut für Urbanistik, Abteilung Köln.

Veröffentlichungen u. a. zu Fragen des Stadtmarketing.

Werrner Heinz, Dr. phil., Dipl.-Ing., geb. 1944; Studium der Architektur, Stadtplanung und Soziologie an der TH Darmstadt; von 1971 bis 1978 freier Planer und Gutachter; seit 1978 wissenschaftlicher Mitarbeiter im Deutschen Institut für Urbanistik.

Zahlreiche Arbeiten und Veröffentlichungen zu Fragen der Stadtentwicklung.

Lothar Bertels, Dr. rer. pol., Dipl.-Ing., geb. 1949; Stadtplaner und Soziologe; wissenschaftlicher Angestellter an der Fernuniversität – Gesamthochschule – Hagen, Fachbereich Erziehungs-, Sozial- und Geisteswissenschaften.

Veröffentlichungen u. a.: Neue Nachbarschaften, Frankfurt am Main 1981; Gemeinschaftsformen in der modernen Stadt, Opladen 1990; (Hrsg.) Gesellschaft, Stadt und Lebensverläufe im Umbruch, Bad Bentheim 1994; (Hrsg. zus. mit Ulfert Herlyn) Stadt im Umbruch: Gotha. Wende und Wandel in Ostdeutschland, Opladen 1994.

Ulfert Herlyn, Dr. disc. pol., geb. 1936; Studium der Soziologie in Göttingen, Köln und Berlin; seit 1974 Professor für Planungsbezogene Soziologie in Hannover.

Veröffentlichungen u. a.: Leben in der Stadt, Opladen 1990; (zus. mit Hans-Ulrich Lakemann/Barbara Lettko) Armut und Milieu. Benachteiligte Personen in großstädtischen Quartieren, Boston 1991; (Hrsg. zus. mit Bernd Hunger) Ostdeutsche Wohnmilieus im Wandel, Basel 1994; (zus. mit Gitta Scheller/Wulf Tessin) Neue Lebensstile in der Arbeiterschaft? Eine empirische Untersuchung in zwei Industriestädten, Opladen 1994; (Hrsg. zus. mit Lothar Bertels) Stadt im Umbruch: Gotha. Wende und Wandel in Ostdeutschland, Opladen 1994.

Elmar Lange, Dr. soz., geb. 1943; Studium der Soziologie, Volkswirtschaftslehre und Psychologie in Münster und Wien; seit 1980 Professor für Soziologie an der Fakultät für Soziologie der Universität Bielefeld.

Veröffentlichungen u. a.: Marktwirtschaft, Opladen 1989; Gegenwartsgesellschaften: Die Wirtschafts- und Sozialstruktur der Bundesrepublik, Stuttgart 1990; Jugendkonsum, Opladen 1992; (zus. mit Peter Schöber) Sozialer Wandel in den neuen Bundesländern. Beispiel: Lutherstadt Wittenberg, Opladen 1993; (Hrsg.) Der Wandel der Wirtschaft, Berlin 1994.

Peter Schöber, Dipl.-Volksw., Dr. rer. pol., geb. 1936; Professor für Soziologie, insbesondere politische Ökonomie an der Fakultät für Soziologie der Universität Bielefeld.

Veröffentlichungen u. a.: Die Wirtschaftsmentalität der westdeutschen Handwerker, Köln–Opladen 1968; (zus. mit Johann-Christof Kuchemann) Soziale Kreativität und soziale Entwicklung in der Dritten Welt. Das Beispiel Peru, Frankfurt am Main–New York 1980; Kommunale Selbstverwaltung. Die Idee der modernen Gemeinde, Stuttgart–Berlin 1991; (zus. mit Elmar Lange) Sozialer Wandel in den neuen Bundesländern. Beispiel: Lutherstadt Wittenberg, Opladen 1993.

Steffen Roski, Dipl.-Soz., geb. 1965; wiss. Mitarbeiter an der Fakultät für Soziologie der Universität Bielefeld.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 53111 Bonn.

Redaktion: Dr. Klaus W. Wippermann (verantwortlich), Dr. Katharina Belwe, Dr. Ludwig Watzal, Hans G. Bauer.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62–65, 54290 Trier, Tel. 06 51/4 60 41 86, möglichst Telefax 06 51/4 60 41 53, nimmt entgegen

– Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;

– Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;

– Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassensatzstärke hergestellt werden.

Von der „sozialistischen“ zur „kapitalistischen“ Stadt

Die Entwicklung der Städte unterlag in der DDR gänzlich anderen Bedingungen als in der Bundesrepublik. Es gab kein privates Bodeneigentum (mehr), alle Investitionen wurden zentralstaatlich gelenkt, und die kommunale Selbstverwaltung war lediglich eine Fassade. Stadtbild, Stadtstruktur und Wohnbedingungen konnten daher nach einheitlichen Kriterien für die gesamte DDR „gestaltet“ werden. Durch die Integration der DDR in das politische und ökonomische System der Bundesrepublik haben sich nun auch die Bedingungen für die Stadtentwicklung fundamental verändert.

Obwohl es keine einheitliche Vorstellung davon gab, wie eine „sozialistische“ Stadt sein sollte, können anhand einiger als besonders negativ geltender Merkmale der „kapitalistischen“ Stadt die Umrisse eines Gegenbildes skizziert werden: Im Sozialismus sollte sich die *Nutzungsstruktur der Stadt* nicht aus den Verwertungsinteressen der privaten Grundeigentümer, sondern aus politischen Festlegungen ergeben; das System der *Wohnungsversorgung* sollte soziale Ungleichheit nicht reproduzieren, sondern für alle Einwohner gleiche Bedingungen für eine „sozialistische Lebensweise“ herstellen; die *Stadtstruktur* sollte kompakt sein, damit die kollektiven Infrastruktureinrichtungen und die öffentlichen Verkehrsmittel gut erreichbar sind.

I. Steuerung der Stadtentwicklung

Die Entwicklung der Raum- und Nutzungsstruktur unterschied sich in „sozialistischen“ und „kapitalistischen“ Städten grundlegend: Während unter marktwirtschaftlichen Bedingungen die Stadt aus dem Zusammenwirken einer Vielzahl von Akteuren entsteht, konnten in der sozialistischen Stadt die Orte und die Art von Investitionen zentral festgelegt werden.

In der „kapitalistischen“ Stadt spielen die Entscheidungen der privaten Grundeigentümer eine zentrale Rolle. Zwar sind deren Interessen nicht vollkommen einheitlich, aber eine möglichst rentable Verwertung des Bodens kann als zentrales Allokationsprinzip „kapitalistischer“ Stadtentwicklung

bezeichnet werden. Der politische Einfluß auf die Stadtstruktur bewegt sich auf dem schmalen Grat einer „öffentlichen Planung auf privatem Terrain“. Die Eingriffs- und Planungsmöglichkeiten der Stadtverwaltungen wurden seit der Gründerzeit zwar nach und nach erheblich erweitert, aber Stadtentwicklung ergibt sich im Grundsatz immer aus Kompromissen zwischen privaten und öffentlichen Interessen. Wo rechtlich die Stellung der öffentlichen Planung stark erscheint (z. B. Enteignungsrechte, Baugebote usw.), wird sie materiell durch den Schutz der Eigentümerinteressen wieder eingeschränkt (z. B. Entschädigungsregelungen).

Nach dem liberalen Verständnis von Stadtentwicklung, das sich nach den bürgerlichen Revolutionen des 19. Jahrhunderts in Deutschland zunächst weitgehend durchsetzte, entsteht die beste Stadt, wenn jeder Eigentümer sein individuelles Interesse verfolgt. Diese Art der „Produktion von Stadt“ funktionierte tatsächlich so lange, wie das Stadtbürgertum sich vor allem aus Eigentümern zusammensetzte, versagte jedoch ab dem Zeitpunkt, als besitzlose Massen in die Städte strömten und die Vermietung von Wohnraum zu einem eigenständigen Geschäftszweig werden konnte. Unter „reinen“ Marktbedingungen mußten nun Wohn- und Lebensverhältnisse entstehen, die von der bürgerlichen Gesellschaft insgesamt als Gefahr für die politische und sittliche Ordnung sowie für die Gesundheit der Bewohner wahrgenommen wurden. Seitdem setzt die öffentliche Planung den privaten Investoren einen Rahmen, der allerdings so zugeschnitten sein muß, daß er von diesen auch tatsächlich ausgefüllt, gleichsam „angenommen“ wird: Stadtplanung ist Kompromißbildung.

Diese Art von Stadtentwicklung kennt viele Akteure, die in einem prekären und komplexen Machtgefüge miteinander verflochten sind. Rechte sind unterschiedlich institutionalisiert (qua Eigentums- oder als Beteiligungs-/Partizipationsrechte) und führen zu komplizierten Entscheidungs- und Abstimmungsprozessen. Die „kapitalistische“ Stadt entwickelt sich aus einer Vielzahl dezentraler Einzelentscheidungen; der Einfluß der öffentlichen Planung hinsichtlich der funktionalen und sozialen Nutzungsstruktur darf getrost als gering bezeichnet werden.

Die *Stadt im Sozialismus* entstand unter grundlegend anderen Rahmenbedingungen: Es gab keine private Verfügung über den Boden, alle Investitionen wurden staatlich gelenkt, die Entscheidungsprozesse waren streng hierarchisch gegliedert und sollten zentral koordiniert werden. Die Verfügung über den Stadtraum, über die Nutzungen, über Zeitpunkt und Ausmaß von Investitionen lag vollkommen in staatlicher Hand – ideale Voraussetzungen also für die Stadtplanung. Das Endprodukt „Stadt“ konnte in politischen und fachplanerischen Entscheidungsprozessen theoretisch konstruiert und dann planmäßig realisiert werden, da die staatlichen Organe über alle Instrumente verfügten, die Planung zu implementieren¹ – über derartig umfassende Mittel verfügten früher nicht einmal die absolutistischen Landesherren. Der Begriff „Stadtentwicklung“ ist daher für die sozialistische Stadt im Grunde unangemessen, unterstellt er doch implizit einen Prozeß, in dem sich die Handlungen von verschiedenen (teil-)autonomen Akteuren bzw. Systemen in einem nur teilweise steuerbaren Prozeß verschränken.

Um zu verstehen, was die „sozialistische“ Stadt war bzw. sein sollte, wollen wir zwei Dimensionen der Stadtpolitik untersuchen: die Leitbilder des Städtebaus einerseits, die Machtstrukturen andererseits.

II. Leitbild der „sozialistischen“ Stadt

Unter den Bedingungen des „demokratischen Zentralismus“ haben Leitbilder für den Städtebau eine sehr viel größere Bedeutung für die Entwicklung der Städte gehabt als in den westlichen Ländern: Während bei privater Verfügung über den Boden städtebauliche Leitbilder nur den Rahmen für die Investitionen verschiedener Akteure abgeben, also nur stückweise und in der Regel unvollkommen realisiert werden können², konnten sie

1 Daß diese Organisation in der Wirklichkeit wegen Konkurrenz zwischen verschiedenen politischen Organen, wegen Desinformation und informeller Koalitionsbildungen nicht so funktionierte, wie sie formal hätte funktionieren sollen, braucht hier nicht weiter diskutiert zu werden. Diese Tatsache ist jedoch dafür verantwortlich, daß nicht alle Neubauteile der Städte in Ostdeutschland sich bis ins Detail gleichen.

2 Am ehesten werden unter kapitalistischen Bedingungen städtebauliche Leitbilder dann relevant, wenn ähnliche Bedingungen wie für die Entstehung der „sozialistischen“ Stadt gegeben sind: beim Neubau „auf der grünen Wiese“, wenn große Flächen von einem einheitlichen Träger beplant und bebaut werden. Dies war bei der Entstehung der „Großsiedlungen“ in den sechziger und siebziger Jahren in der (alten)

unter den Bedingungen des Realsozialismus unmittelbar in die Praxis umgesetzt werden. Die Leitlinien der architektonischen Gestaltung waren in den Gründungsjahren der DDR durch eine anti-kapitalistische bzw. antiwestliche Stoßrichtung geprägt, wurden ab den sechziger Jahren jedoch immer stärker den technischen Determinanten der industriellen Bauproduktion unterworfen.

Anhand der Debatten über den Städtebau³ und anhand realisierter Beispiele lassen sich einige Merkmale des Strukturmodells „sozialistische“ Stadt bestimmen, die allerdings in annähernd „reiner“ Form nur in den „sozialistischen Idealstädten“⁴ verwirklicht wurden. Kennzeichnend für die Stadtanlage sind klare Ordnungsprinzipien, Achsen, zentrale Plätze und monumentale Umfassungen. Das Zentrum sollte durch ein Hochhaus hervorgehoben werden, das der „Größe und Bedeutung des Sieges des Sozialismus“ in Deutschland Ausdruck verlieh – eine symbolische Konkurrenz zum Kirchenbau in der vorindustriellen Stadt.

Die Straße sollte dem „Volk“ gehören. Magistrale und Zentraler Platz, die Instrumente des absolutistischen Städtebaus, wurden als Orte für „Fließ- und Standdemonstrationen“ konzipiert. Darin zeigen sich die Züge einer repräsentativen, traditionellen „Stadtbaukunst“, die 1953 ihren Höhepunkt in der DDR erreichte. 1950 hatte Walter Ulbricht – damals Erster Stellvertretender Ministerpräsident der DDR – selbst die Rückbesinnung auf nationale Traditionen proklamiert, ohne die

Bundesrepublik der Fall (vgl. Johann Jessen, Die Zukunft der Großsiedlungen in schrumpfenden Stadtregionen, in: Archiv für Kommunalwissenschaften, (1987) 1, S. 52–65; Großsiedlungsbericht 1994, Bundestagsdrucksache 122/8406). Welche (wechselnden) Leitbilder für die Gestaltung eines neuen Zentrums in einer westlichen Stadt entwickelt wurden, zeigt Dagmar Gausmann: „Ein Bild von einer Stadt“. Eine Industriestadt auf der Suche nach ihrer Mitte: Das Beispiel Marl, in Rolf Lindner (Hrsg.), Die Wiederkehr des Regionalen, Frankfurt am Main–New York 1994, S. 158–183.

3 Vgl. dazu: Thomas Topfstedt, Städtebau in der DDR 1995–1971, Leipzig 1988; Thomas Hosięslawski, Bauen zwischen Macht und Ohnmacht. Architektur und Städtebau in der DDR, Berlin 1991; Klaus von Beyme/Werner Durth/Niels Gutschow/Winfried Nerdinger/Thomas Topfstedt (Hrsg.), Neue Städte aus Ruinen. Deutscher Städtebau der Nachkriegszeit, München 1992; Werner Durth, Die große Magistrale. Städtebau zwischen Gartenstadt und Monumentalbaukunst, in: Die große Magistrale, Perspektiven städtebaulicher Entwicklung, hrsg. von der Wohnungsbaugesellschaft Berlin-Friedrichshain, Berlin 1993, S. 8–25; Simone Hain, Reise nach Moskau: Wie deutsche „sozialistisch“ bauen lernten, in: Bauwelt, (1992) 45, S. 1546–1558.

4 In der DDR wurden vier Städte neugegründet: Stalinstadt (heute: Eisenhüttenstadt), Schwedt, Hoyerswerda und Halle-Neustadt. Zum Leitbild beim Aufbau von Stalinstadt vgl. Wolfgang Kil, Der letzte Monolith. Baudenkmal Stalinstadt, in: Bauwelt, (1992) 10, S. 497–505.

Parallelen zum NS-Städtebau zu scheuen. Bereits 1949 war festgelegt worden, daß die zerstörte Stadt Berlin zumindest im Zentrum wieder als „urbane Metropole“ aus Ruinen auferstehen sollte – mit breiten Boulevards und festlichen Plätzen, mit herrschaftlichen Fassaden und monumentalen Einzelbauten im Stile nationaler Bautradition –, in schroffer Absage an den im Westen kultivierten Gedanken der „Stadtlandschaft“. 1954 hat dann Nikita Chruschtschow die Abwendung vom aufwendigen konventionellen Bauen und die Hinwendung zu einem modernen, industrialisierten Wohnungsbau ohne den inzwischen verhöhten Zuckerbäckerstil proklamiert. 1955 folgte der entsprechende Kurswechsel in der DDR, der auch durch die Ereignisse vom 17. Juni 1953 beeinflusst war: Das Mißverhältnis zwischen der aufwendigen Bauweise bei den großen Projekten in den Großstädten einerseits und der allgemeinen Verschlechterung der Versorgungslage andererseits hatte zum Unmut auch der Bauarbeiter beigetragen. Das neue Motto für den Städte- und Wohnungsbau lautete: besser, billiger, schneller! Das war der Grundgedanke für die Plattenbauweise.

III. Stadtstruktur

Ein genereller Zug der sozialistischen Stadtkonzeption ist die hohe Aufmerksamkeit, die das Stadtzentrum genoß. Dessen besondere Bedeutung ist ausdrücklich in den „16 Grundsätzen zum Städtebau“ hervorgehoben, die von der Regierung der DDR im Jahre 1950 beschlossen worden waren. Dort heißt es: „Das Zentrum bildet den bestimmenden Kern der Stadt. Das Zentrum der Stadt ist der politische Mittelpunkt für das Leben seiner Bevölkerung. Im Zentrum der Stadt liegen die wichtigsten politischen, administrativen und kulturellen Stätten. Auf den Plätzen im Stadtzentrum finden die politischen Demonstrationen, die Aufmärsche und die Volksfeiern an Festtagen statt. Das Zentrum der Stadt wird mit den wichtigsten und monumentalsten Gebäuden bebaut, beherrscht die architektonische Komposition des Stadtplanes und bestimmt die architektonische Silhouette der Stadt. . . . Das Antlitz der Stadt, ihre individuelle künstlerische Gestalt, wird von Plätzen, Hauptstraßen und den beherrschenden Gebäuden im Zentrum der Stadt betimmt (in den größten Städten von Hochhäusern). Die Plätze sind die strukturelle Grundlage der Planung der Stadt und ihrer architektonischen Gesamtkomposition.“⁵

5 K. v. Beyme u. a. (Hrsg.) (Anm. 3).

Die Tatsache, daß derartige Grundsätze von der Staatsregierung erlassen werden konnten, ist deutlicher Ausdruck des Zentralismus, dem der Städtebau in der DDR unterworfen war. Die einheitliche Gestaltung der Zentren war daher auch Ausdruck des neuen ökonomischen und politischen Systems: Endlich konnten, ungehindert von kapitalistischen Partikularinteressen, „künstlerische“ Stadtbaukonzeptionen durchgesetzt werden, in denen sich der Sieg des Sozialismus materialisieren sollte. Nicht Einzelbauten privater Bauherren, sondern ein Ensemble gesellschaftlicher Einrichtungen in einer geschlossenen Gesamtkonzeption sollte den Gemeinschaftscharakter der sozialistischen im Gegensatz zur widersprüchlichen und fragmentierten kapitalistischen Gesellschaft darstellen. Herausragende Einzelbauwerke sollten die Identifikation der Bewohner mit ihrer Stadt und ihrem Sozialismus fördern.

Funktional wurden die Stadtzentren mit Verwaltungs-, Kultur-, Handels- und Dienstleistungseinrichtungen gefüllt⁶, wie in jeder „kapitalistischen“ Stadt auch. Der Einzelhandels- und der Dienstleistungssektor waren stark im Zentrum konzentriert, und die Gebäude der „gesellschaftlichen Einrichtungen“ nahmen eine prominente Stellung ein. Nicht primär die Funktionsmischung selbst machte den Unterschied zur „kapitalistischen“ Stadt aus, sondern die Trägerstruktur und die Differenzierung innerhalb der Funktionen: Weil es keine Konkurrenz zwischen Handels- oder Dienstleistungseinrichtungen und kaum private Unternehmer gab, fehlte die kleinteilige Vielfalt und Mischung von Funktionen und Angeboten weitgehend, die die Stadtzentren in den westlichen Ländern kennzeichnen.

In deutlichem Gegensatz zur Tendenz in den kapitalistischen Städten, wo Umnutzungen zu einem beständigen Sinken der Einwohnerzahlen im City-Bereich führen, stand die Entwicklung der Wohnfunktionen im Zentrum der sozialistischen Städte: Da weder der Bodenpreis noch die Zahlungsfähigkeit der Bewohner für die Standorte des Wohnungsbaus relevant waren und weil es außerdem keine Konkurrenz durch expandierende tertiäre Betriebe gab, wurden in den Stadtzentren auch neue Wohngebäude errichtet. Die Zahl der Wohnungen war z. B. in der Innenstadt von Ost-Berlin im Jahre 1989 höher als vor dem Zweiten Weltkrieg.

Die Grundsätze des Städtebaus waren außerdem gegen die im Westen nach 1945 favorisierten Ten-

6 Vgl. zur Nutzungsstruktur der sozialistischen Stadt: Burkhard Hofmeister, Die Stadtstruktur, Darmstadt 1980; Jürgen Friedrichs (Hrsg.), Stadtentwicklungen in West- und Osteuropa, Berlin – New York 1985.

denzen zur Durchgrünung und Auflockerung der Städte gerichtet: „In der Stadt lebt man städtischer; am Stadtrand oder außerhalb der Stadt lebt man ländlicher. Die vielgeschossige Bauweise ist wirtschaftlicher als die ein- oder zweigeschossige. Sie entspricht auch dem Charakter der Großstadt.“⁷ Das war ein eindeutiges Bekenntnis zur kompakten, dichten Stadt mit der Tendenz zum Hochhausbau. Da es in den Großstadtreionen der DDR private Eigentumsbildung im Wohnungsbau, die in den westlichen Städten in der Nachkriegszeit zum Hauptträger der Stadterweiterung im Umland geworden war, nur in marginalem Umfang gab, fehlte die für westliche Städte typische Form der *Suburbanisierung* in den sozialistischen Städten vollkommen. Sie fand ausschließlich in der Form neuer Hochhausiedlungen am Rande der Stadt statt.

Die SED-Stadtpolitik vollzog den sozialistischen Umbau der „kapitalistischen“ Stadt in einer Art Zangenbewegung: Einerseits wurde das Stadtzentrum mit Repräsentationsgebäuden des Sozialismus durchsetzt und mit Aufmarschplätzen akzentuiert, andererseits wurden an den Rändern jene „Gehäuse“ errichtet, in denen die „sozialistische Lebensweise“ ihren konkreten Ausdruck finden sollte. Während mit großangelegten Wohnungsbauprogrammen in den siebziger und achtziger Jahren mehr als zwei Millionen Wohnungen in Plattenbauweise neu gebaut wurden, verfielen die innerstädtischen Altbaugebiete weitgehend.

IV. Umgang mit Altbaugebieten

Die „alte“ Stadt wurde weitgehend liegengelassen. Dafür gab es eine Vielzahl von Gründen, von denen hier nur drei wesentliche genannt werden.

Erstens: Die alten Mietskasernenviertel galten als Ausdruck kapitalistischer Wohnverhältnisse, die im Sozialismus überwunden werden sollten. In den Großstädten wurde deshalb ihre vollständige Beseitigung (Flächensanierung) geplant. In den neuen Wohngebieten konnte hingegen die „Leistungskraft des Sozialismus“ augenfällig demonstriert werden. Da die Altbauten auf dem technischen Standard der Jahrhundertwende verblieben (Ofenheizung, Außentoilette, kein Bad)⁸ und

durch den Verfall immer mehr Altbauwohnungen unbewohnbar wurden⁹ (im Jahre 1989 standen in der DDR insgesamt 200 000 Wohnungen leer), hatten die Neubauwohnungen eine konkurrenzlose Attraktivität: Sie waren trocken und mit Bequemlichkeit bietender Technik (Zentralheizung, fließend Warmwasser, Innentoilette, evtl. Müllschlucker und Fahrstuhl) ausgestattet. Außerdem waren die notwendigen Infrastruktureinrichtungen (Kindergarten, Schule, Kaufhalle) vorhanden.

Zweitens: Die alten Mietshäuser befanden sich nach 1945 zunächst noch überwiegend in Privatbesitz, und die staatlichen Organe der DDR hatten keinerlei Interesse daran, diesen Besitz durch materielle Unterstützung bei Sanierung oder Modernisierung zu rentablen oder gar attraktiven Wohnhäusern zu machen. Bauhandwerksbetriebe gab es immer weniger, da die gesamte Baupolitik zunehmend auf die Entwicklung des industrialisierten Wohnungsbaus in großen Kombinatorten orientiert war, und die Mieten waren auf so niedrigem Niveau festgelegt, daß Reparatur und Instandhaltung ohnehin nicht aus den Einnahmen hätten finanziert werden können. Die kommunalen Wohnungsverwaltungen weigerten sich häufig sogar, Altbauten als Geschenk in ihren Besitz zu übernehmen, weil ihnen damit die Last der Instandhaltung übertragen worden wäre¹⁰.

Drittens: Da die für die Baupolitik verantwortlichen Funktionäre an die Rationalisierungseffekte des industrialisierten Bauens glaubten, die freilich nie eintraten¹¹, galt schließlich die eindeutige Bevorzugung des Neubaus vor der Sanierung auch als ökonomisch rational¹².

In einer Vorstadt aus dem 18. Jahrhundert im Zentrumsbereich Ost-Berlins mußten noch im Jahre 1989 die Bewohner nachts die Bohrlöcher wieder zuschmieren, die tagsüber die Sprengtruppe gebohrt hatten, die mit der Beseitigung dieses historischen Stadtteils beauftragt waren. Es gab also Widerstand gegen die strikt auf Neubau orientierte Stadtpolitik – und manche Stadtsoziologen, die

9 Die Zahl der Altbauwohnungen in der DDR sank von 5,4 Millionen im Jahre 1961 auf 3,9 Millionen im Jahr 1990.

10 Vgl. Daniela Dahn, *Wir bleiben hier oder Wem gehört der Osten*, Reinbek bei Hamburg 1994.

11 Vgl. Christine Hannemann, *Industrialisiertes Bauen: Zur Kontinuität eines Leitbildes im Wohnungsbau der DDR*, phil. Diss., TU Berlin 1994.

12 Im Staatshaushalt wurden die Kosten für eine Neubauwohnung um 80 000 Mark höher veranschlagt als die Modernisierung einer Altbauwohnung. Mit geringerem ökonomischen Aufwand hätten also mehr Wohnungen mit ausreichendem technischen Standard geschaffen werden können als durch die einseitige Favorisierung des Neubaus.

7 K. v. Beyme u. a. (Hrsg.) (Anm. 3), S. 31.

8 Seit den siebziger Jahren gab es zwar Ansätze zur „Rekonstruktion“ von Altbauwohnungen, aber quantitativ blieb die erhaltende Sanierung marginal.

sich in empirischen Untersuchungen mit den Stimmungen der Bevölkerung vertraut gemacht haben, gehen sogar so weit, daß sie die Unzufriedenheit mit dem Verfall der Altstädte zu einem starken Motiv für den offenen Widerstand im Jahre 1989 erklären.

Die schlechtesten Altbaubestände wurden auch zu Abschiebestationen solcher Bevölkerungsgruppen, die sich nicht der besonderen Wertschätzung der Staatspartei oder einer gesellschaftlichen Organisation erfreuten: unangepaßte Personen („Asoziale“ oder „Querulanten“), alte Menschen, aber auch unqualifizierte Arbeitskräfte in den weniger wichtigen Beschäftigungsbranchen.

V. Soziale Segregation

Gab es also soziale Segregation¹³ – eine räumliche Aufteilung bzw. Separierung der Bewohner nach bestimmten sozialen Merkmalen? Es gab sie, obwohl es sie nicht geben durfte. Die „Annäherung der Klassen und Schichten“ war ein vorrangiges, immer wieder propagiertes Ziel der Gesellschaftspolitik der DDR, und im Wohnungsbau fand es seinen augenfälligsten Ausdruck. Soziale Segregation im Wohnbereich galt als Ausdruck der Klasesengesellschaft, und ihre Beseitigung hätte „in den Städten der DDR ein wesentliches, vielleicht sogar das entscheidende Kriterium der sozialistisch-industriegesellschaftlichen Struktur sein“¹⁴ müssen.

In den Städten war nur ein verschwindend kleiner Teil der Wohnungen Privateigentum, und nahezu alle Wohnungen wurden von der „kommunalen Wohnungsverwaltung“ verwaltet. Da die Mieten extrem niedrig waren und die Höhe zwischen verschiedenen Lagen und Qualitäten kaum differierte, spielte das Einkommen für die Wohnstand-

13 Die stadtsoziologische Forschung in der DDR widmete dieser Frage verständlicherweise wenig Aufmerksamkeit, standen doch alle Fragen der sozialen Differenzierung unter dem Verdikt, daß die sich entwickelnde sozialistische Gesellschaft eine Gesellschaft der Gleichheit sein werde. Eine auf der Basis der neuen gesellschaftlichen Bedingungen entstehende Ungleichheit, wie sie z. B. am Beispiel der Wohnungsvorsorgung in Ungarn analysiert worden sind (vgl. Ivan Szelenyi, *Urban Inequalities under State Socialism*, Oxford 1983), durfte noch nicht einmal gedacht werden. Zu den Elementen sozialer Segregation in den DDR-Städten im Zusammenhang mit den Neubaugebieten vgl. C. Hannemann (Anm. 11).

14 Frank Werner, *Stadt, Städtebau, Architektur in der DDR. Aspekte der Stadtgeographie, Stadtplanung und Forschungspolitik*, Erlangen 1989, S. 122.

ortwahl keinerlei Rolle. Die Wohnungen wurden nach bestimmten Kriterien¹⁵ vergeben, wobei der Grundsatz galt: pro Person ein Raum. Betriebe, gesellschaftliche Einrichtungen und Zweige der öffentlichen Verwaltung hatten eigene Vergabekontingente und dadurch bildeten sich sehr fein segregierte Gruppen in Gebäuden mit solchen „Kontingentwohnungen“.

Gegenüber der zuvor erwähnten diskriminierenden Ausgrenzung kleiner Randgruppen am unteren Ende der sozialen Hierarchie der DDR-Gesellschaft lebte die oberste Schicht der Nomenklatura in relativ privilegierten Wohnverhältnissen¹⁶. Die dazwischenliegende Masse der Bevölkerung wohnte sozialräumlich vergleichsweise gering segregiert – schon deshalb, weil die sozialen Unterschiede in der DDR-Gesellschaft insgesamt sehr gering ausgeprägt waren.

VI. Wer war der „Stadtbauherr“?

In der DDR hatten die Kommunen als eigenständige politische Instanzen faktisch keine Bedeutung¹⁷. Es gab 7563 Gemeinden, die nach dem Gesetz als „örtliche Organe der Staatsmacht“ bezeichnet wurden. Sie hatten zwar nach der Ver-

15 Für die Zuweisung von Wohnraum galten zumindest drei Kriterien: ein gesellschaftspolitisches, ein volkswirtschaftliches und ein soziales. „Bevorzugt versorgt mit Wohnraum wurden kinderreiche Familien, junge Ehepaare ohne eigene Wohnung und alleinstehende Mütter mit Kind“ (Großsiedlungsbericht 1994 [Anm. 2, S. 40]). Das volkswirtschaftliche Kriterium kam zum Zuge dadurch, daß Betriebe Belegungsrechte hatten. An erster Stelle stand das gesellschaftspolitische Kriterium, nach dem die „Kämpfer gegen den Faschismus“ bevorzugt wurden bzw. „Personen, die sich durch herausragende Leistungen bei der Stärkung, Festigung sowie zum Schutz der Deutschen Demokratischen Republik verdient gemacht haben...“ (zitiert nach C. Hannemann [Anm. 11]).

16 F. Werner (Anm. 14, S. 132) hat in seiner „Skizze vermuteter sozialräumlicher Differenzierungen in den Städten der DDR“ die neue politische Elite, die neue und alte wirtschaftliche und kulturelle Elite sowie die Selbständigen und die wirtschaftlichen Führungskräfte zu den privilegiert wohnenden Schichten gerechnet, die in Funktionsghettos (Pankow bzw. Wandlitz), in den alten Villengebieten, in den Einfamilienhausgebieten und in den großen, zentral gelegenen Stadtwohnungen wohnten. In den geschlossenen Wohnbauungen (alte und neue Miethausblocks) vermutete er die „Normalbevölkerung“, in den Wohngebieten mit der niedrigsten Qualität (wozu auch die Altbauten in den Kernen der Klein- und Mittelstädte gehörten) hingegen die „alte Bevölkerung“ sowie die Außenseiter.

17 Vgl. zum folgenden: Sieghard Neckel, *Das lokale Staatsorgan. Kommunale Herrschaft im Staatssozialismus der DDR*, in: *Zeitschrift für Soziologie*, 21 (1992), S. 252–286.

fassung eine „eigene Verantwortung für alle Aufgaben“, dies war jedoch lediglich Fassade, da sämtliche auch die Gemeinden betreffenden Beschlüsse im Rahmen der zentralen staatlichen Leitung und Planung (Verfassung der DDR, Artikel 41) getroffen wurden. Die Gemeindeverwaltung war „doppelt unterstellt“: dem Rat der Bezirke und den jeweiligen „Volksvertretungen“ (Gemeindeparlamente). Die jeweils übergeordneten Räte bzw. Fachverwaltungen konnten deren Beschlüsse aufheben und hatten ein Anweisungsrecht. Wichtige Bereiche einer Stadt kamen überhaupt nicht in die Entscheidungskompetenz der kommunalen Organe. Diese hatten kaum eigenständige Einnahmen, mit denen eine Haushaltspolitik hätte betrieben werden können. Bei der Realisierung eigener und vorgegebener Ziele waren die Kommunen vollständig von den Ressourcen der örtlichen Betriebe abhängig.

Die volkseigenen Betriebe (VEB) und Kombinate bzw. deren Direktoren waren wichtigere Akteure auf der lokalen Ebene als die Kommunalpolitiker selbst. Die Betriebe verfügten über Sach- und Personalressourcen, die die Kommunen für ihre Zwecke von ihnen einwerben mußten. „Die örtlichen Verwaltungen mußten als Bittsteller ständig den Kontakt zu den Betrieben suchen, um Straßen, Sportanlagen oder Versorgungskomplexe bauen, unterhalten oder reparieren zu können, wobei die Betriebe ihrerseits Investmittel aus zusätzlichen Leistungen bereitstellten, die betriebsintern nicht bilanziert wurden, oder aber Arbeitskräfte abstellten, die der Produktion auf Zeit entzogen wurden.“¹⁸ Da die Bauabteilungen der Kombinate in der Regel nicht ausgelastet waren, konnten sie für kommunale Zwecke eingesetzt werden. Außerdem unterhielten große Betriebseinheiten eigene Kinderkrippen, Kindergärten, medizinische Einrichtungen, Sportstätten und Sozialdienste. Die Arbeitsbrigaden veranstalteten regelmäßig Feierabendfeste („Betriebsvergnügen“) und organisierten Ausflüge; auch die Beteiligung an den offiziell angeordneten Aufmärschen, Staatsakten und Parteiveranstaltungen wurde von den Betrieben organisiert und finanziert. Die Kulturarbeit (Musik-, Theater- und Gesangsgruppen sowie andere Kulturzirkel) fiel weitgehend in die Verantwortung der Betriebe. Die großen Betriebe verfügten außerdem über Wohnungseigentum und Ferienanlagen, die sie selbständig bewirtschafteten und verwalteten.

Im gesellschaftlichen System der DDR wurde *der Betrieb* zum zentralen Ort der Lebensorganisation.

¹⁸ Ebd., S. 258.

Die großen Betriebe waren zentrale Verteilstellen von Ressourcen und Orte, von und an denen soziale und kulturelle Dienstleistungen organisiert wurden. Sie verteilten Prämien und beschenkten ihre Mitglieder zu allen möglichen Gelegenheiten – kurzum, der Betrieb hatte sowohl familiäre als auch umfassende Fürsorgefunktionen, die mit denjenigen der Grundherren im Feudalsystem vergleichbar sind¹⁹.

Obwohl es rechtlich – in der Diktion an die Tradition der bürgerlichen Selbstverwaltung in den deutschen Städten erinnernd – die Institution einer gewählten lokalen Regierung gab, war die Selbstbestimmung der Gemeinden doch faktisch vollkommen aufgehoben – und zwar umfassend: *personell*, weil es keine freien Wahlen gab, sondern die Bürgermeister von der Partei ausgewählt und kontrolliert wurden; *finanziell*, weil die Gemeinden nur über minimale eigene Einnahmen verfügten, so daß sie keine Investitionen aus eigenen Ressourcen vornehmen konnten; *sozial*, weil der Mittelstand und das Bildungsbürgertum, die traditionell den Kern der kommunalen Selbstverwaltung bildeten, einerseits systematisch destruiert und andererseits von den politischen Entscheidungsmöglichkeiten ferngehalten wurden. Im *Entscheidungsprozeß* waren die Gemeinden abhängig von den übergeordneten Kreisräten und von den selbständig agierenden Betrieben, die ihrerseits in vertikale Strukturen eingebunden waren, bei denen die Entscheidungen von der zentralen Plankommission ausgingen. Da außerdem die private Bautätigkeit rechtlich und ökonomisch nahezu vollständig lahmgelegt worden war, waren alle dynamischen Elemente einer kommunalen Selbstverwaltung neutralisiert.

VII. Der Übergang zur „kapitalistischen“ Stadt nach der Wende

Wir haben bei der Betrachtung der „sozialistischen“ Stadt einige *Merkmale* festgestellt, die sie vom Typus der „kapitalistischen“ Stadt unterscheiden:

- das als dominant geplante und „künstlerisch“ gestaltete Stadtzentrum mit der Konzentration öffentlich organisierter Einrichtungen auf der

¹⁹ Vgl. Michail Illner, Zwischen Ökonomie und Neofeudalismus, in: Wolfgang Glatzer (Hrsg.), 25. Deutscher Soziologentag 1990. Die Modernisierung moderner Gesellschaften, Opladen 1991, S. 407–413.

Basis einer umfassenden staatlichen Verfügungsgewalt über den Boden;

- die planmäßige Sicherung der kompakten Stadt durch einheitlichen staatlichen Großsiedlungsbau und durch die Verhinderung von Suburbanisierung in der Form des Einfamilienhauses;
- den großflächigen Verfall der Altbaugebiete;
- die geringe bzw. andere soziale Segregation;
- die materielle Austrocknung der politischen Entscheidungsgewalt über örtliche Angelegenheiten und ihre Fragmentierung in Betriebspolitik einerseits, übergeordnete staatliche Fach- und Territorialpolitik andererseits.

Mit der Integration der DDR in die Bundesrepublik änderten sich die wichtigsten Parameter dieses Typus: Die Wiedereinführung von privatem Eigentum begrenzt die umfassenden Planungsmöglichkeiten und eliminiert die Möglichkeiten zur direkten Realisierung von *Stadtstrukturvorstellungen*; die nun eingeführte finanzwirtschaftlich bedingte Konkurrenz zwischen den Gemeinden und Städten hat außerdem zur Folge, daß unerwünschte Struktureffekte nicht verhindert werden können (Stadt-Umland-Konkurrenz insbesondere beim Handel); das Ende des staatlichen Wohnungsbau und die massive Förderung von Privatinvestitionen in diesem Bereich veränderten die Bedingungen von *Wohnungsbau* und -versorgung ebenso grundlegend wie die Reprivatisierung von Haus- und Grundeigentum; die schrittweise Einführung einer an der Wirtschaftlichkeit orientierten Berechnung der *Miete* und die Übertragung des bundesrepublikanischen *Mietrechts* schaffen ein neues Machtgefälle zwischen Mietern und Vermietern²⁰; schließlich tritt mit der Reetablierung der *kommunalen Selbstverwaltung* ein neuer politischer Akteur auf den Plan, der über mehr formale Rechte verfügt, aber auch sehr viele neue Aufgaben zu bewältigen hat: Eigenständige Finanzwirtschaft, Stadtsanierung, Bauleitplanung, Umwelt-, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik sind Bereiche, die in den Stadtverwaltungen der DDR nur eine geringe oder gar keine Rolle spielten.

Diese Veränderungen traten mit dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik formal über Nacht in

20 In der DDR konnte sich jeder Bewohner einer Wohnung wie ein Eigentümer fühlen, denn das Mietverhältnis war unkündbar. Eigeninvestitionen waren daher weit verbreitet. Umzugsmobilität ergab sich im Wohnungsbestand fast ausschließlich durch Wohnungstausch, vgl. dazu: Marlies Schulz, *Der Tauschwohnungsmarkt in der zentralistischen Planwirtschaft – das Beispiel von Ostberlin*, ISR-Forschungsberichte, Heft 3, Wien 1991.

Kraft, aber ihre materielle Wirkung entfalten sie erst nach und nach, denn soziale, politische, institutionelle, räumlich-bauliche und schließlich mentale Strukturen ändern sich langsamer. Die sozial-räumlichen und funktionalen Veränderungen sind in denjenigen Orten am schnellsten und deutlichsten spürbar bzw. sichtbar, wo es eine vergleichsweise dynamische wirtschaftliche Entwicklung gibt bzw. diese erwartet wird, wie das etwa in Leipzig der Fall ist. Diese äußert sich zuerst im Immobiliensektor, wo im Bodenpreis und in Neubauprojekten eine spekulativ oder prognostisch angenommene zukünftige Entwicklung ihren Ausdruck findet. Die neue wirtschaftliche Entwicklung zeigt sich daher zunächst vor allem als „Immobilien-Kapitalismus“, denn im gewerblichen Bereich ging per Saldo eine sehr große Zahl von Arbeitsplätzen verloren. An den Orten, die im Windschatten zukünftiger Ertrags Erwartungen liegen, ändert sich hingegen zunächst wenig. In vielen Kleinstädten haben sich zwar Bausparkassenbüros und Versicherungsfilialen etabliert, Eduscho-Depots sind neonbeleuchtet, aber der Geruch von Stagnation und Depression ist nicht verfliegen.

Langsamer Wandel bei Sanierung und Modernisierung wird heute von vielen Seiten als Defizit der Wiedervereinigung gewertet. Die Überlagerung von tradierten Strukturen, Gewohnheiten, Mentalitäten und politischen Orientierungen mit einem vollkommen revolutionierten institutionellen und rechtlichen Rahmen ist sicher eine Besonderheit der Transformationsphase – eine noch nicht zu beantwortende Frage ist, ob es dadurch in den ostdeutschen Städten und Gemeinden langfristig zu einer vom Westen abweichenden Entwicklung kommen wird. In Ostdeutschland sind andere Vorstellungen über soziale Gerechtigkeit verbreitet als in Westdeutschland, die auch für die Stadtpolitik relevant sind: Die Unkündbarkeit der Wohnung beispielsweise wurde als Grundrecht hoch geschätzt, und das Machtgefälle zwischen Vermieter und Mieter, das mit dem neuen System der Wohnungsversorgung etabliert wurde, findet nur bei den Eigentümern Beifall. Auch wird nicht als selbstverständlich angesehen, daß die Höhe des Einkommens für Standard und Standort der Wohnung entscheidend sein soll; ebensowenig, daß Obdachlosigkeit ein unvermeidliches Resultat einer effektiven Wohnungspolitik sein soll²¹. Ob sich

21 Trotz der teilweisen naiven politischen Einschätzungen gibt das Buch von Daniela Dahn (Anm. 10), in dem die Probleme der Reprivatisierung von Haus- und Bodeneigentum, anschaulich und eindringlich geschildert werden, einen guten Einblick in die sozialmoralischen Überzeugungen, die in der DDR sehr verbreitet gewesen sein dürften.

diese sozialetischen Orientierungen irgendwann in einem eigenständigen Weg der Kommunalpolitik äußern werden, bleibt abzuwarten. Die Rahmenbedingungen für Stadt- und Kommunalpolitik sind möglicherweise auch im neuen System so eng gesteckt, daß der gegenwärtige Wandel in eine bloße Anpassung an „westliche“ Verhältnisse münden wird.

VIII. Die neuen „Stadtbauherren“ oder: Wem gehört die Stadt?

Während im sozialistischen System die Stadt eindeutig dem Staat bzw. der Partei gehörte, werden die Karten seit 1990 neu gemischt. Demokratisch gewählte Gemeindeparlamente und Bürgermeister haben es mit einer sozialen Organisation der Stadt zu tun, bei der eine Vielfalt von Akteuren aus eigenem Recht und mit eigener Macht an der Stadtentwicklung mitwirken: die privaten Grundeigentümer, die neuen Investoren und Developer, die Wohlfahrtsverbände und die „Träger öffentlicher Belange“ (wie z. B. das Arbeitsamt), die Wohnungsbaugesellschaften, die Kammern und Verbände, Bürgerinitiativen und Parteien, übergeordnete Behörden mit Kontrollrechten und Förderangeboten, lokale und überlokale Öffentlichkeit usw. Stadtpolitik wird zu Stadtmanagement in einem komplexen Geflecht von unterschiedlichen Interessen, in dem formale Rechte und Regelungsinstrumente nur dann effektiv genutzt werden können, wenn man sie gut kennt und richtig einzusetzen weiß. Das ist eine Frage eines mit den neuen rechtlichen und ökonomischen Bedingungen vertrauten Fachpersonals, die besonders hohe Bedeutung hat, wenn sehr viele Entscheidungsprozesse gleichzeitig und unter hohem Zeitdruck ablaufen sollen. Und das ist das Mindeste, was von den neuen Stadtverwaltungen erwartet wird: daß sich möglichst viel möglichst rasch, aber auch in die richtige Richtung verändert und bewegt. Daß unter solchen Bedingungen vielerorts gerissene Geschäftemacher zunächst leichtes Spiel hatten, andernorts die unbewältigte Komplexität in eine blockierende Lähmung führte, ist kaum verwunderlich.

Im Vergleich zur alten Bundesrepublik gibt es in Ostdeutschland sehr viel mehr Gemeinden. 81,1 Prozent der Gemeinden in den neuen Bundesländern haben weniger als 5000 Einwohner, fast die

Hälfte weniger als 500! Das wird sich durch die anstehende Gebietsreform zwar verändern, aber dies ist die Situation, in der die Wende auf die kommunale Ebene kam. Die kleinen Gemeinden haben in der Regel kein Fachpersonal, oft überhaupt nur ehrenamtliche Verwaltungskräfte – und diese sollen den nunmehr losgelassenen „Tiger reiten“.

In den großen Städten²² wurde für die Führungspositionen rasch Personal aus den alten Bundesländern rekrutiert und eine Parteienkonkurrenz auch in der Lokalpolitik etabliert, aber in der Masse der Kommunen sahen sich die „Außensteiter als Politiker“²³ mit Interessen und Verhandlungspartnern (aus dem Westen) konfrontiert, denen sie weder vertrauen konnten noch gewachsen waren. Dies gilt keineswegs nur für Haus- und Grundstückskäufer oder Gewerbetreibende, sondern auch für Beratungs- und Planungsfirmen, die im Auftrag der Gemeinden tätig werden wollten. Denn Bauleitpläne mußten entworfen, Anträge für Förderungsprogramme formuliert und Investitionen geplant werden. Da gleichzeitig die Fachaufsicht auf der Landesebene vor ähnlichen Problemen stand, wurden in der grauen Übergangszone Entscheidungen getroffen und Gutachten bestellt, deren Wert gleich Null war oder die in eine falsche Richtung wiesen. Ein Beispiel dafür sind die überdimensionierten Kläranlagen, die vielen Gemeinden von angeblich fachkundigen Planungsbüros aufgeschwatzt wurden und an deren Folgekosten sie noch lange zu tragen haben werden. „Zuerst kamen die Discounter, die schnelles Geld machen wollten, dann die Makler und Juristen, die altes Eigentum requirieren; schließlich die Consulter, die alles versprechen, aber selber nichts können, und last, not least die Qualifizierer, die dem Ostdeutschen klarmachen, was er noch alles lernen muß.“²⁴

Zum Teil ist dies darauf zurückzuführen, daß in fast allen Städten und Gemeinden das politische Führungspersonal nach den ersten Kommunalwahlen im Jahre 1990 komplett ausgetauscht wurde, weil das frühere politisch belastet und/oder unfähig war. Die nun in die Ämter gekommenen

22 In Ostdeutschland gibt es außer Berlin nur wenige sehr große Städte: Mehr als 200000 Einwohner hatten im Jahr 1991 nur Rostock, Magdeburg, Erfurt, Halle, Chemnitz, Leipzig und Dresden.

23 Helmut Berking/Sieghard Neckel, Die gestörte Gemeinschaft. Machtprozesse und Konfliktpotentiale in einer ostdeutschen Gemeinde, in: Stefan Hradil (Hrsg.), Zwischen Bewußtsein und Sein. Die Vermittlung „objektiver“ Lebensbedingungen und „subjektiver“ Lebensweisen, Opladen 1992, S. 151–171.

24 H. Berking/S. Neckel (Anm. 23), S. 166.

Personen hatten verständlicherweise keine administrative Erfahrung, waren sie doch als Dissidenten und Opponenten zuvor von jeglicher Mitwirkung ausgeschlossen. Zudem lagen ihre politischen Ideale auf einer höheren Etage des Problemhorizonts als Kläranlagen oder Gewerbegebiete.

Aber nicht nur kurzfristige und ohne ausreichende Informationen getroffene Entscheidungen wirken in die Gegenwart und in die Zukunft hinein, sondern auch soziale und gebaute Strukturen aus der Vor-Wende-Zeit. Da in den Städten und Gemeinden eine bürgerschaftliche Organisation jenseits der Kontrolle der SED nicht möglich war, ist jener assoziative bzw. verbandliche Unterbau des politischen Institutionensystems verschwunden, der unverzichtbare Voraussetzung einer kommunalen „Selbstverwaltung“ ist, weil sich dort bürgerschaftliche Interessen bündeln und bilden, und der zudem typischerweise das Rekrutierungsfeld für die Lokalpolitik darstellt. Da in der DDR alles „Bürgerliche“ behindert und sozialstrukturell ausgetrocknet worden war, fehlte nach der Wende zunächst das soziale Substrat einer bürgerlichen Selbstverwaltung, das selbstbewußte lokale Eliten ausbildet.

IX. Entwicklung der Stadtstruktur

Die sozialräumliche Struktur der „sozialistischen“ Stadt verändert sich zwar nur allmählich, aber aller Voraussicht nach grundlegend:

a) Den raschesten Veränderungen unterliegt die *Gewerbestructur und deren räumliche Verteilung*. Davon sind die inneren Bereiche der großen Städte am stärksten betroffen, denn auf diese richtete sich als erstes das Interesse von Immobilien- und Handelskapital. Die direktesten Auswirkungen der Wende vor der eigenen Haustür hatte die Kommerzialisierung des Stadtraumes, die sich – als Folge der Einführung eines Bodenpreises und entsprechender Mieten²⁵ – in rigorosem Nutzungswechsel und einer knalligen Veränderung des Stadtbildes niederschlug. Nicht nur die angebotsarmen „Verkaufsstellen“ und die kundenfeindlichen gastronomischen Betriebe mußten weichen, sondern auch alle jene einwohnerfreundlichen Einrichtungen, die sich unter den neuen Bedingungen „nicht rechnen“: Anlaufstellen für hilfebedürftige Einwohner,

25 Vgl. Helga Schmidt, Die metropolitane Region Leipzig – Erbe der sozialistischen Planwirtschaft und Zukunftschancen, ISR-Forschungsberichte, Heft 4, Wien 1991.

Bibliotheken und kulturelle Einrichtungen, Jugendclubs und „SERO“²⁶-Sammelstellen.

Aber das neue Gewerbe beschränkte sich nicht auf die Besetzung der Innenstädte, sondern breitet sich ebenso – mancherorts vor allem – im Umland aus. Dort war Platz für Automobilausstellungen vorhanden, und dort waren kurzfristig Baugenehmigungen für die Errichtung von großflächigen Einkaufszentren zu bekommen. Nach der raschen Automobilisierung der Kunden war das Fehlen von Verbindungen mit dem öffentlichen Nahverkehr kein Hindernis mehr²⁷. Aus den grauen Quartieren der verfallenden Vorkriegshäuser und der Plattenbauten pendeln nun die Konsumenten in ihren bunten Autos in die grellen Gewerbezonen am Stadtrand, während die neuen Eigentümer der innerstädtischen Grundstücke mit dem Umbau oder Abriß der dortigen Gebäude den Wettlauf um die Dominanz als Einkaufsort aufnehmen.

b) In Gang gekommen ist auch die *Suburbanisierung des Wohnens*. Developer, Wohnungsbaugesellschaften und viele Einzelpersonen machen sich – massiv gefördert durch Steuererleichterungen – daran, dem Umland endlich jene Form zu geben, die der Sozialismus so lange verhindert hatte: Siedlungslandschaften mit gutem Straßenanschluß. Die Konkurrenz zwischen den Stadtgemeinden und ihrem Umland um die (noch relativ seltenen) gut verdienenden Einwohner ist in vollem Gange.

c) Befördert wird dieser Prozeß durch die unerwartet lange Dauer der Sanierung, Instandsetzung und Modernisierung der Altbaubestände. Diese kommt einerseits dadurch zustande, daß die durch die *Restitutionsregelung* notwendig gewordene Klärung der Eigentumsverhältnisse mehr Zeit in Anspruch nimmt, als man sich zum Zeitpunkt der Aushandlung des Einigungsvertrages vorstellen konnte, und andererseits dadurch, daß die neuen Eigentümer häufig nicht über genügend Kapital und/oder Interesse an ihrem unverhofft gewonnenen Hauseigentum verfügen, um sofort mit den notwendigen Erneuerungsarbeiten zu beginnen. Da bei ungeklärten Eigentumsverhältnissen am Haus keinerlei Investitionen vorgenommen werden – und von den Mietern nicht vorgenommen werden dürfen –, geht der Verfall weiter.

26 Abkürzung für Sekundärrohstoffe, d. h. wiederverwendbare oder wiederverwertbare Materialien (Flaschen, Papier usw.).

27 Der „modal split“, d. h. das Verhältnis der Fahrten, die mit dem öffentlichen Nahverkehr durchgeführt werden, zu denjenigen in privaten PKW, lag in der DDR bei 70:30, in der alten BRD bei 30:70. Inzwischen hat er sich in manchen ostdeutschen Regionen bereits dem bundesrepublikanischen Standard angeglichen.

X. Die Wirkungen des Prinzips „Restitution vor Entschädigung“

Der Grundsatz, daß früheres Privateigentum an die Eigentümer bzw. deren Erben zurückgegeben werden muß, – kurz vor dessen Abschluß in den Einigungsvertrag aufgenommen – wird heute vielfach als eine der weitreichendsten Fehlentscheidungen im Einigungsprozeß angesehen. Er stellt in gewisser Hinsicht eine „Revolution rückwärts“ dar, weil Eigentumsverhältnisse, die in der vierzigjährigen DDR-Zeit mehr oder weniger grundlegend umgestaltet worden waren, wieder auf den Stand von 1949 gebracht werden.

Insgesamt sind bis Ende 1992 (das war die Frist, bis zu der entsprechende Anträge bei den Ämtern für die „Regelung offener Vermögensfragen“ gestellt werden konnten) 1,8 Millionen Vermögensansprüche auf Immobilien und Grundstücke angemeldet worden. Das betrifft etwa 15 Prozent des gesamten Wohnungsbestandes²⁸ und ca. 30 Prozent der Altbauwohnungen, die sich allerdings in den Städten, und dort wiederum in bestimmten Gebieten konzentrieren. So gibt es z.B. in Berlin oder Leipzig Quartiere, wo bis zu 90 Prozent der Wohnungen mit Restitutionsanträgen belegt sind.

Der gesetzlich garantierte Rückübertragungsanspruch führt nicht in allen Fällen zur Wiederherstellung der alten Grundstücksgrenzen, und schon gar nicht zur Rekonstruktion der alten Eigentümerstruktur. Um die rasche Verwertung und Bebauung solcher Grundstücke sicherzustellen, auf die sich im neuen Koordinatensystem der Stadtentwicklung das Interesse kapitalkräftiger Investoren richtet, wurde mit dem „Investitionsvorranggesetz“ der Rückübertragungsanspruch in eine bloße Entschädigungsregelung umgewandelt, wenn andere als die alt-neuen Eigentümer ein überzeugenderes Investitionskonzept (mit dem Versprechen einer baldigen Realisierung und mit der Verpflichtung zur Schaffung von Arbeitsplätzen) vorlegen konnten. Damit sollte die wirtschaftliche und städtebauliche Erneuerung beschleunigt werden, denn kapital-schwache oder spekulationswillige Alt-Eigentümer hätten Grundstücke einer raschen Wiedernutzung vorenthalten können. Mit Hilfe des Investitionsvorranggesetzes konnten verschiedene, früher pri-

vate Einzelgrundstücke zu größeren Investitionsflächen zusammengefaßt und einer „modernen“ Strategie der Stadtentwicklung zur Verfügung gestellt werden.

In der DDR hatte sich ein seltsames Nebeneinander von alter Eigentumsstruktur und neuer Verfassungsrealität, nach der es kein Privateigentum an Boden geben durfte, entwickelt, das dazu führte, daß viele Eigentumsübertragungen weder vollständig dokumentiert noch rechtskräftig vollzogen worden sind. Bei Fortbestehen der sozialistischen DDR wäre daraus ja auch kein Problem erwachsen. Nun aber richten sich in sehr vielen Fällen gleich mehrere Rückübertragungsansprüche (manchmal von bis zu zehn verschiedenen Parteien) auf dasselbe Grundstück. Die rechtliche Klärung braucht Zeit, auch deshalb, weil die Ämter personell unterbesetzt sind und die Aktenlage unvollständig ist. Noch ist nicht einmal die Hälfte der Restitutionsanträge von den Ämtern entschieden, und danach kann es noch zu langwierigen gerichtlichen Auseinandersetzungen kommen.

Die Restitutionsregelung ist jedoch nicht nur unter dem Gesichtspunkt der Praktikabilität und der Effizienz für die zukünftige Stadtentwicklung zu betrachten, sie hat vielmehr tiefgreifende sozialethische und moralische Dimensionen, die in der aktuellen Diskussion aber freilich kaum eine Rolle spielen: Einerseits steht hier die deutsche Geschichte als Gespenst plötzlich wieder mitten in der Stadt, denn beim größten Teil der Restitutionsansprüche in den Städten handelt es sich um Anträge früherer jüdischer Eigentümer; andererseits tritt die neue Rechtsordnung den Bewohnern von Altbauten häufig genau so entgegen, wie die DDR-Propaganda den Kapitalismus immer dargestellt hat: als stärkeres Recht des Eigentums gegenüber den sozialen Ansprüchen der Bewohner²⁹. Die deutsche Geschichte kommt als Gespenst zurück, weil die Restitutionsregelung dazu zwingt, die Eigentums-geschichte von Grundstücken und Häusern bis zurück in die Weimarer Republik zu rekonstruieren. Das führt dazu, daß nun die Erben von früheren jüdischen Bürgern nicht nur mit den neuen Eigentümern, die dies zu DDR-Zeiten geworden sind, um ihre alten Rechte streiten müssen, sondern manchmal auch mit den Erben der Ariseure, die sich das unter Zwang verkaufte oder von den Nazis akquirierte Eigentum angeeignet haben – möglicherweise auf eine den damaligen Verhältnissen

28 Vgl. Carola Scholz, Stadtentwicklung im Umbruch. Eine Bestandsaufnahme der spezifischen Entwicklungsbedingungen ostdeutscher Städte und Regionen, Berlin 1993, S. 32.

29 Beispiele bei D. Dahn (Anm. 10).

entsprechende legale Weise. Wenn keine jüdischen Erben mehr am Leben sind, weil die nationalsozialistische Vernichtungsmaschinerie tatsächlich die Familie ganz ausgelöscht hat, kann die „Jewish Claims Conference“ deren Rechte wahrnehmen und die Immobilie (oder den Rechtsanspruch darauf) verkaufen, wobei der Erlös einem Fonds für die Opfer des Holocaust zugeführt wird. Nur in wenigen Fällen kommen die Nachfahren von Emigranten oder Ermordeten in eine deutsche Stadt zurück, um die alte Eigentümertradition tatsächlich wieder mit Leben zu erfüllen. Daß dies aber überhaupt denkbar und möglich ist, muß angesichts der Verbrechen, die den Ausgangspunkt für die heutigen Probleme bildeten, als ein versöhnlicher Aspekt der Restitutionsregelung gesehen werden.

Aber die Regelung zur Rückübertragung von Eigentumsansprüchen hat auch andere Wirkungen. Der Regelfall ist, daß keine Erben mehr leben bzw. daß diese kein Interesse an einer eigenen Nutzung haben. Dann werden entweder die Rückübertragungsansprüche oder die rückübertragenen Grundstücke und Häuser rasch verkauft. Auf diesem Wege entstehen neue Grundstücksgrößen und eine neue soziale Struktur der Eigentümer von städtischen Immobilien.

Zumindest in den Innenstädten sind die Aufkäufer nicht mehr private Einzelpersonen, sondern Grundstücksverwertungsgesellschaften, Immobilienfonds und Developer aus dem westlichen In- und Ausland. Grundstückszuschnitte entsprechen nicht mehr den Parzellengrößen, in denen sich die traditionelle „europäische Stadt“ entwickelt hatte, sondern umfassen so große Areale, daß „moderne“, großmaßstäbliche Entwicklungskonzepte umgesetzt werden können. Eigentümer der Innenstädte werden nicht wieder alte Handels- oder Handwerkerdynastien, sondern offene oder geschlossene Immobilienfonds, internationale Immobilienfirmen und Zwischenhändler aller Art. Das Immobilienkapital tritt als „Stadtentwickler“ mit einer Bedeutung und mit finanziellen Möglichkeiten auf den Plan, wie dies bisher in deutschen Städten nicht bekannt war. Da die steuerlichen Abschreibungsmöglichkeiten in den neuen Bundesländern äußerst großzügig bemessen sind, ist für die Kapitalgeber nicht nur die Höhe der Investition, sondern auch die Art der Nutzung und sogar die Rentabilität sekundär. Damit wurden die Grundstückspreise und erforderlichen Summen so in die Höhe getrieben, daß keine Einzelpersonen – und schon gar nicht solche aus dem Osten Deutschlands – mehr Träger von

neuen Investitionen sein können. Eine Entlokalisierung und Anonymisierung der Eigentümerstruktur ist die zwangsläufige Folge. Jetzt, wo die kommunale Selbstverwaltung wieder eingeführt wurde, verflüchtigt sich jene bürgerliche Eigentümerstruktur, die das soziale Substrat einer eigenständigen Entwicklung bilden mußte.

XI. Neue Strukturen der sozialen Segregation

41 Prozent der Wohnungen in der DDR gehörten im Jahr 1990 dem Staat bzw. den Gemeinden. Dieses Eigentum ist inzwischen auf ca. 1200 kommunale oder genossenschaftliche Wohnungsunternehmen aufgeteilt worden. Bis Mitte 1995 werden die Mieten für diese Wohnungen (wie zu DDR-Zeiten) gesetzlich festgelegt; danach soll das Vergleichsmietensystem gelten. Da nach der Abschaffung des Gemeinnützigkeitsgesetzes diese – überwiegend in öffentlicher Hand befindlichen – Wohnungsbaugesellschaften rentabilitätsorientiert wirtschaften müssen wie jedes andere private Unternehmen auch, hängt es allein von ihrer Geschäftsführung ab, ob und in welchem Maße sie Funktionen im Rahmen einer sozialen Wohnungspolitik übernehmen, die der „soziale Wohnungsbau“ im Westen aufgrund der Sozialbindungen noch erfüllt, denn einen Altbestand an sozialem Wohnungsbau wird es in den neuen Bundesländern nicht geben.

Anstelle der vordem staatlichen Wohnungsvergorgung wird eine neue Eigentümerstruktur auf verschiedenen Wegen etabliert: Einerseits werden frühere Eigentumsverhältnisse wiederhergestellt („Rückübertragung“), andererseits wurde das „volkseigene“ Vermögen den neugegründeten Wohnungsgesellschaften der Gemeinden übergeben. Ihnen gehören nun sämtliche Neubauwohnungen, die seit 1949 in staatlicher Regie errichtet wurden, sowie jene Altbaubestände, die auf verschiedenste Weise in das Eigentum des DDR-Staates übergegangen waren.

In Ostdeutschland wohnt jeder vierte Einwohner in einem Plattenbau in einer Großsiedlung am Stadtrand. Schon diese Größenordnung läßt darauf schließen, daß die Bewohnerschaft sozialstrukturell stark gemischt ist – und tatsächlich haben die Bewohner dieser Wohngebiete einen durchschnittlich hohen Bildungsstand sowie häu-

fig überdurchschnittliche Haushaltseinkommen. Die dortigen Sozialstrukturen sind also sehr verschieden im Vergleich zu den westdeutschen Großsiedlungen. Dies kommt daher, daß der Bezug solcher Wohnungen zu DDR-Zeiten im Regelfall eine Verbesserung der Wohnbedingungen bedeutete und deshalb allgemein begehrt war.

Mit den Wohnungen haben die kommunalen Gesellschaften auch 36 Milliarden DM Schulden auferlegt bekommen, die vom Bundesfinanzminister aus den Bilanzen des DDR-Staatshaushaltes errechnet wurden. Den städtischen Wohnungsbau- und Wohnungsgesellschaften (und auch den Wohnungsbau- und Wohnungsgenossenschaften) war es dadurch unmöglich gemacht, ihre Bestände sofort und freihändig zu verkaufen oder gar zu verschenken³⁰. Da die Mieteinnahmen gesetzlich geregelt wurden (und höhere bei den niedrigen Durchschnittseinkommen im übrigen auch ohne eine solche Regelung nicht zu erzielen gewesen wären) und gleichzeitig erhebliche Instandhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen durchgeführt werden mußten, steigen die Schuldenlasten der Wohnungsgesellschaften stetig an. Der Bundesfinanzminister bietet einen Schuldenerlaß um 50 Prozent an, wenn die Wohnungsbau- und Wohnungsgesellschaften 15 Prozent ihres Wohnungsbestandes bis zum Ende des Jahre 1996 „privatisieren“, d.h. an andere Eigentümer verkaufen. Ziel ist dabei eine breite Eigentumsstreuung, denn „Privatisierung“ soll heißen: Verkauf an individuelle Eigentümer, vornehmlich an die Bewohner selbst. Dieser Verkauf von Wohnungen in Plattenbauten läuft schleppend an, obwohl nur Preise um DM 1000 pro Quadratmeter (im Stadtzentrum von Berlin bis DM 2000) verlangt werden, denn natürlich stellt sich denjenigen, die über Kapital und/oder ein genügend hohes Einkommen verfügen, um Eigentum erwerben zu können, die Alternative, ob sie nicht gleich auf den Zug der Suburbanisierung aufspringen und ein Häuschen im Umland kaufen oder bauen sollen.

Damit käme jener Prozeß der sozialen Segregation in den Großsiedlungen in Gang, dem sowohl Stadtplaner wie Wohnungsbau- und Wohnungsgesellschaften mit großer Sorge entgegensehen. Die großen Siedlungen würden entmischt, und langfristig bliebe

³⁰ Das staatliche Wohnungsvermögen wurde in den osteuropäischen Staaten auf verschiedene Weise privatisiert. In Rußland z. B. wurde den Bewohnern das Eigentumsrecht an den von ihnen belegten Räumen (bis zu 18 qm pro Person) ohne Geldzahlungen übertragen. Vgl. Hellmut Wollmann, Systemwandel und Städtebau in Mittel- und Osteuropa, Basel u. a. 1994.

eine Wohnbevölkerung zurück, aus deren Einkommen eine nachhaltige Verbesserung und Modernisierung der Siedlungen nicht finanzierbar wäre und deren räumliche Konzentration möglicherweise die befürchteten „sozialen Brennpunkte“ entstehen ließe.

In den Altbaugebieten führen Sanierung und Modernisierung durch die alten oder neuen Eigentümer im Regelfall zu einer Verdrängung der einkommensschwachen Bewohner, denn die Mittel für eine sozial orientierte, öffentlich gesteuerte Sanierung sind knapp. Diese soll überwiegend durch privates Kapital finanziert werden, und das muß sich rentieren. Die geringere soziale Segregation der Wohngebiete, die sich in der Zeit des DDR-Sozialismus herausgebildet hat, weicht deshalb nach und nach einer Separierung nach Einkommens- und Lebensstilgruppen.

Welche Muster werden dabei entstehen? Einerseits hängt dies von der Einkommensentwicklung insgesamt und insbesondere von der Einkommensdifferenzierung ab, die sich in den neuen Bundesländern herausbildet, und andererseits ist die Entwicklung von alternativen Wohnungsangeboten entscheidend. Welcher Zukunft die großen Plattenbaugebiete entgegengehen, ist ungewiß. Gelingt eine breite Privatisierung an die Bewohner und eine Modernisierung der Wohnungen sowie des Wohnumfeldes ohne dramatische Mietsteigerungen, könnte die soziale Struktur stabil bleiben; verteuern sich jedoch die Wohnungen stark und gibt es genügend andere, attraktivere Standorte, wird eine soziale Segregation bald eintreten. Abwanderungen in zwei Richtungen sind wahrscheinlich: Zum einen werden gut verdienende Bewohner mit Kindern kleinere Häuser mit Garten am Stadtrand bevorzugen, zum anderen könnten die Altbaugebiete auch für die Besserverdienenden wieder attraktiv werden, wenn dort jene technischen und ästhetischen Aufwertungsinvestitionen (und Umwandlungen in Eigentumswohnungen) tatsächlich vorgenommen werden, wie sie für viele Altbaugebiete in westdeutschen Städten in den letzten zwanzig Jahren typisch waren. Diese führten in der Regel zu der oben angedeuteten Verdrängung der einkommensschwächeren Bewohner und resultieren in „Gentrification“ (d.h. Ersetzung der Quartiersbewohner durch höhere Einkommensschichten).

Einkommenssteigerungen, Einkommensdifferenzierung, Privatisierung von Wohnungen, Modernisierung von Altbauten, Neubau von Einfamilienhäusern, Umnutzungen und Zweckentfremdungen

gen – all dies sind Prozesse, die mit Sicherheit zu einer anderen sozialräumlichen Verteilung der Wohnbevölkerung führen werden, als dies in der „sozialistischen“ Stadt der Fall war. Für das Muster der neuen Verteilung dürften auch die „vorsozialistischen“ Strukturen der Städte eine wichtige Rolle spielen. Wohnungsgrößen und -ausstattungen wurden unter „kapitalistischen“ Bedingungen für verschiedene Nachfragegruppen an verschiedenen Stellen in der Stadt gebaut: Neben den großbürgerlichen Wohnungen entstanden die Arbeiterquartiere, die Villengebiete und kleinbürgerliche Mischgebiete. In den Altbaugebieten sind diese sozialen Strukturen in die Grundrisse, in die Wohnungsausstattung, in die Fassadengestaltung und in den Straßenraum buchstäblich eingemauert, und dies läßt sich kaum grundsätzlich ändern. Die „gebaute Sozialstruktur“, so ist anzunehmen, wird sich in der sozialräumlichen Differenzierung wieder durchsetzen, wenn marktförmige Investitions- und Belegungsregeln wieder die sozialräumliche Struktur bestimmen. Insofern könnte der Wandel in eine Rückkehr zur „kapitalistischen“ Stadtstruktur münden.

XII. Fazit

Ist mit dem Wandel vom Sozialismus zum Kapitalismus, der begleitet ist von einer tiefgreifenden sektoralen Umstrukturierung der Ökonomie, die Durchsetzung eines neuen Modells von Stadtentwicklung denkbar, das die Zukunft auch der westlichen Städte darstellt? Manches spricht dafür: Die neuen Strukturen beim Grundeigentum, neue Akteure auf den Immobilienmärkten, eine deregulierte Wohnungsversorgung und eine zunehmende Knappheit öffentlicher Finanzen verändern die Rahmenbedingungen für die Stadtentwicklung in Ostdeutschland. Aber auch in den westlichen Städten werden derartige Veränderungen sichtbar, sie setzen sich allerdings nur schleichend und langsamer durch. Die besonderen Bedingungen der Transformationsperiode in den neuen Bundesländern führen schneller zur „Stadt neuen Typs“. In den dortigen Städten entstehen heute jene Strukturen, die wahrscheinlich auch die Zukunft der westlichen Städte prägen werden.

Stadtentwicklung in den neuen Bundesländern: Der Sonderfall Leipzig

I. Historischer Rückblick

Leipzig¹, nach Berlin die zweitgrößte Stadt der neuen Bundesländer, ist Zentrum des südöstlichen Agglomerationsraums Leipzig-Halle-Bitterfeld mit einer Bevölkerungszahl von etwa 2,5 Millionen Menschen und einer hohen Bevölkerungsdichte. Die schon vor dem Zweiten Weltkrieg als „mitteldeutsches Industriegebiet“ bekannte Region erstreckt sich nach der Länderneugliederung über die Ländergrenzen zwischen Sachsen und Sachsen-Anhalt, untersteht dementsprechend zwei Regierungspräsidien (Leipzig und Halle) und umfaßt mehrere Landkreise.

Die geographische Lage am Kreuzungspunkt der europäischen Fernhandelswege „Via regia“ und „Via imperii“ begünstigte bereits seit dem 12. Jahrhundert Leipzigs Entwicklung zu einem wichtigen Wirtschafts- und Handelsplatz in Europa. Die Leipziger Messe, eine der ältesten Messen des Kontinents, hatte seit dem 14. Jahrhundert zentrale Bedeutung für Stadtentwicklung und Stadtwachstum

1 Der folgende Beitrag ist – in gekürzter Form – einer Mitte 1995 erscheinenden Publikation des Deutschen Instituts für Urbanistik entnommen: Werner Heinz/Carola Scholz, Stadtentwicklung Ost – Vier Städte planen ihre Zukunft, Berlin 1995. Mit dem tiefgreifenden, nach 1989 in den neuen Bundesländern einsetzenden ökonomischen, sozialen und politischen Transformationsprozeß änderten sich auch Richtung und Tempo der dortigen Stadtentwicklung in dramatischer Weise. Maßgeblichen Anteil an dieser Entwicklung hatten einflußreiche Marktkräfte, die infolge der mit dem Wegfall des zentralistischen Planungssystems und dem stufenweisen Umbau der öffentlichen Verwaltung verbundenen „Planungslücke“ das Planungsgeschehen ostdeutscher Städte zunächst weitgehend dominierten. Ein Interesse öffentlicher Akteure an übergreifenden, multisektoralen und den endogenen lokalen Potentialen Rechnung tragenden Konzepten zur Steuerung dieser Entwicklung griff nur allmählich Platz. Ziel des Projektvorhabens war es, lokale Akteure und Entscheidungsträger in vier ausgewählten Städten (Jena, Leipzig, Rostock und Schwerin) exemplarisch bei ihren diesbezüglichen Versuchen zu unterstützen und sie in einem diskursiven Prozeß für konzeptionell-strategische und perspektivische Fragestellungen weiter zu sensibilisieren und mit ihnen – soweit möglich – gemeinsam tragfähige stadtentwicklungspolitische Konzepte und Leitlinien zu entwickeln. Die detaillierte Darstellung des Vorhabens und seiner wechselvollen Ergebnisse ist Gegenstand der vorliegenden Veröffentlichung.

und machte Leipzig zum Mittelpunkt des Ost-West-Handels.

Mit der Gründung der Universität im Jahr 1409 und dem sich entwickelnden Buchdruck erlangte das Handelszentrum Leipzig bis zum 17. Jahrhundert eine weit über die damaligen Reichsgrenzen hinausreichende geistig-kulturelle Bedeutung.

Seit dem Ende des 17. Jahrhunderts wird südlich von Leipzig Braunkohle abgebaut²; der Wandel der Stadt zur Industriestadt setzte Mitte des 19. Jahrhunderts ein. Neben einer kleinteiligen Hinterhofindustrie in den zentrumsnahen „inneren Vorstädten“ (wie dem Graphischen Viertel) entwickelte sich auf zusammenhängenden Industriegebieten am damaligen Stadtrand eine zum Teil mit dem Profil der Leipziger Messe verflochtene Verarbeitungsindustrie, die die Wirtschaftsstruktur von Stadt und Region Leipzig bis heute prägt.

Bis zum Zweiten Weltkrieg war Leipzig darüber hinaus einer der wichtigsten deutschen Bankstandorte und Sitz staatlicher Institutionen wie des Reichsgerichts. Auch Handel, Dienstleistungs- (Mitteldeutscher Rundfunk) und Verwaltungseinrichtungen hatten in der Stadt ihren Platz und trugen zu einem damals breitgefächerten Branchenprofil bei. Nach der deutschen Teilung büßte die Stadt zwar zentrale Funktionen im Verwaltungs-, Bank- und Verlagsbereich ein, insbesondere mit der Messe konnte sie jedoch ihren Stellenwert in der 1949 gegründeten DDR behaupten und neu ausbauen³.

Vor allem mit der Industrialisierung war Leipzig zur Großstadt geworden. Rapide ansteigende Bevölkerungszahlen (1871: 106 925 Einwohner, 1910: 589 850 Einwohner⁴) erzwangen einen umfassenden Wohnungsbau, der in einem Gürtel um das alte Stadtzentrum angelegt wurde. Mit etwa 700 000

2 Vgl. Deutscher Werkbund (Hrsg.), Problemlandschaft Südraum Leipzig – Ansätze zur Entwicklung einer Kulturregion, Frankfurt am Main 1991, S. 28.

3 Vgl. Dietrich Henckel u. a., Entwicklungschancen deutscher Städte – Die Folgen der Vereinigung, Stuttgart 1993, S. 465.

4 Vgl. Hartmut Usbeck, Leipzig und seine Region – Prozesse, Probleme und Perspektiven, in: Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.), Urbanität in Deutschland, Stuttgart 1991, S. 74.

Einwohnern erreichte Leipzig zu Beginn der dreißiger Jahre seine höchste Bevölkerungszahl, die seither wieder kontinuierlich abnimmt.

II. Die Stadt zur DDR-Zeit

1. Wirtschaft und Umwelt

Die starke Prägung der wirtschaftlichen Entwicklung Leipzigs durch das produzierende Gewerbe ist in zahlreichen Teilen der Stadt, so im Graphischen Viertel oder in Plagwitz, bis heute sichtbar. In 280 Industriebetrieben (davon 32 mit über 1000 Beschäftigten) war 1989 etwa ein Drittel der Leipziger Beschäftigten tätig⁵. Metallindustrie (44 Metallindustriunternehmen im Stadtgebiet und weitere 45 Metallgroßbetriebe im damaligen Bezirk Leipzig⁶), Elektrotechnik/Elektronik, Textilindustrie und Drucktechnik bildeten die Schwerpunkte. Als Sitz von 14 Industriekombinaten mit den angeschlossenen Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen und als Standort der Leipziger Messe – dem „Tor zur Welt“ – hatte der Raum Leipzig zentrale Bedeutung für die Volkswirtschaft der DDR.

Im damit wichtigsten industriellen Ballungsraum und Zentrum der Energieversorgung der DDR konzentrierten sich 1988 54,4 Prozent der Chemieindustrie, 23,6 Prozent der Energie- und Brennstoffindustrie und 24 Prozent der chemierelevanten Maschinen- und Anlagenbaus⁷. Die Entwicklung der Wissenschaftslandschaft wurde entsprechend stark auf diesen industriellen Bedarf ausgerichtet.

Festschreibung der Wirtschaftsstruktur und überalterte Produktionstechniken führten zu einer kontinuierlichen Verschärfung der regionalen Umweltsituation. Die am Boden gemessenen Schadstoffbelastungen waren Ende der achtziger Jahre im engeren Stadtgebiet und in Teilen der Umgebung mit über 100 Mikrogramm Stickoxid/Kubikmeter die höchsten in der DDR⁸.

2. Wohnen und Städtebau

In städtebaulicher Hinsicht erschien der Zustand Leipzigs manchem Beobachter im Herbst 1989 fast

desolater und hoffnungsloser als bei Kriegsende⁹. Hatte es in der Phase der Wiederaufbauplanung 1945 noch einen Konsens darüber gegeben, die historische Identität der Stadt, ihres Zentrums und der Vorstädte trotz eines Zerstörungsgrades von 60 Prozent zu erhalten, die alten gemischten Strukturen wiederaufzunehmen und die Stadt von innen nach außen zu entwickeln, so ist man bereits ab Mitte der fünfziger Jahre von dieser Vorstellung abgewichen. Konzepte für Stadtentwicklungsplanung und Stadterhaltung wurden auch in Leipzig zurückgestellt zugunsten eines extensiven Wohnungsneubauprogramms, das seit 1958 in industrieller Großplattenbauweise wie in anderen „Aufbaustädten“ der DDR¹⁰ die Wohnungsprobleme lösen sollte¹¹.

100 000 Wohnungen wurden in Leipzig nach 1946 gebaut, vorrangig an peripheren Standorten, darunter für etwa 100 000 Einwohner die Siedlung Leipzig-Grünau – nach Berlin-Marzahn zweitgrößter Wohnungsbaustandort der DDR. Für die Stadtentwicklung bedeuteten die Neubaustandorte verstärkte Funktionstrennung, hohe Infrastrukturaufwendungen und demographische Entleerung der inneren Stadt. Diese eindeutige Schwerpunktsetzung seit Ende der fünfziger Jahre zählt neben dem niedrigen technologischen, materiellen und personellen Niveau des Leipziger Baukombinats und seiner Betriebe, das seit der Mitte der siebziger Jahre Gebäudesanierungen verhinderte, zu den maßgeblichen Ursachen des desolaten Zustands der Leipziger Altbausubstanz¹².

Nach einer Bestandsaufnahme durch städtische und externe Fachleute waren 1991 196 000 zumeist im Gründerzeitgürtel der Stadt gelegene Wohnungen, d. h. drei Viertel des gesamten Bestandes von 258 324 Wohnungen, in stark erneuerungsbedürftigem Zustand und 25 000 Wohnungen unbewohnbar¹³.

Im historischen Leipziger Stadtzentrum befanden sich bis 1990 renovierte und teilrenovierte Bürgerhäuser und Messepaläste, aber auch Neubau-

5 Vgl. Rat der Stadt Leipzig, Wirtschaftsstandort Leipzig, Leipzig 1991, S. 71.

6 Vgl. Löwenzahn, Mitteilungsblatt der PDS/DF-Fraktion Leipzig zur Wirtschaftspolitischen Konferenz in Leipzig vom 27. 3. 1993.

7 Vgl. Institut für ökologische Ortschaftsforschung, Ökologische Strukturdefizite der neuen Bundesländer, Gutachten, Berlin 1991, S. 78.

8 Vgl. ebd., S. 60.

9 Vgl. Thomas Topfstedt, o.T., in: Initiativgruppe 1. Volksbaukonferenz, Tagungsergebnisse der 1. Volksbaukonferenz, Leipzig 1990, S. 25.

10 Vgl. Aufbaugesetz der DDR-Volkskammer vom 6. 9. 1950.

11 Vgl. Alice Kahl, Leipzig – ungelöste Probleme führen zum Aufbruch, in: Peter Marcuse/Fred Staufenbiel (Hrsg.), Wohnen und Stadtpolitik im Umbruch, Berlin 1991, S. 66.

12 Vgl. ebd., S. 68 und S. 70.

13 Vgl. GEWOS Institut für Stadt-, Regional- und Wohnforschung GmbH Hamburg, Thesen zur Wohnflächenprognose, Hamburg 1991, zitiert nach: Rat der Stadt Leipzig, Amt für Stadt-sanierung und Wohnungsbau-förderung, Das Amt stellt sich vor, Leipzig 1991.

ensembles, die mit dem Anspruch einer neuen „sozialistischen Funktionsbestimmung“¹⁴ des Stadtzentrums entstanden waren, in enger räumlicher Nachbarschaft mit Kriegsrüinen und Baulücken. In den sechziger Jahren wurde auch in Leipzig das neue städtebauliche Leitbild der DDR mit „zentralen Plätzen und Magistralen für Massenkundgebungen“ und für ein „neues sozialistisches Gemeinschaftsleben“ durchgesetzt¹⁵. Die Sprengung des historischen Bauensembles der Universität und der Universitätskirche (Paulinerkirche) am zentralgelegenen Augustusplatz (Karl-Marx-Platz) und der an gleicher Stelle erfolgte Neubau des Universitätshochhauses gerieten zum symbolischen Höhepunkt einer „Kahlschlagstrategie“¹⁶, die die „Folgen des Krieges nicht beseitigte, sondern zementierte“¹⁷.

Ein geschlossenes Konzept für die bauliche, kulturelle und funktionale Weiterentwicklung der Stadt und ihres historischen Zentrums, wie es sich beispielsweise 1929 noch im ersten Generalbebauungsplan der Stadt Leipzig, einem „baupolitischen Programm auf lange Sicht“¹⁸, manifestiert hatte, entwickelte die Stadt erst Ende der achtziger Jahre wieder. 1988 gelang es dem Stadtarchitekten Dietmar Fischer gegen zentrale Widerstände, für das Leipziger Stadtzentrum einen DDR-offenen Ideenwettbewerb auszuloben¹⁹. Dieser knüpfte an die räumlichen Entwicklungsvorstellungen der Vorkriegs- und unmittelbaren Nachkriegszeit an und betonte erstmals die bis heute relevanten Stärken eines kompakten Stadtkörpers und des in seiner Geschlossenheit einmaligen historischen Zentrums Leipzigs.

III. Wende und Umbruch nach dem Herbst 1989

1989 rückte Leipzig als „Stadt der Wende“ in den Mittelpunkt des deutschen und des internationalen Interesses. Die friedliche Revolution in der DDR nahm von Leipzig ihren Ausgang.

14 Thomas Hoscislawski, *Bauen zwischen Macht und Ohnmacht – Architektur und Städtebau in der DDR*, Berlin 1991, S. 101.

15 Ebd., S. 99.

16 Thomas Topfstedt, *Gründerzeiten im Leipziger Stadtzentrum*, in: Hans G. Helms (Hrsg.), *Die Stadt als Gabentisch*, Leipzig 1992, S. 329.

17 Ders. (Anm. 9), S. 27.

18 Wolfgang Hocquél, *Hauptstadt des deutschen Historismus?*, in: *Stadtbauwelt*, (1990) 108, S. 2443.

19 Vgl. Th. Topfstedt (Anm. 16), S. 331.

1. Städtebau

Im Januar 1990 fand in Leipzig die 1. Volksbaukonferenz – als quasi öffentlicher „Schrei nach konstruktiver Veränderung“²⁰ – statt. Die Konferenz, eine Initiative Leipziger Architekten, Wissenschaftler und Künstler, erbrachte eine städtebauliche und umweltpolitische Bestandsaufnahme, die Formulierung von Ansprüchen und Handlungsoptionen für Leipzigs Revitalisierung und geriet zu einer Abrechnung mit den Funktionären sozialistischer Stadtentwicklungspolitik. Parallel dazu wurden in den Stadtbezirken die ersten Bürgerinitiativen und unabhängigen Architektenbüros tätig²¹.

Von Oktober 1989 bis Ende 1990 erarbeitete eine auf Beschluß des Ministerrats der (noch existierenden) DDR und der „Regierungskommission zur Entwicklung der Stadt Leipzig“ eingerichtete und mit einem eigenen Budget ausgestattete „Planungsgruppe Stadtentwicklung Leipzig“, bestehend aus dem Stadtarchitekten, ehemaligen Mitgliedern der Bauakademie und freien Architekten, neue Bereichsentwicklungspläne und erste Stadterneuerungskonzepte für besonders gefährdete Stadtteile.

2. Umwelt und Verkehr

Nicht nur die städtebaulichen Zerstörungen, auch die Zerstörungen und Belastungen der städtischen Umwelt waren Themen der 1. Volksbaukonferenz Leipzig. Eine Bestandsaufnahme und ein umfangreicher Handlungskatalog, der energiepolitische Maßnahmen ebenso umfaßte wie naturschützende und verkehrspolitische sowie die Strukturen einer künftigen Umweltverwaltung, wurden im Anschluß an die Konferenz in Leipzig veröffentlicht²².

Die Relevanz der Themenfelder Umwelt/Umwelt-sanierung und ökologische Stadtplanung wurde während der Wendezeit auch in der Gründung zahlreicher Umweltinitiativen, ihrer institutionellen Einbeziehung in die neugewählten politischen Gremien und in einigen stadttökologischen Projekten²³ deutlich. Nach einer Bürgerumfrage der Stadt Leipzig 1991²⁴ stellte sich für 91 Prozent der Leipziger Bürger die Umweltsituation, insbeson-

20 Peter Heldt, *Initiative zur Rettung Leipzigs*, in: *Initiativgruppe 1. Volksbaukonferenz* (Anm. 9), S. 10.

21 Vgl. Th. Topfstedt (Anm. 16), S. 333.

22 Vgl. *Initiativgruppe 1. Volksbaukonferenz Leipzig* (Anm. 9), S. 178.

23 Vgl. *Stadt-Kultur-Projekt Leipzig* (Hrsg.), *Neue Ufer*, Leipzig 1990.

24 Vgl. *Stadt Leipzig, Amt für Statistik und Wahlen, Bürgerumfrage 1991, Leipzig 1991.*

dere die Luftbelastung, als ein zentrales Kriterium der Unzufriedenheit mit den städtischen Lebensbedingungen dar. 1992 war durch Schließung großer Emittenten (Kraftwerke, Industrieanlagen) eine gewisse Reduzierung der Luftschadstoffe eingetreten, aber gleichzeitig hatten sich der motorisierte Individualverkehr und der Straßengüterverkehr drastisch erhöht und diese Umweltbelastungen wieder relativiert²⁵.

„Die Umweltsituation als weicher Standortfaktor“, so betonten Gesprächspartner aus Wissenschaft und Politik im Juli 1993, „ist nach wie vor eine der größten Schwächen Leipzigs.“ Dabei habe die Stadt hervorragende Potentiale für eine ökologische Entwicklung: Stadtkörper, Stadtstruktur, Stadtgröße und Siedlungsdichte böten „exzellente Möglichkeiten für eine ökologisch orientierte Planung und Versorgung“.

3. Wirtschaft und Arbeitsmarkt

Die Umstrukturierungs- und Privatisierungsmaßnahmen der Treuhandanstalt trafen nach 1989 die produzierenden Großbetriebe Leipzigs und deren Beschäftigte besonders hart. Sicherter der industrielle Sektor 1989 noch etwa 80 000 Leipzigern einen Arbeitsplatz, so ging diese Zahl bis Ende 1993 auf nur noch 17 000 Beschäftigte zurück – mit weiter sinkender Tendenz²⁶. Die industrielle Basis der Stadt ist weggebrochen, ohne daß an deren Stelle entsprechende Mittelstandsbetriebe getreten wären²⁷.

Heute, so Gesprächspartner aus den verschiedenen Bereichen von Politik, Verwaltung und Wissenschaft, besteht in Stadt und Region Leipzig weitgehend Einigkeit darüber, daß die künftige Stadtentwicklung – insbesondere die Entwicklung als Dienstleistungs- und Handelszentrum – einer modernisierten industriellen Basis bedarf, daß Stabilisierung und Neuformierung des industriellen Sektors folglich vorrangige Aufgaben sein müssen. Es gehe um den Erhalt und die Neuansiedlung produzierender Betriebe durch planungsrechtliche, infrastrukturelle und subventionierende Maßnahmen²⁸.

Mit dem Niedergang und der Umstrukturierung der Leipziger Industrie vollzogen sich auch der Niedergang der industrienahen Forschung (in der DDR vorrangig in Akademien und Hochschulinstituten angesiedelt) und die Abwanderung von wissenschaftlichem Potential. Mit nur noch 20 Prozent der Vor-Wende-Kapazitäten beziffern Leipziger Gesprächspartner aus Wissenschaft und Wirtschaftsinstitutionen das heutige Forschungs- und Entwicklungspotential der Stadtregion. Den Hochschulevaluierungen²⁹ in Sachsen fiel auch die Technische Hochschule Leipzig zum Opfer, die allerdings mit erweitertem Programm in eine Fachhochschule überführt wurde. Inzwischen werden Befürchtungen geäußert, daß weder die derzeit vorhandenen Hochschulpotentiale noch die Bemühungen der Industrie- und Handelskammern Leipzig und Halle geeignet und ausreichend seien, das verbliebene Innovationspotential zu stabilisieren, zu vernetzen und für das wirtschaftliche „Zukunftsprofil“ Leipzigs – Entwicklung einer neuen „intelligenten Produktionstechnologie“³⁰ – nutzbar zu machen.

Die Diskussion über das Zukunftsbild Leipzigs – Dienstleistungsmetropole contra Produktionsstandort – wird nach Ansicht von Beobachtern gegenwärtig fast wie ein Glaubenskrieg geführt. Im bereits erwähnten Gutachten des Leipziger Amtes für Wirtschaftsförderung wird jedoch versucht, zwischen „Dienstleistungstheoretikern“ und den „Anhängern der Vision vom Produktionsstandort“³¹ zu vermitteln: Die Stadt müsse bereit sein, eine zentrale Dienstleistungsfunktion für die Region zu übernehmen; Stadt und Region bräuchten auch in Zukunft Produktion und Dienstleistung; Produktion könne aber auch in der Region vorstatten gehen.

Der Strukturwandel der Leipziger Wirtschaft spiegelt sich in den Arbeitsmarktstatistiken der Stadt wider: Zwischen 1989 und 1993 schrumpfte der Beschäftigtenanteil des produzierenden Gewerbes in der Stadt von 37 Prozent auf etwa 20 Prozent³²; zwischen 1990 und 1992 stieg der Anteil der Beschäftigten in Kreditinstituten, Versicherungen,

25 Allein zwischen 1991 und 1992 stieg die Zahl der Kraftfahrzeug-Neuzulassungen in Leipzig auf nahezu das Doppelte – von 84 629 auf 161 688. Vgl. Stadt Leipzig (Hrsg.), Statistisches Jahrbuch der Stadt Leipzig, 1993, S. 141.

26 Vgl. Leipziger Statistik, Statistischer Bericht I. Quartal 1994, Leipzig 1994.

27 Vgl. Hinrich Lehmann-Grube, Grußwort des Oberbürgermeisters, in: Alternative Kommunalpolitik (AKP), Sonderdruck „Macht und Ohnmacht der Kommune“, November 1992.

28 Stadt Leipzig (Hrsg.), Wirtschaftsstandort Leipzig, Leipzig 1993, S. 33.

29 Vgl. Wolfgang Schluchter, Der Um- und Neubau der Hochschulen in Ostdeutschland. Ein Erfahrungsbericht am Beispiel der Universität Leipzig, in: Hochschule Ost, 2 (1993) 8 und 9.

30 Vgl. Hartmut Usbeck/Klaus Bracke, Stadtentwicklung Leipzig – Arbeitsstätten. Gutachten, Leipzig 1993, S. II.

31 Price Waterhouse (Unternehmensberatung), Leitlinien für die Wirtschaftsförderung der Stadt Leipzig (Entwurf), Leipzig 1993, S. 79/81 (unveröff. Ms.); vgl. auch: Leipzig kommt – aber die Forschung geht, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 14. 12. 1993.

32 Vgl. Leipziger Statistik (Anm. 26).

anderen Dienstleistungsbereichen und Gebietskörperschaften hingegen von 25,8 Prozent auf 42,2 Prozent, der Anteil der Erwerbstätigen in Handel, Verkehr und Nachrichtenwesen von 13,3 Prozent auf 21,7 Prozent³³.

4. Die „Boomtown“

Leipzig sieht sich als künftiges Finanz-, Messe- und Dienstleistungszentrum der Superlative. Öffentliche und private Kapitaltransfers machten die Stadtregion in den vergangenen Jahren zum Wirtschaftsstandort mit dem größten Investitionsvolumen in Deutschland. Zwischen 1991 und 1995 flossen 50 Milliarden Mark öffentlicher Investitionen in die Region Leipzig-Halle, davon 15 Milliarden in den Ausbau des Messe- und Dienstleistungszentrums Leipzig, weitere 18 Milliarden an Subventionen in Produktionsbetriebe und den Bergbau³⁴.

Der lagegünstige Nordraum der Region mit Autobahnknoten und Flughafennähe wurde neben dem Stadtzentrum zum räumlichen Investitionsschwerpunkt. Als symbolhaftes Kernstück des Investitionsgeschehens (und als Kraftakt der Stadtplanung) stellt sich die Entwicklung des neuen Messengeländes im nördlichen Stadtteil Mockau dar: 1,3 Milliarden Mark Gesamtinvestitionen, 80 000 Quadratmeter Hallenfläche, erster Spatenstich nach nur zwei Jahren Planungsvorlauf. Mit modernster Infrastruktur will sich Leipzig im umkämpften deutschen Messemarkt einen Platz sichern und den Messestandort gleichzeitig zum Nukleus einer dynamischen Dienstleistungsregion entwickeln, um den sich weitere Großinvestitionen gruppieren³⁵.

Stadtplanungs- und Bauordnungsamt Leipzig fügten zu Beginn des Jahres 1994 weitere Superlative hinzu: 15 000 genehmigte Bauanträge von 1990 bis 1993 (schwerpunktmäßig für Büro-, Hotel- und Einzelhandelsnutzungen); viele hundert Baustellen im Stadtgebiet, auf denen 1993 rund zehn Milliarden Mark verbaut wurden; eine Bauinvestitionssumme von weiteren 22 Milliarden Mark in Planung³⁶.

33 Vgl. Stadt Leipzig (Hrsg.) (Anm. 28); Leipziger Statistik, Statistischer Bericht IV. Quartal 1993, Leipzig 1994.

34 Vgl. Leipzig kommt (Anm. 31).

35 Beispiele dafür sind das Quelle-Versandhaus mit einer Investitionssumme von einer Milliarde Mark, Planungszeit 14 Monate, das Güterverkehrszentrum – 1992 als größtes in Mitteleuropa geplant – sowie öffentliche Verkehrsinvestitionen in Höhe von geplanten acht Milliarden Mark. Vgl. Hans-Dieter Manegold, Leipzig: Die Boomtown des Ostens, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 29. 11. 1993.

36 Vgl. Uli Hauser, Leipzig kommt – und die Mafia auch, in: Der Stern, (1993) 48.

Ein beispielloser Run auf Immobilien, insbesondere in Innenstadtlagen, ließ bis Anfang 1994 die Bodenpreise in spekulative Höhen schnellen (Innenstadt 1993 durchschnittlich 10 500 DM/qm) und verschaffte Leipzig einen Platz unter den 25 teuersten Städten der Welt. Bis 1995, so die Einschätzung von Immobilienfirmen, werden eine Million Quadratmeter Büroflächen neu auf dem Markt sein; der Bestand hätte sich dann gegenüber 1992 verdoppelt und wäre nach Aussage von Immobilienfachleuten „selbst bei stabiler Nachfrage nicht absorbierbar“³⁷.

In dieser allgemeinen Hektik empfand der Stadtentwicklungsdezernent von Leipzig, Niels Gormsen, Mitte 1993 fast eine gewisse Zufriedenheit über die vielfach ungeklärten Eigentumsverhältnisse (zum damaligen Zeitpunkt 58 000 registrierte Restitutionsansprüche), die „nicht gleich alles zulassen, was einer bauen will“³⁸. Die Innenstadt allerdings betrachtet er als „verlorenes politisches Projekt“. Ihre Entwicklung sei „unter Marktbedingungen nicht zu steuern“³⁹, da man die Grundstücke nicht habe und schnelle Aufkäufer Restitutionsansprüche en gros aufzukaufen wußten. Gormsens Befürchtung lautet daher: „In ein paar Jahren wird die Leipziger City genauso aussehen wie irgendeine westdeutsche Innenstadt.“⁴⁰

5. Stadtmarketing: Drei Projekte

Die allgemeine Planungshektik, von der bisweilen auch öffentliche Akteure erfaßt wurden, verdeutlicht sich exemplarisch im Projekt der *Messeverlagerung (1991/92)* und dem daraus resultierenden *Entwicklungsprojekt „Altes Messengelände“ (1992/93)*. Durch die – vielfach kritisierte – Verlagerung der Messefunktionen an den Stadttrand stand das etwa 90 Hektar große traditionelle, innenstadtnahe Gelände der Technischen zur Neunutzung an. Die Koppelung der Finanzierung Neue Messe an eine möglichst lukrative Vermarktung des alten Terrains zwang dazu, in kürzester Frist für beide Großprojekte Planungen vorzulegen, vermarktungsfähige Teilräume der Alten Messe zu definieren und um Investoren zu werben. Zwar wird im Ergebnis eines städtebaulichen Gutachterverfahrens und der Rahmenplanung des Entwicklungsprojektes „Alte

37 Leipzig gewinnt an Attraktivität, zitiert nach: Immobilienberatung Jones Lang Wotton, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 10. 12. 1993.

38 Niels Gormsen, o. T., in: I.B.I.S.-Info. Informationen für bürgernahe Stadterneuerung, (1991) 7.

39 Ebd.

40 Vgl. ders., zitiert nach: Wolfgang Gehrman, Stadt ohne Plan, in: Die Zeit vom 22. 1. 1993.

Messe⁴¹ die Entwicklung eines vielfältig gemischten Stadtteils mit hohen Wohnanteilen empfohlen, aber die eingegangenen Finanzierungsrisiken und Vermarktungsbedarfe drohen den ohnehin hohen Anteil rentierlicher Nutzungen weiter nach oben zu treiben. Nach Aussagen von Kritikern wird ein zweites, konkurrierendes Stadtzentrum geschaffen, das angesichts bereits vorhandener Büro- und Einzelhandelsflächenüberhänge vom Markt nicht angenommen werden könne⁴².

Als Entwicklungsagentur für die „Vision“ der Medienstadt Leipzig und als Stadtmarketing-Instrument wurde 1992 die „Medienstadt Leipzig GmbH“, das zweite hier vorzustellende Projekt, ins Leben gerufen. Nach Ansicht von Gesprächspartnern orientierten die Gesellschafter – die Stadt Leipzig, Messegesellschaft, die Industrie- und Handelskammer (IHK), große Immobilienfirmen und Developer – die Aktivitäten der GmbH jedoch zu stark und nahezu ausschließlich auf Immobilienmanagement und Akquisition von Großprojekten (Medienhaus, Teleport).

Die Bestandspflege des noch Vorhandenen zählte zunächst nicht zu den Schwerpunkten des Medienstadt-Konzepts⁴³. Inzwischen hat ein 1993 im Auftrag der Medienstadt GmbH erstelltes Gutachten Nachdenken und Neuorientierung ausgelöst. Empfohlen wird ein bescheideneres Auftreten, die Konzentration der Aktivitäten auf Schwerpunktbereichen und die stärkere Unterstützung vorhandener Medienbetriebe⁴⁴.

41 Vgl. Stadt Leipzig (Hrsg.), Neue Ideen für die Alte Messe, Leipzig 1993 (Beiträge zur Stadtentwicklung, [1993] 10); dies. (Hrsg.), Rahmenplanung Alte Messe, Leipzig 1993 (Beiträge zur Stadtentwicklung, [1993] 11).

42 „Niemand“, so resümierte 1992 die Frankfurter Allgemeine Zeitung die Planungs- und Immobilienpolitik der Stadt, „wünscht den Stadtvätern und -müttern der ehrgeizigen Messestadt schlaflose Nächte. Aber irgendwann, wenn die risikoreiche Finanzierung hakt, die neue Messe weniger Anziehungskraft ausübt ... und die Projekte auf dem alten Gelände auch nicht so laufen wie gedacht, wird sie der Gedanke beschleichen: Wie weise wäre es doch gewesen, die feinen, überschaubaren spezialisierten Fachmessen der Zukunft genau dort abzuhalten, wo die technischen Messen seit 1913 stattgefunden haben, erweitert zwar und komfortabel restauriert, aber nach wie vor bequem erreichbar, nahe dem Stadtzentrum und mit ihm eng verwoben; wie klug wäre es gewesen, die Messe zu lassen, wo sie war.“ Wolfgang Peht, Das Super-Milliarden-Ding – Leipzig verkauft sein traditionsreiches Ausstellungsgelände und baut ein neues, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12. 11. 1992.

43 „Die Druckereien schließen, ein Verlag nach dem anderen verschwindet, ebenso eine Buchhandlung nach der anderen. ... Das Konzept eines Medienzentrums erweist sich als pure Hochstapelei.“ Vgl. Wilhelm Schmid, Angst vor dem Sterben einer Kulturstadt, in: Süddeutsche Zeitung vom 31. 12. 1992.

44 Vgl. Price Waterhouse, Medienstadt Leipzig, Gutachten, Leipzig 1993.

Das dritte Projekt – „Leipzig kommt“, die Image- und Identifikationskampagne der Stadt – vermittelt seit 1993 ein Gefühl von Wachstum, Dynamik, Erfolg und einen nahezu unerschütterlichen Optimismus, den ihre Erfinder – Mitarbeiter im Büro des Oberbürgermeisters – für die Stadtentwicklung als unerlässlich erachten: Ziel der Kampagne, die von Kommune und Wirtschaft gemeinsam finanziert wird, ist es, nicht nur die Investoren, sondern auch die Leipziger Bevölkerung von der „Stadt mit Zukunft“ (Teil des Kampagnenslogans) zu überzeugen und zum Bleiben zu animieren.

In Wirtschaftskreisen kommt die Kampagne hervorragend an: „Leipzig schafft es, in ungeheurem Umfang sich selbst Mut zu machen“, erklärte ein Gesprächspartner der Medien GmbH. „Man jammert Ihnen hier nicht die Ohren voll. ... Leipzig macht Stadtmarketing – andere reden nur davon.“ Die Wirkung nach innen auf die eigene Bevölkerung war dagegen bislang – wie auch die Organisatoren zugeben – eher zwiespältig: „Ostdeutsche haben ein anderes, schwieriges Verhältnis zur Werbung... die Leipziger Bürger hatten nach Umfragen das Gefühl, in der wirtschaftsorientierten Kampagne überhaupt nicht vorzukommen.“

IV. Neue Entwicklungen und Strategien seit 1993

1. Wirtschaft und Arbeitsmarkt

Seit Ende 1993 mehren sich auch bei Akteuren in Politik und Verwaltung Zweifel am eingeschlagenen Entwicklungsweg der Stadt. „Leipzig kommt“, so ein Gesprächspartner, „auf den Boden der Tatsachen zurück.“ Vorzeigeprojekte des Aufschwungs im Leipziger Norden, wie Teile der Flughafenerweiterung, die S-Bahn-Anbindung der Neuen Messe oder das Güterverkehrszentrum, müssen angesichts öffentlicher Finanzschwäche auf bescheidenere Varianten umgeplant werden⁴⁵; Büroprojekte außerhalb zentraler Lagen werden aufgrund gesunkener Renditeerwartungen zurückgestellt oder ganz aufgegeben. Viele im Boom erstellte Büroneubauten erweisen sich zudem als nicht marktgerecht, zu groß und zu teuer⁴⁶.

Der zentrale Wirtschaftsfaktor Messe konnte sich trotz einzelner erfolgreicher Ausstellungen bislang

45 Vgl. Kein Geld: Bahn streicht Superbahnhof Wahren, in: Leipziger Volkszeitung vom 31. 3. 1994; Großprojekte schrumpfen ein, in: ebd. vom 13. 4. 1994.

46 Vgl. Flächennutzungsplan, Leipzig 1993, S. III/43.

nicht ausreichend stabilisieren und gerät angesichts zweistelliger Millionendefizite (1993: 35 Millionen Mark) zunehmend unter Druck⁴⁷. Um der Glaubwürdigkeit willen, so mahnen Beobachter der Messe-Entwicklung, sei es an der Zeit, „mehr von der rauen Wirklichkeit im Messewesen und den Schwierigkeiten in Leipzig auch in der Öffentlichkeit darzustellen“⁴⁸.

Auch auf dem Arbeitsmarkt deutet sich noch kaum eine Veränderung zum Besseren an – ein weiteres Zeichen der rauen Wirklichkeit. Zwar waren in Leipzig Ende 1993 mit 58 000 registrierten Arbeitslosen (Quote für die Stadt Leipzig: 12,5 Prozent) deutlich weniger Menschen arbeitslos als im ostdeutschen Durchschnitt (knapp 16 Prozent), aber es gibt (auch) in Leipzig Probleme der verdeckten Arbeitslosigkeit (Gesprächspartner schätzten sie auf etwa 40 Prozent), der unzureichenden Qualifizierung für den Dienstleistungsbereich und der Langzeitarbeitslosigkeit – Probleme, die eine Bedrohung für den sozialen Frieden in der Stadt darstellen. Rapide wachsende Sozialausgaben aufgrund von Dauerarbeitslosigkeit und Sozialhilfebezug (1993: 14 200 Sozialhilfeempfänger) belasten den städtischen Haushalt mit mehr als 50 Millionen Mark im Jahr.

Kritik an einer einseitig orientierten Wirtschafts- und Stadtentwicklungspolitik formulierte nicht nur die politische Opposition; auch Wirtschaftsinstitutionen, unter anderem Kreishandwerkerschaft, Handwerkskammer und Mittelstandsvereinigung, kritisierten in einem offenen Brief an die Stadtspitze, „daß die wirtschaftliche Bedeutung mittelständischer Betriebe in der Stadtverwaltung nur unzureichend erkannt wird“⁴⁹. Große westliche Investoren würden bevorzugt und unterstützt, „der einheimische Mittelstand jedoch zerstört“. Gefordert wurde eine Konzeption, um Handwerk und Gewerbe langfristig in der Stadt zu halten und zu stabilisieren. Ein zielgruppengerechteres Flächenmanagement, das „preisbildend auf den überspannten Leipziger Immobilienmarkt“ einwirken könnte, sowie die Konzentration der Wirtschaftsförderungskapazitäten auf die Sicherung der ansässigen Betriebe stellen auch die Autoren des bereits erwähnten Wirtschaftsgutachtens⁵⁰ in den Mittelpunkt ihrer Überlegungen. Sie empfehlen der

Stadt, Wirtschaftsförderung und Betriebsbetreuung künftig stärker räumlich-dezentral und in enger kooperativer Abstimmung mit den planenden Ämtern (Amt für Stadtplanung, Amt für Stadt-sanierung und Wohnungsbauförderung) zu organisieren. Entsprechende Umstrukturierungen und neue Schwerpunktsetzungen, so ein maßgeblicher Verwaltungsvertreter, seien seit Mai 1994 eingeleitet, ein modifiziertes „Wirtschaftsförderungsprogramm der Stadt Leipzig“ befinde sich in Arbeit.

Auch in der Gewerbeflächenpolitik begann nach Auskunft eines verantwortlichen Stadtpolitikers 1993 ein Umsteuern: „Es wurde festgestellt, daß nicht Büroarbeitsplätze, sondern fehlende Produktionsarbeitsplätze das Problem sind. In der ersten Phase waren in ehemaligen und neuen Gewerbegebieten Büros und Einzelhandel zugelassen worden; dadurch wurde der Grundstückspreis nicht selten so hochgetrieben, daß er für Produktionsstätten uninteressant werden mußte.“ Mittlerweile wird versucht, Kerngebietsflächen im Stadtgebiet wieder umzuwidmen und Büros in Gewerbegebieten auszuschließen.

Der Arbeitslosigkeit und ihren Auswirkungen will man in Leipzig seit Anfang 1994 mit einem kommunalen Beschäftigungsprogramm im Rahmen des Bundessozialhilfegesetzes begegnen. Ziel dieser Maßnahme ist es, Langzeitarbeitslose und Sozialhilfeempfänger wieder in den Arbeitsprozeß zu integrieren und den kommunalen Haushalt mittelfristig zu entlasten. Mehr als 1 000 Arbeitsgelegenheiten in gemeinnützigen Bereichen hat die Stadt unter dem Motto „Arbeit für Leipzig“ bis zum Jahresende 1994 zusammen mit ihrer kommunalen Beschäftigungsgesellschaft (ABM-Stützpunkt) neu geschaffen.

2. Stadterneuerung

Kommunales Planungshandeln und Stadterneuerung bewegen sich in Leipzig nach Einschätzung von Planungsfachleuten im polarisierten Stadtraum, zwischen „Boomtown“ und „Poortown“⁵¹, dem neuen Reichtum der City und vielen nach wie vor vernachlässigten Wohnvierteln. Zwar flossen zwischen 1990 und 1993 insgesamt 727,7 Millionen Mark an Wohnungsbau- und Städtebaufördermitteln in 19 Leipziger Stadterneuerungsgebiete – der Umfang der Probleme konnte jedoch nach Auskunft zuständiger Verwaltungsfachleute durch

47 Vgl. Leipziger Volkszeitung vom 4.2. 1993; Joachim Herr, Zuversicht wird zum Programm, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12.3. 1994.

48 J. Herr (Anm. 47).

49 Stadt sollte sich um den Mittelstand kümmern. Offener Brief an den Oberbürgermeister, in: Leipziger Volkszeitung vom 12./13.6. 1993.

50 Vgl. Price Waterhouse (Anm. 31).

51 Herbert Eigler/Guido Spars, Boomtown, in: Rittmannsperger + Partner (Hrsg.), Planen + Bauen, Darmstadt-Leipzig 1994.

bauliche Sicherungsprogramme bislang allenfalls begrenzt, nicht jedoch merklich reduziert werden: „40 000 Wohnungen zerbröseln uns unter der Hand.“

Das 1993 vom Amt für Stadtansanierung und Wohnungsbauförderung durchgesetzte Leitziel und Programm „Stadtentwicklung im Bestand“, das Innenentwicklung und Modernisierung Priorität vor großflächigem Neubau einräumt, wurde nach Ansicht von Kritikern nicht mit ausreichenden Finanzmitteln ausgestattet: 1993 standen im Verwaltungshaushalt der Stadt 30 Millionen Mark für die Stadterneuerung zur Verfügung – das Vierfache wäre nach Ansicht von Verwaltungsfachleuten notwendig gewesen.

Restitutionsansprüche, „massenhaft spekulatives Verhalten“ – vier von fünf restitutionsbehafteten Gebäuden im Gründerzeitgürtel der Stadt werden nach Rückgabe zum Teil mehrfach verkauft – und Wohnraumzweckentfremdung schaffen den Sanierungsverantwortlichen weitere Probleme: „Durch Zweckentfremdung“, so ein Vertreter des zuständigen Amtes, „gehen mittlerweile mehr Wohnungen verloren als durch Zerfall.“

Vorsichtig optimistisch glauben Vertreter der „Stadtentwicklung im Bestand“ dennoch, daß für die Wohnungsbestandspflege und die Innenentwicklung künftig mehr Aufmerksamkeit und Finanzmittel vorhanden sein werden, um den immer deutlicher werdenden Segregationstendenzen in der Bevölkerung begegnen zu können. Ein im Entwurf vorliegender „Stadtentwicklungsplan Wohnen“ der planenden Ämter in Ergänzung des Flächennutzungsplans soll einen höheren Stellenwert und einen besseren strukturellen Rahmen für die Stadtansanierung einfordern, neue, stärker konzeptionell orientierte Aufgabenfelder (Bodenmanagement und Stadtteil-/Projektmanagement) definieren und Koordinierung sowie Konsensbereitschaft zwischen planenden und wirtschaftsfördernden Instanzen ausbauen helfen.

3. Bevölkerung

Leipzig und sein Umland werden nicht erst seit 1989 durch Bevölkerungsverluste geprägt. Bereits in den siebziger und achtziger Jahren hatte die Stadt sowohl durch Geburtenrückgänge als auch durch Abwanderung einen negativen Bevölkerungssaldo zu verzeichnen. Etwa 50 000 Einwohner verließen zwischen 1971 und 1989 die Stadt⁵². Mit der Wende verringerte sich Leipzigs Bevölke-

rung durch Abwanderung weiter: allein im Jahre 1989 um 16 908 Einwohner, in den Jahren 1990 und 1991 um weitere 29 680 Personen⁵³. Als Gründe für die Abwanderung gelten vor allem „der politische und wirtschaftliche Umbruch, die gravierenden städtebaulichen Mißstände, die prekäre Umweltsituation und die ungelösten Wohnungsprobleme“⁵⁴. 1993 und 1994 konnte zwar eine Abnahme der Wanderungsverluste registriert werden, anhaltende Geburtenrückgänge – 1993 wurden weniger als halb so viele Geburten wie 1989 registriert – lassen jedoch für die nächsten Jahre einen weiteren Rückgang der Bevölkerung und merkliche Altersstrukturverschiebungen erwarten.

Zählte Leipzig 1989 noch 530 000 Einwohner, so sank die Bevölkerungszahl bis zur Jahresmitte 1993 unter die Halbmillionengrenze (Juli 1993: 494 000 Einwohner)⁵⁵. Die weitere Bevölkerungsentwicklung ist für Verwaltungsfachleute „noch mit vielen Fragezeichen verbunden“. Im Entwurf des Flächennutzungsplans der Stadt wird von einem Bevölkerungswachstum und einer Stabilisierung bei 500 000 Einwohnern ausgegangen, aber es gibt auch pessimistischere Einschätzungen. Danach wäre mit einem weiteren Bevölkerungsrückgang auf etwa 400 000 Einwohner zu rechnen.

4. Stadt und Region

Die Region Leipzig wird seit 1989 durch eine selbst für ostdeutsche Verhältnisse beispiellose Gewerbe- und Verkaufsflächenexplosion geprägt. Im Regierungsbezirk Leipzig werden allein 58 neue Gewerbegebiete gefördert (vier davon auf Leipziger Stadtgebiet), ein nach Ansicht von Immobilienfachleuten „auf Jahre hin ausreichendes Angebot“⁵⁶.

Die absehbare Baulandentwicklung der Region, so ein Kurzgutachten für die Leipziger Stadtentwicklungsplanung, signalisiert einen hohen Flächenverbrauch bei vergleichsweise geringer Nutzungsintensität: Etwa 11 700 Hektar neue Baugebietsflächen – vorwiegend für Gewerbe- und Industriegebiete – sind genehmigt oder raumordnerisch befürwortet. „Auf die ausgewiesenen zentralen Orte entfällt bei einem Anteil von 78 Prozent an der Bevölkerung der Region nur circa ein Drittel der neuen Baugebietsflächen, obwohl ihnen in den Landesplanungsgesetzen explizit eine

53 Vgl. Flächennutzungsplan (Anm. 46), S. II/16.

54 Ebd., S. II/17.

55 Vgl. Stadt Leipzig (Hrsg.) (Anm. 25).

56 Müller International Immobilien (Hrsg.), Immobilien Report, Leipzig 1993.

52 Vgl. H. Usbeck (Anm. 4), S. 74.

besondere Entwicklungs- und Bündelungsfunktion zugemessen wird.⁵⁷

Nach einer Untersuchung des Instituts für Geographie der Universität Kiel werden bei Fertigstellung aller bereits genehmigten Einzelhandelsprojekte bis Ende 1995 in der Stadtregion etwa 840 000 Quadratmeter Einkaufsfläche vorhanden sein, davon 80 Prozent außerhalb der gewachsenen Stadtstrukturen⁵⁸. Einige Großzentren (Saale-Park, Sachsen-Park) entwickeln gezielt die Attraktivitätspotentiale einer City und verbinden Angebotsvielfalt mit Einkaufserlebnis, Vergnügungs- und Kulturangeboten. Für den innerstädtischen Einzelhandel, insbesondere jedoch für die vorhandenen und geplanten Stadtteilzentren Leipzigs, bedeutet die Entwicklung „auf der grünen Wiese“ Kaufkraftabzug und Schwächung, für die Stadtstruktur Versorgungsdefizite im Nahbereich und zunehmende Verkehrsbelastung. Vertreter des Regierungspräsidiums rechtfertigten ihre großzügige Genehmigungspraxis 1993 damit, daß „noch weit umfangreichere Flächenkapazitäten, nämlich 1,5 Millionen Quadratmeter, rund um Leipzig angeplant“ gewesen seien und sich der Bebauungsgrad der Stadtregion „in den nächsten Jahren lediglich von 22 Prozent auf 27 Prozent erhöhen“ werde.

Zentraler Problembereich der Leipziger Region ist der Südraum mit einer durch den Braunkohleabbau „leergenutzten“ Landschaft (auch drei Quadratkilometer Leipziger Gemarkung fielen dem Kohleabbau zum Opfer), mit wirtschaftlicher Monostruktur, Umweltproblemen, Arbeitslosigkeit, Bevölkerungsschwund und verlorener Identität⁵⁹.

Eine direkt nach der Wende ins Leben gerufene „Entwicklungsgesellschaft Südraum Leipzig“⁶⁰ versammelte in mehreren Workshops regionale Akteure und externe Experten und versuchte, Entwicklungspotentiale, spezifische Ansprüche und Bedarfe des Ballungsraumes Leipzig und mögliche künftige Funktionen für den Südraum zu definieren. Als zentrale Handlungsziele wurden dabei die „Rekultivierung der Braunkohlefolgelandschaften“ für die Naherholungszwecke, die Förderung einer „ökologischen Ausgleichsfunktion“ des Südraums und die „Attraktivitätssteigerung“ der wei-

chen Standortfaktoren im Wirtschaftsraum Leipzig festgeschrieben. Mit einer Reihe von Leitprojekten (Europäischer Energie- und Umweltpark, Internationale Bauausstellung Südraum, Bundesgartenschau 2000) sollte der Raum zudem zu einem „Labor- und Ausstellungsfeld“ für die „modellhafte Umgestaltung einer geschundenen, ausgebauten Landschaft“ gemacht werden⁶¹. Geschehen ist bislang wenig. Chancen drohen verschenkt zu werden.

Welches „Gesicht“ die Region langfristig bekommen wird, erscheint heute unklarer als vor vier Jahren: Teile der Südregion werden aufgrund wirtschaftspolitischer Entscheidungen weiterhin durch den Braunkohleabbau geprägt bleiben; andere Teilräume drohen, so die Befürchtung maßgeblicher Vertreter der Leipziger Umweltverwaltung, zu „einem Mekka des Mülltourismus“ zu werden, mit großräumigem und hochdimensioniertem Zugriff der Entsorgungswirtschaft (Deponien, Großkraftwerke, Altlastenrecycling-Anlagen).

Die „Entwicklungsgesellschaft Südraum Leipzig“, nur unzureichend mit Finanzmitteln, Flächenpotentialen und Durchsetzungsmacht ausgestattet, ist 1994 in einer „Strukturfördergesellschaft West-Sachsen“ aufgegangen, deren institutioneller (Beteiligung des Freistaats Sachsen), räumlicher (Grenzen des Regionalen Planungsverbandes West-Sachsen) und inhaltlicher Zuschnitt stärkere Durchsetzungskraft signalisieren und Investoren locken soll. Wirtschaftsförderung, Akquisition, Flächenmanagement und Developing von komplexen Projekten werden nach dem Willen der Initiatoren künftig Aufgabenschwerpunkte sein. „Bestandsaufnahmen und Konzepte“, so ein Gesprächspartner im Regierungspräsidium, „haben wir jetzt genug.“

„Leipzig“, so Gesprächspartner aus planungspolitischen und Wissenschaftsinstitutionen, „hat regionale Initiativen zwar wohlwollend begleitet, engagiert sich jedoch unzureichend.“ Leipzigs Planung höre an der Stadtgrenze auf. Als „boomende Insel mit dem Ödland im Süden“, so ein Oppositionspolitiker warnend im Juli 1993, verspiele die Stadt langfristige Entwicklungschancen.

Ein etwas stärkeres regionalpolitisches Augenmerk richtet sich heute auf den Raum zwischen Leipzig und Halle. Der Nordwesten, so verschiedene Gutachten⁶², wird zunehmend zu einem ein-

57 Hartmut Usbeck, Raumentwicklung und Kooperationsanforderungen in der Region Leipzig – Halle, Leipzig 1994.

58 Vgl. Märkte auf der grünen Wiese saugen der City die Kaufkraft ab, zitiert nach: Ulrich Jürgens vom Institut für Geographie der Universität Kiel, in: Leipziger Volkszeitung vom 8. 4. 1994.

59 Vgl. Deutscher Werkbund (Hrsg.) (Anm. 2).

60 Gesellschafter waren Stadt Leipzig, Landkreise Leipzig, Borna, Altenburg und das Land Nordrhein-Westfalen.

61 Entwicklungsgesellschaft Südraum Leipzig, Regionale Handlungskonzepte für den Südraum Leipzig, Workshop-Ergebnisse 1991/92, Leipzig 1992.

62 Vgl. H. Usbeck (Anm. 57).

heitlichen Wirtschaftsraum und einer einheitlichen Arbeitsmarktregion, die der arbeitsteiligen Entwicklung insbesondere in den Bereichen Wirtschafts- und Technologieförderung sowie Raumplanung bedürfen.

Erste Schritte zu einer verbesserten Regional Kooperation wurden mit der Gründung des Regionalen Planungsverbandes West-Sachsen, der Unterzeichnung des Staatsvertrags zwischen Sachsen und Sachsen-Anhalt (1993), der Absicht, bis 1996 einen regionalen Verkehrsverbund zu gründen, und der Entscheidung der beiden Oberzentren Leipzig und Halle zur Gründung einer gemeinsamen „Entwicklungsagentur“ (Anfang 1994)⁶³ eingeleitet.

V. Stadtentwicklungsplanung

Als „Stadt ohne Plan“ beschrieb 1993 die Wochenzeitung „Die Zeit“ Leipzig und sein Entwicklungsgeschehen⁶⁴: 70 komplexe Planungsgebiete gleichzeitig in Arbeit, keine Vorlaufplanungen, mangelhafte Datenlage und zu wenig Fachpersonal. „Westdeutsche Städte“, so entschuldigte ein verantwortlicher Stadtpolitiker im Juli 1993 die noch fehlende kommunale Gesamtplanung, „konnten ihre Entwicklungsstufen langfristig beobachten und daraus Perspektiven ableiten. Wir können noch nicht einmal aus den letzten drei Jahren etwas ableiten – zu abenteuerlich ist die Entwicklung abgelaufen.“ Keinen Hehl allerdings macht er aus der Einschätzung, daß in den verschiedenen Ressorts „noch zu viele einzelne Säulen nebeneinanderstehen, die miteinander keine Verbindung haben“. Das Fehlen eines vernetzten Entwicklungskonzeptes bemerke man immer erst bei der Haushaltsplanberatung und der mittelfristigen Finanzplanung.

Zwischen dem Anspruch, nach der Wende in den Planungsprozessen „soviel Planungsdemokratie wie möglich zu retten“⁶⁵, und den Sachzwängen – Zeitdruck, Investorendruck, Chancenlosigkeit herkömmlicher Planungsverfahren – wurden der Planungsworkshop und die Planungswerkstatt zu gängigen Leipziger Verfahren für die räumliche Bereichsentwicklungsplanung. Stadtplaner, Architekten, Politiker und Vertreter von Bürgerinitiativen sollten gemeinsam, schnell und effizient Ideen

und Lösungsansätze für teilstädtische Räume entwickeln. Nicht selten scheiterten die guten Absichten: „Während die Workshops noch laufen, werden schon Baugenehmigungen gegeben“, kritisierten Stadtteilvertreter und politische Akteure die Verfahrenshektik. In eine kohärente Stadtentwicklungskonzeption mündeten die Ergebnisse der zahlreichen Planungsveranstaltungen nicht ein. Die Leipziger Stadtplanung, so Gesprächspartner aus Fachkreisen, setze ihre Schwerpunkte bei städtebaulichen und architektonischen Fragen.

Stadtentwicklungsplanung als kommunales Aufgabengebiet wurde in Leipzig erst 1992 institutionalisiert und aufgebaut. Mit den Grundlagen und Perspektiven der Stadt befaßt sich innerhalb des Stadtplanungsamtes die Abteilung Stadtentwicklung. Die Schaffung eines eigenen Amtes für Stadtentwicklung und damit eine Aufwertung der Grundlagen- und Konzeptarbeit waren in der ersten Phase des Verwaltungsaufbaus nicht vorgesehen. Eine gewisse Unterbewertung des Aufgabengebiets drückt sich auch, so ein Gesprächspartner im Juli 1993, in unzureichender Personalausstattung und der zeitweise praktizierten „Zweckentfremdung“ als Projektmanagement-Abteilung (Umnutzung des alten Messegeländes) aus. „Es ist keine Zeit für Leitlinien-Diskussionen in Leipzig“, beklagen verwaltungsinterne Kritiker das aus ihrer Sicht bestehende Konzeptdefizit, „maßnahmenbezogene Planung ist angesagt.“

Um das „Mißverhältnis zwischen operativer und konzeptioneller Stadtplanung“ (ein Verwaltungsmitarbeiter) zu beseitigen und den „verschiedenen Druckwellen“ in den Bereichen Büro, Gewerbe, Einzelhandel und Wohnen besser gewappnet begegnen zu können, arbeitet Leipzig seit 1993 am Entwurf des Flächennutzungsplans (FNP), der insbesondere von Wirtschaftsinstitutionen und politischen Fraktionen im Sinne perspektivischer Orientierung gefordert worden war. Untersuchungen und Gutachten zur Zentrenstruktur der Stadt (1991/92), zur Entwicklung der Arbeitsstätten (1992/93) und zu den Potentialen der künftigen Wohnflächenentwicklung (1992)⁶⁶ werden als Grundlagen ebenso integriert wie Fachplanungen des Verkehrs, Landschaftsplanung und andere sektorale Rahmen- und Strukturplanungen. „Durch die maßvolle Bereitstellung neuer Bauflächen“, so die FNP-Zielbeschreibung, werden die Voraussetzungen geschaffen für „Leipzig als

63 Vgl. Price Waterhous (Anm. 31).
64 Vgl. W. Gehrman (Anm. 40).
65 Vgl. Niels Gormsen, zitiert nach ebd.

Dienstleistungsmetropole, Medien- und Messestadt, Leipzig als attraktiven Wohnort und Leipzig als Kulturstadt⁶⁷. Nicht (oder noch nicht) erwähnt wird der Erhalt des Produktionsstandortes Leipzig. Mit dem Flächennutzungsplan hofft man auch, einen Beitrag zur koordinierten Regionalentwicklung leisten und Fehlentwicklungen durch die Ausuferung und Zersiedelung der Randzone vermeiden zu können.

Ergänzend zum Flächennutzungsplan ließ die Leipziger Stadtentwicklungsabteilung eine „Stadtentwicklungskonzeption Leipzig“ erarbeiten, die Mitte 1994 als Entwurf vorlag. Die Konzeption soll, so ein Verwaltungsfachmann, der Öffentlichkeit in „populärer Form“ darstellen, welche Entwicklungen für Leipzig seit 1990 „angedacht, diskutiert und bearbeitet“ wurden. Der als „Bericht zur Stadtentwicklung“ apostrophierte Entwurf bemüht sich um eine ungeschminkte Bestandsaufnahme und fordert zu offener Diskussion über Situation und Perspektiven der Stadt auf: „Leipzig ist eine Stadt im Umbruch. . . . An den Baustellen-

zäunen stehen die Leipziger und schauen gleichzeitig in Vergangenheit und Zukunft dieser Stadt. . . . Wir erleben und gestalten eine Gründerzeit . . . mit allen Erfolgen und Belastungen, Widersprüchlichkeiten und Unwägbarkeiten.“⁶⁸ Standortpotentiale, Traditionen und Werte werden in dem Bericht ebenso angesprochen wie Mißstände, Konflikte und Fehlentwicklungen der letzten Jahre: Suburbanisierungstendenzen, Gefahren neuer stadträumlicher Disproportionen und sozialräumlicher Segregation, Brachfallen von Stadtteilen durch Deindustrialisierung, belastende Entwicklungen des Individualverkehrs oder Probleme der Stadterneuerung im Bestand. Zwei Entwicklungsszenarien „Leipzig 2009“ stellen plastisch mögliche künftige Entwicklungspfade gegenüber: einen innovationsorientierten einerseits oder – so das Krisenszenario – einen ökologisch langfristig zerstörerischen und sozialräumlich polarisierenden. Welcher dieser Pfade Leipzigs Zukunft langfristig prägen wird, ist derzeit noch ungewiß.

67 Flächennutzungsplan (Anm. 46). S. III/109.

68 Stadtplanungsamt Leipzig (Hrsg.), Stadtentwicklungskonzeption Leipzig, Leipzig 1994 (unveröffentlichter Entwurf).

Von der grauen zur bunten Stadt Folgen des Umbruchs in Gotha

I. Vorbemerkungen

„Grau ist gar kein schlechtes Wort, um ein Hauptentwicklungselement der meisten Städte in den staatlichen Kommandowirtschaften Osteuropas festzuhalten. Es läßt denken an Gleichförmigkeit in der Farbgebung, den Lebensbedingungen, den Gebäudetypen, den Lebensweisen und in den Erwartungen.“¹ In der Tat waren auch die Städte der DDR in einem desolaten Zustand: Die Infrastruktur war verschlissen, die Innenstädte bis auf einige inselartige Bauensembles von internationalem Rang verfallen und verödet, während die Bewohner zu großen Teilen in neuerstellten Plattenbausiedlungen an der Peripherie lebten. Die marode Stadt war ein Grund für viele Bewohner, der DDR 1989 den Rücken zu kehren², und sie war ein schockartiges Erlebnis für viele Besucher aus Westdeutschland. Aus der umfangreichen territorialsoziologischen Untersuchung in der DDR von 1987 läßt sich entnehmen, daß die Beschaffenheit des Wohnortes von den Befragten ungewöhnlich negativ beurteilt wurde. Eigenschaften wie ‚langweilig‘, ‚unsauber‘, ‚gedrängt‘, ‚häßlich‘, ‚laut‘ erhielten relativ hohe Zustimmung in der Bevölkerung³.

Wir wollen in diesem Beitrag prüfen, ob und inwiefern die Stadt und das Stadtleben, die Wohnstandards und Lebensverläufe seit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten am 3. Oktober 1990 an Vielfalt und Farbe gewonnen haben, d. h., ob und inwiefern die u. a. von Marcuse angesprochene Gleichheit in sozialstrukturellen und Gleichförmigkeit in baulich-räumlichen Dimensionen

1 Peter Marcuse, Die Zukunft der „sozialistischen“ Städte, in: Berliner Journal für Soziologie, (1991) 2, S. 206. In den Protokollen eines Abschieds sagt Helga Königsdorf sogar verallgemeinernd: „Grau wurde das Land genannt“, in: Adieu DDR, Reinbek bei Hamburg, 1990, S. 9.

2 Vgl. Bruno Flierl, Stadtgestaltung in der ehemaligen DDR als Staatspolitik, in: Peter Marcuse und Fred Staufenbiel (Hrsg.), Wohnen und Stadtpolitik im Umbruch. Perspektiven der Stadterneuerung nach 40 Jahren DDR, Berlin 1991, S. 49.

3 Einen Bericht über die gleichnamige Untersuchung aus dem Jahre 1987 gibt Siegfried Grundmann, Sozialstruktur und Lebensweise in Städten und Dörfern – Ein Forschungsbericht aus dem Jahr 1989, in: Berliner Journal für Soziologie, (1992) 3–4, S. 408f.

einer Ausdifferenzierung der Sozialstruktur und einer stadtstrukturellen Verschiedenartigkeit gewichen ist. Auch wenn wir die Farbsymbolik zur Kennzeichnung des Wandels heranziehen, ist unserer Meinung nach grundsätzlich von einer ambivalenten Einschätzung sowohl grauer als auch bunter Farbzuschreibungen auszugehen.

Unseren Ausführungen liegt eine empirische Untersuchung über die Folgen des gesellschaftlichen Umbruchs für das alltägliche Leben der Menschen in einer mittleren Provinzstadt der DDR zugrunde⁴. Die Chance, an einem Ort exemplarisch für die DDR spezifische Entwicklungen und Tendenzen erfassen und ablesen zu können, hat uns veranlaßt, von 1991 bis 1994 den Wandel nach der Wende am Beispiel einer typischen Provinzstadt zu untersuchen. Die Wahl fiel auf Gotha, eine überschaubare und gleichzeitig relativ vielfältige, mittelgroße Stadt (gut 50 000 Einwohner) mit gemischter Wirtschaftsstruktur und mit Geschichte.

Im Zweiten Weltkrieg kaum zerstört, ist die bis heute mittelalterliche Gestalt der Altstadt Gothas weitgehend erhalten geblieben. Im Zentrum – unterhalb des Schlosses – liegt der von Bürgerhäusern aus dem 17. Jahrhundert umsäumte Hauptmarkt, der älteste und wertvollste Platz der Stadt, in dessen Mitte das Renaissance-Rathaus liegt. Gegenüber diesem in den achtziger Jahren sanierten städtebaulichen Denkmal internationalen Rangs verfiel die übrige innere Stadt in den siebziger und achtziger Jahren mehr und mehr, ein typisches Moment der Stadtentwicklung in der DDR.

Die langjährige Vernachlässigung der Altstadtbereiche hat diese unattraktiv als Aufenthaltsort und als Identifikationsobjekt werden lassen. Daß aufgrund der Rückständigkeit in den Stadtzentren grundsätzlich aktivierbare Raumgefüge und -folgen erhalten geblieben sind, die in vielen westdeutschen Innenstädten der radikalen Stadterneuerung der sechziger Jahre zum Opfer gefallen sind, ist

4 Vgl. Ulfert Herlyn/Lothar Bertels (Hrsg.), Stadt im Umbruch: Gotha. Wende und Wandel in Ostdeutschland, Opladen 1994. Im Zentrum der verschiedenen Methoden steht ein repräsentativer Querschnitt von Gothaer Bürgern: Im Sommer 1991 wurden 585 Personen und zwei Jahre später (1993) noch einmal 444 desselben Samples befragt.

letztlich diesen Versäumnissen zu verdanken. „Was sich im Moment augenscheinlich als Verfall äußert, ist systematisch gesehen ein ungeheures Potential an vorfordistischen Stadtstrukturen verschiedenster historischer Schichten.“⁵ Wir werden sehen, inwieweit sich persistente Strukturen im ökonomischen und räumlich-gestalterischen Bereich erhalten und wie sich die Lebensweisen der Bevölkerung entwickelt haben.

II. Struktur- und Funktionswandel der Stadt Gotha

Im Zuge der Modernisierung verändert sich – so unsere These – die Stadtstruktur nachhaltig, indem einerseits in der bisher vernachlässigten Innenstadt sich Handel und Dienstleistungen auf Kosten von Handwerksbetrieben und Reparaturwerkstätten erheblich ausweiten und andererseits Verbrauchermärkte und Großtankstellen an der Peripherie der Stadt entstehen (werden). Während eine Aktivierung der klassischen ökonomischen Funktionen in der Innenstadt die Reurbanisierung des öffentlichen Lebens auf Straßen und Plätzen unterstützt, gefährdet die Peripherisierung dieser Funktionen die Belebung des in der DDR lange vernachlässigten öffentlichen Stadtraumes.

Schauen wir uns zunächst den Wandel der Gewerbestrukturen in der Gothaer Innenstadt an⁶. Wie Tabelle 1 zeigt, zeichnet sich die Nutzung gewerblicher Räume seit 1989 durch eine außerordentliche Dynamik aus:

Allein bei über 60 Prozent der erfaßten Einrichtungen hat sich von 1989 bis 1993 ein Nutzungswandel vollzogen. Fast 40 Prozent behielten die gleiche Nutzung wie vor der Wende, was aber nicht heißt, daß es dort keine Veränderungen gab. Wo Nutzungskontinuität vorliegt, ist häufig eine Privatisierung innerhalb der gleichen Nutzungsart erfolgt, ob nun eine westliche Ladenkette, der frühere Geschäftsführer der staatseigenen Handelsorganisation (HO) der DDR oder der alteingesessene Inhaber, dessen Familienbetrieb zur DDR-Zeit enteignet wurde, das Geschäft übernommen hat.

5 Vgl. Detlev Ipsen/Hans Helbing/Thomas Fuchs/Katja Rempel, Die Zukunft der Vergangenheit. Persistenz und Potential der Raumstruktur in Stadt und Umland von Erfurt, Kassel 1992, S. 9.

6 Die Erdgeschoßnutzung der Grundstücke in der Gothaer Innenstadt wurde im Juni/Juli 1991 sowie retrospektiv für die Zeit vor der Wende und zwei Jahre später im Mai/Juni 1993 direkt erhoben und kartiert. Vgl. auch Inge Cornelsen in: U. Herlyn/L. Bertels (Anm. 4), S. 349 ff.

Tabelle 1: Nutzungswandel in der Gothaer Innenstadt zwischen 1989 und 1993

Art des Nutzungswandels 1993 gegenüber 1989	erfaßte Einrichtungen	
	absolut	in Prozent
Wandel		
a) von gewerblicher Nutzung zu Leerstand	38	14
b) von Leerstand zu gewerblicher Nutzung	30	11
c) in der gewerblichen Nutzung (z. B. vom Handwerk zum Handel)	43	16
d) innerhalb der Handelssparte	54	20
kein Wandel stattgefunden:	103	39
Insgesamt	268	100

Quelle: Eigene Darstellung.

Gravierend ist der Nutzungswandel dort, wo einstige gewerbliche Einrichtungen heute nicht mehr entsprechend genutzt werden, sondern zumeist leerstehen (insgesamt 14 Prozent), bzw. umgekehrt, wo in ehemals leerstehende Räume nun Gewerbe eingezogen ist (insgesamt 11 Prozent). Zum einen erklärt sich der Leerstand im Jahre 1993 bzw. die Nicht-Nutzung daraus, daß Restaurierungen vorgenommen oder Gebäude wegen einer Neubebauung zum Abriß freigegeben wurden. Ein großer Teil des neuen Leerstandes aber ist die Folge ungeklärter Eigentumsverhältnisse. Die langwierige Bearbeitung der Rückführungsanträge hemmt in erheblichem Maße auch die Gewerbeentwicklung in der Gothaer Innenstadt. Die Eigentumsituation schlägt sich unmittelbar im Stadtbild nieder: Dort, wo Geschäfte restauriert oder neu gebaut, neu- oder wieder eröffnet werden, sind in der Regel die Eigentumsverhältnisse geklärt; wo jedoch Leerstand herrscht oder in die bestehenden Betriebe nicht investiert wird, sind diese ungeklärt.

Die Veränderungen innerhalb der gewerblichen Nutzungen (16 Prozent) bestehen überwiegend in einer Zunahme von Handelsbetrieben. So hat es nach der Wende bei den – zumeist im Erdgeschoß gelegenen – Handwerksbetrieben oftmals eine Schwerpunktverschiebung von der Werkstatt zum Handel gegeben⁷; in den Obergeschossen haben

7 Vgl. auch die ähnlichen Ergebnisse für die Erfurter Innenstadt bei B. Hubal, Geschäftszentren im Umbruch – Strukturwandel in der Erfurter Innenstadt unter veränderten Rahmenbedingungen, in: P. Gans/W. Bricks (Hrsg.), Thüringen. Zur Geographie des neuen Bundeslandes, Erfurter Geographische Studien, (1993) 1, S. 95 ff.

sich vor allem Dienstleistungsbetriebe angesiedelt. Es liegt nahe, zur Erklärung dieser Entwicklung zunächst an die explosionsartig gestiegenen Mieten für Gewerbe zu denken, die nur durch eine Nutzungsintensivierung aufgefangen werden können. Mit dem neuen und ungewöhnlich reichhaltigen Warenangebot aus Westdeutschland haben sich aber auch die Konsumgewohnheiten der Ostdeutschen geändert. Statt noch vorhandene ostdeutsche Verbrauchsgüter reparieren zu lassen, werden nun entsprechende Westprodukte (neu) gekauft.

Im Bereich der Freizeit- und Vergnügungseinrichtungen ist die befürchtete Ausbreitung von Spielhallen und Videotheken ausgeblieben: In Gotha gab es bis 1993 nur vier solcher Einrichtungen. Maßgebliche Ursache dafür ist, daß die Stadt die Ansiedlung von Spielhallen im Altstadtbereich untersagt hat.

Am auffälligsten zeigt sich der Nutzungswandel beim Einzelhandel. Dort hat die Zahl der Betriebe zugenommen. Aber es gab auch Veränderungen innerhalb einzelner Sparten. Nahezu ein Drittel der von uns erfaßten Einzelhandelsbetriebe in der Innenstadt gehörte 1993 einer anderen Sparte an als vor der Wende. Zurückgegangen ist in erster Linie die Zahl der Lebensmittelgeschäfte. Im Wettbewerb unterlagen sie den großflächigen Einkaufsmärkten am Rande der Stadt. Demgegenüber gab es im Einzelhandel einen starken Zuwachs in der Sparte „Bekleidung, Schuhe, Lederwaren“ (von 31 Geschäften im Jahre 1989 auf 48 Geschäfte im Jahre 1993).

Gewissermaßen als die andere Seite der Medaille beherrschten schon bald die großen Verbrauchermärkte mit Massenkonzumentenangeboten die Peripherie der Stadt. Die sich erst allmählich in ihrer neuen aktiven Rolle zurechtfindenden Stadtplaner mußten sich schon sehr bald mit überzogenen Ansprüchen auseinandersetzen, wie der zuständige Leiter der Stadtplanung im Sommer 1990 im Gespräch verdeutlichte: *„Als erstes kommen die Haie, dann kommen die Geier und dann kommen erst die Geschäftsleute. Ich möchte ganz gerne die Haie und die Geier abwarten und dann mit den Geschäftsleuten die Stadt vorantreiben.“* Ein knappes Jahr später, im Frühjahr 1991, war er immer noch skeptisch: *„Ich würde das so einschätzen: Wir befinden uns zwischen Haien und Geiern, muß man sagen. Allerdings hat es sich wirklich schon etwas gesetzt. Die, die ich jetzt noch als Haie bezeichne, sind die Händler. Die Händler, die nach wie vor ihre großflächigen Verbrauchermärkte auf der grünen Wiese errichten wollen, gefährlich wie ein Hai und aufdringlich wie ein Aasgeier.“*

Bis 1994 hat es in der Innenstadt hinsichtlich der Verkaufsflächen keine gravierenden Veränderungen gegeben. Das Handelsgeschehen wird nun hauptsächlich durch neuerrichtete Verbrauchermärkte außerhalb des Zentrums, insbesondere auf neu ausgewiesenen Sondergebietsflächen am Stadtrand geprägt. Nach der Realisierung der gegenwärtig geplanten Vorhaben wird es in Gotha Einzelhandelseinrichtungen mit einer Verkaufsfläche von insgesamt 120 000 Quadratmetern geben. Der Flächenanteil pro Einwohner beträgt dann nach Auskunft des Amtes für Wirtschaftsförderung 2,26 qm gegenüber 0,33 qm zur Wendezeit⁸. Es ist zu fragen, ob Verkaufsflächen in diesem Ausmaß für eine Stadt wie Gotha nicht etwas überdimensioniert sind. Der innerstädtische Einzelhandel gerät angesichts dieser Entwicklung unter einen noch größeren Wettbewerbsdruck.

Im Ergebnis unserer Erhebung innerstädtischer Funktionen in Gotha steht eine atemberaubende Tertiärisierung, die die Persistenzhypothese, der zufolge die bisherigen ökonomischen Nutzungen der Innenstadt weiterbestehen, nur zum Teil bestätigt. Vielmehr scheint es so zu sein, daß mit dem gesellschaftlichen Modernisierungsprozeß der fundamentale „Wechsel der Lebensverhältnisse Zug um Zug auch die Stadt auseinandernimmt und neu zusammensetzt“⁹.

III. Zum Wandel des Stadtbildes

Die Veränderungen der ‚grauen Stadt‘ verliefen in charakteristischen Schüben. So überfluteten im Frühjahr 1990 fliegende Händler die Märkte und Straßen der Gothaer Innenstadt, was zu einer bis dahin nicht gekannten Lebhaftigkeit auf öffentlichen Straßen und Plätzen führte. Mit der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion am 1. Juli 1990 wurden die Schaufensterauslagen radikal verändert. Entweder paßten sich die ostdeutschen HO-Geschäfte selbst durch das Angebot westdeutscher Waren an die neue Zeit an, oder westdeut-

8 Damit lag Gotha deutlich unter dem Querschnitt der alten Bundesländer (1,0 qm pro Einwohner). Vgl. BBE (Bundesverband des Deutschen Einzelhandels) Unternehmensberatung GmbH, Ergebnisbericht – Strukturuntersuchung und Zentrenplanung für Ladengeschäfte in der Stadt Gotha, Köln 1991, S. 22f.

9 Dieter Hoffmann-Axthelm, Die dritte Stadt. Bausteine eines neuen Gründungsvertrages, Frankfurt am Main 1993, S. 102.

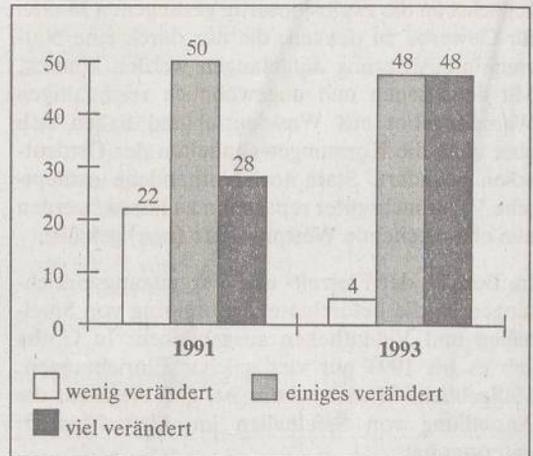
sche Handelspartner sorgten für eine entsprechende Veränderung des Bildes. Gleichzeitig griff aber auch eine z.T. sehr aggressive Werbung um sich, die als eine quasi neue Zeichenschicht partiell den früher gewohnten Gesamteindruck der Architektur verändert. Werbeschilder, Plakatierungen, Schaufenstervergrößerungen und geänderte Schriftzüge mit greller Leuchtreklame bringen zwar Farbe in die Innenstädte, verstellen aber zugleich den Blick auf bauliche Ensembles¹⁰. Zeitlich deutlich verzögert hierzu beginnt die Modernisierung von Häusern und Fassaden sowie die Erneuerung und Sanierung des Energienetzes der Stadt. In einem umfangreichen Stadterneuerungsprojekt der östlichen Innenstadt ist damit begonnen worden, ein Konzept umzusetzen, das – die traditionelle Parzellenstruktur erhaltend und die historische Bausubstanz achtend – Wohnen und gewerbliche Nutzungen kombinieren will.

Die Bewohner registrieren den Veränderungsschub in ihrer Stadt nach der Wende sehr aufmerksam und im ganzen wohlwollend (vgl. Abbildung 1). Die Wahrnehmung hat sich von 1991 bis 1993 grundsätzlich modifiziert. Während 1991 gut jeder fünfte Befragte kaum Veränderungen registrierte, war es zwei Jahre später fast je die Hälfte, für die sich ‚einiges‘ bzw. ‚viel geändert‘ hatte. Nur knapp die Hälfte der Befragten blieb bei ihrer bisherigen Einschätzung. Bei der Unterscheidung nach verschiedenen Personengruppen fällt auf, daß vor allem die jüngeren Befragten am häufigsten Veränderungen beobachten, was vermutlich auf ihr stärker öffentlichkeitsbezogenes Leben zurückzuführen ist: „Wenn ich mal einen Nachmittag frei habe, gehe ich meistens in die Stadt, um eben auch zu schauen, was sich verändert hat. In Gotha verändert sich nun jede Woche was, das ist ganz fantastisch, wenn man da eben so durchgeht: ach, das kennste ja noch gar nicht. Und da versucht man sich eben dran zu erinnern, wie war das überhaupt“ (Studentin, 23 Jahre, 1991).

Während jüngere Befragte meist auf Veränderungen bei den Geschäften hinweisen, nennen die Älteren überproportional häufig Veränderungen an Gebäuden und Plätzen: „Ah ja, das hat sich natürlich sehr zu seinem Vorteil verändert, würde ich sagen, also Gothas Innenstadt nach einem Jahr ist schon ganz anders geworden. Man sieht mehr als in Leipzig zum Beispiel relativ eingetretene Veränderung. Es ist freundlicher geworden, das Leben ist

10 Das alles ist dokumentiert in einer Videoproduktion des Zentrums für Fernstudienentwicklung (ZFE) der Fernuniversität Hagen: Lothar Bertels/Ulfert Herlyn, Wende und Wandel in Ostdeutschland: das Beispiel Gotha, Hagen 1994.

Abbildung 1: Einschätzung des Ausmaßes baulicher Veränderungen in Gotha (in Prozent)



Quelle: Eigene Darstellung.

pulsierender geworden, obgleich man auch abends nach 20 Uhr nach wie vor die Bürgersteige hochklappen könnte, weil da kaum noch jemand unterwegs ist“ (Renter, 68 Jahre, 1991).

Welche Veränderungen ihres Stadtbildes haben die Gothaer Bürger vor allem festgestellt? In den Jahren 1991 und 1993 wurden am häufigsten von je über der Hälfte der Befragten

- Renovierung, Restaurierung bestimmter Gebäude und Plätze (62 Prozent),
 - Straßenerneuerung und Tiefbaumaßnahmen (57 Prozent)
- genannt.

Dabei sind es jedoch nicht nur die Veränderungen an der Bausubstanz selbst, sondern auch – und manchmal sogar vorrangig – solche des *sozialen Lebens* in der Stadt. Es scheint so, als sei eines der Ziele der Stadtentwicklung in der DDR, die Stadtmitte zum „Ort kommunikativer Zentralität“ zu entwickeln¹¹, jetzt erreicht worden: „Ich finde den Markt gut, ich finde das einwandfrei. Das ist das einzige, worauf man sich freuen kann, wenn man von der Arbeit kommt, man geht mal über den Markt, überall Stände. Man kriegt teilweise Sachen, die man überhaupt nicht, oder wenn, dann teuer kriegt. Ich find's gut. Man kann sein Obst kaufen, seine Blumen kaufen, alles so im Vorbeigehen“ (Zahnarzthelferin, 20 Jahre, 1991).

11 B. Flierl (Anm. 2), S. 59.

Gleichzeitig wird jedoch die Ambivalenz dieser Änderung in schillernden Bewertungen deutlich: Die Mehrheit verbindet mit dem öffentlichen Treiben in der Innenstadt sowohl positive als auch negative Aspekte. Negativ bewertet werden hierbei die Gefährdung durch Diebe, das Gedränge, aufdringliche Markthändler und die geringe Qualität mancher angebotenen Waren. „Das ist schon wenigstens wieder Leben, meine ich. Es hat auch Unannehmlichkeiten, gell, daß man die Taschen festhalten muß oder so. Aber es ist viel schöner. Macht mehr Spaß. Man muß ja nicht alles kaufen, man kann sich ja soviel angucken, man muß es nicht kaufen. Das macht schon wieder Spaß“ (Rentnerin, 65 Jahre, 1991).

„In der ersten Zeit, als viele Straßenhändler und ähnliche Leute kamen, da war das interessant. Heute betrachte ich es, und da stimme ich mit vielen anderen überein, mir gefällt's nicht. Aufdringlichkeit, Lärm, unseriöse Angebote. Ich meine, es hat nichts damit zu tun, wenn mal ein Volksfest ist, dann ist das viel Rummel, aber daß es dreimal in der Woche sein muß, halte ich nicht für gut“ (Betriebsdirektor in Kurzarbeit-Null, 50 Jahre, 1991).

Bei den vielen Veränderungen dürfen die Straßennamen nicht vergessen werden. Die in 40 Jahren DDR erfolgten Umbenennungen standen schon bald nach der Vereinigung – in einigen Bundesländern mehr (z.B. Thüringen), in anderen weniger (z.B. Brandenburg) – zur Diskussion. Ende 1991 kam es in Gotha zu einer umfangreichen Auswechslung der Namensschilder. Viele Straßen erhielten ihren ursprünglichen Namen wieder (aus der Friedrich-Engels-Straße wurde die alte Helenenstraße, der Leninplatz wurde zum Eckhofplatz) oder wurden nach besonderen Ereignissen und Personen benannt. Bei unserer Befragung im Sommer 1991 war nur ein Fünftel der Wohnbevölkerung gegen Umbenennungen. Die spätere – unserer Meinung nach weit überzogene – Aktion wurde mithin von einer breiten Mehrheit der Bevölkerung getragen.

Auch wenn es nicht zu einem „Zusammenbruch von Umwelt und Verhaltensstruktur“ (H. P. Bahr) gekommen ist, so sind doch die Chancen der Umwelterschließung erschwert, denn mit der alten Umgebung sind auch viele verhaltenssteuernde Symbolträger verschwunden. Die Schwierigkeiten, mit den neuen Bestandteilen der Umwelt fertig zu werden, sie angemessen zu interpretieren, werden jedoch mit der Gewöhnung an die neuen Formen abnehmen.

IV. Veränderungen des Wohnstandards

Es waren vor allem die Wohnhäuser und Wohnungen, die den eingangs beschriebenen grauen Eindruck vermittelten. Welche Veränderungen können nun in diesem Lebensbereich festgestellt werden?

Die Wohnungen sind in Ostdeutschland insgesamt wie auch in Gotha im Vergleich mit Westdeutschland kleiner, älter und schlechter ausgestattet¹². Als Inbegriff für die Sterilität und Uniformität des Wohnens gelten die Plattenbaugroßsiedlungen der DDR. In der Plattenbausiedlung „Gotha-West“ leben ca. 13 500 Einwohner. Nach der Wende gingen die staatlichen Wohnungen in den kommunalen Besitz über. In Gotha sind 45 Prozent (1992) in kommunalem Eigentum, 25 Prozent gehören Genossenschaften und 30 Prozent Privatleuten.

Nach der Währungsunion am 1. Juli 1990 kam es in der DDR bzw. – später – in den neuen Bundesländern sehr bald zu einer Ausdifferenzierung der Mieten. Der durchschnittliche Anteil der Mietausgaben am Haushaltsnettoeinkommen betrug bei unseren Befragten im Jahre 1991 noch fünf Prozent und hat sich bei denselben Haushalten zwei Jahre später mit 20 Prozent vervierfacht. Damit ist das westdeutsche Niveau fast erreicht. Der Prozeß der stärkeren Ausdifferenzierung der Mieten verlief parallel zum Anstieg der Einkommen; so zahlten schon 1993 zwei Drittel eine Miete zwischen 300,- und 600,- DM. Wohngeldzahlungen in Höhe von fast zehn Millionen DM im Jahr 1992 und knapp elf Millionen DM 1993¹³ sind ein Indiz für die zunehmenden ökonomischen Belastungen der Haushalte. Die gestiegenen Mietkosten stehen teilweise im krassen Mißverhältnis zur Qualität der Wohnungen und sind wohl auch – gemessen an westlichem Wohnstandard – zu hoch. Eine 38jährige Frau sagte dazu 1993: „Daß die Mieten steigen, ist eigentlich real, es hilft alles nichts, da können wir noch soviel schimpfen. ... Natürlich muß ich erwarten, daß wenn ich jetzt in einer Wohnung oder in einem Haus wohne und so eine Miete bezahle, wie das jetzt üblich ist ... in Westdeutschland ..., dann will ich aber auch so wohnen und nicht ... in so einer Purzelbude.“

¹² Vgl. Rudi Ulbrich, Wohnungsversorgung in der Bundesrepublik Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 8-9/93, S. 16-31; Wilhelm Hinrichs, Wohnen, in: Ingrid Kurz-Scherf/Gunnar Winkler (Hrsg.), Sozialreport 1994, Berlin 1994, S. 209ff.; vgl. auch U. Herlyn/L. Bertels (Anm. 4), S. 278f.

¹³ Vgl. den Statistischen Jahresbericht 1993 der Stadt Gotha, 1994.

Der sich allmählich konstituierende Wohnungs- und Grundstücksmarkt schuf auch in Gotha die Voraussetzungen für die *Eigentumsbildung* an Wohnungen und Häusern. In der DDR waren die Wohnungen von den Bewohnern quasi als „ihr Eigentum“ betrachtet und häufig auf eigene Initiative und Kosten saniert und renoviert worden – je nach Möglichkeit, sich mit entsprechendem Material versorgen zu können. Nun wird die Funktion der Wohnung als Ware spürbar, und dies gibt zu Befürchtungen Anlaß, daß die steigenden Mieten nicht verkraftet werden könnten und der angestammte Wohnplatz nicht sicher sei.

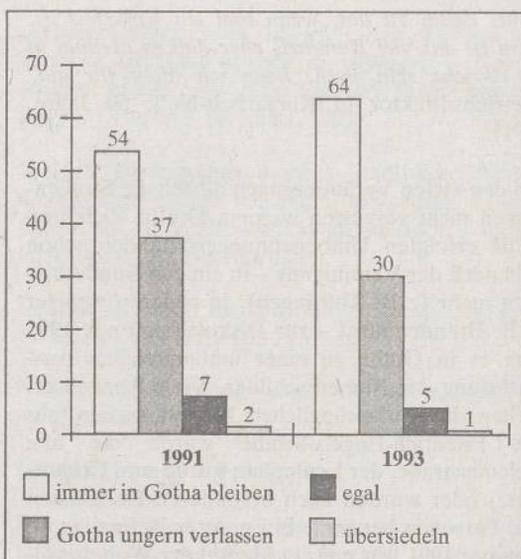
Aufgrund des erhöhten Ersatz- wie auch Neubedarfs wird die Nachfrage nach Grundstücks- und Wohneigentum in den nächsten Jahren weiter steigen. Seit geraumer Zeit ist die Eigentumsbildung ein leitendes Motiv; die rasant steigenden Zahlen neu abgeschlossener Bausparverträge weisen auf eine weitere Steigerung hin¹⁴. Dabei orientieren sich die Wohnbedürfnisse der Menschen hinsichtlich Größe und Ausstattung zunehmend an den westdeutschen Mustern. Der hochverdichtete Wohnungsbau – wie in Gotha-West – wird nicht nur wegen der maroden Bausubstanz, sondern auch aufgrund der Mängel der infrastrukturellen Versorgung unattraktiver. Immer mehr Bewohner streben danach, die eintönigen Plattenbausiedlungen zu verlassen: „Ich habe die Befürchtung, daß diese Wohnungen einen recht geringen Komfort haben und daß diese Wohnungen hier überall Sozialwohnungen für sozial schwächere Schichten werden. Uns geht's ja auch schon so, daß uns das Umfeld hier absolut nicht mehr zusagt. In diesen Wohnblocks wohnen einfach Leute, die nichts von Benehmen, von Anstand, von Sauberkeit kennen oder außerhalb ihrer Wohnung nicht mehr kennen wollen, und das geht uns ganz einfach gegen den Strich“ (Gothaerin, 30 Jahre, 1991).

Mit der Entwicklung zur sozial segregierten Stadt westlichen Musters geht jedoch die „größere Uniformität und räumliche Homogenität“ verloren, die zu den sozialen „Errungenschaften“ der grauen, sozialistischen Stadt gerechnet werden¹⁵. Jegliche Ausdifferenzierung von Teilräumen in einer Stadt befördert die Chance, ohnehin Privile-

gierte zu privilegieren, und geht mit der Gefahr einher, sozial schwache Schichten ins Abseits zu drängen. Das ist bei der künftigen Stadtentwicklungs- und Wohnungspolitik in den neuen Ländern angesichts der zur Zeit noch stark sozial vermischten Wohnquartiere der Städte zu bedenken.

Die tiefe Verunsicherung durch den gesellschaftlichen Wandel hatte eine Abnahme der traditionellen hohen Ortsverbundenheit und damit höhere räumliche Mobilität erwarten lassen. Diese Vermutung hat sich nicht bestätigt. Die lokale Bindung ist 1993 noch stärker geworden, lediglich sechs Prozent würden fortziehen. Es gibt einen relativ großen und stabilen Kern, der zu beiden Befragungszeitpunkten (1991 und 1993) angibt, für immer in Gotha bleiben oder Gotha nur ungern verlassen zu wollen (vgl. Abbildung 2).

Abbildung 2: Ortsbindung in Gotha (in Prozent)



Quelle: Eigene Darstellung.

Die lokale Bindung an Gotha wird in starkem Maß von der Wohndauer beeinflusst: Wer über Jahrzehnte in einer bestimmten Umwelt lebt und sich darin zu Hause fühlt, möchte diese nur ungern verlassen. Schon in der Untersuchung von Bernd Hunger und Fred Staufenbiel aus dem Jahre 1981 zeigte sich die starke Bindung der Gothaer an ihre Stadt und die sie umgebende Landschaft¹⁶. Da von den Befragten fast die Hälfte

14 Vgl. Annette Harth, Wohnbedingungen im Wandel, in: U. Herlyn/B. Hunger (Hrsg.), Ostdeutsche Wohnmilieus im Wandel, Basel u. a. 1994, S. 88f.

15 „Mit den Städten in der DDR wurde somit ein Ziel der sozialistischen Stadt teilweise erreicht: Die hierarchische soziale Unterscheidung zwischen Wohngebieten, verfügbarem Komfort, den Vor- und Nachteilen des Stadtlebens wurde abgeschafft.“ Vgl. P. Marcuse (Anm. 1), S. 207f.

16 Vgl. Bernd Hunger/Fred Staufenbiel, Soziologische Untersuchung zur Rekonstruktion der Gothaer Innenstadt, Weimar 1981, S. 12ff.

schon länger als 30 Jahre in Gotha wohnt, ist bereits aus diesem Grund von einer relativ stark ausgeprägten lokalen Bindung auszugehen.

V. Lebensläufe im Umbruch

Die sozialistische Gleichheitsideologie – mit geringen sozialen Unterschieden bei Vermögen, Einkommen, Bildung, Wohnverhältnissen und dem Zugang zu Waren und Dienstleistungen: „Fast alle hatten wenig, aber keiner hatte nichts“¹⁷ – führte auch zu einer Gleichförmigkeit der Lebensweisen in der DDR. Privilegien gab es nur für eine kleine Führungsschicht, und diese waren, verglichen mit denen der Westdeutschen, eher gering. Auf der anderen Seite fehlten die sozialen Randgruppen weitgehend. Sichtbare Armut gab es nicht.

Mit der Marktwirtschaft wurde das in der DDR geltende Recht auf Arbeit abgeschafft. Die Leistungsgesellschaft brachte den Menschen hohe Arbeitslosigkeit. Die Entwertung beruflicher Qualifikationen und die im Vergleich zu Westdeutschland geringere Bezahlung gleichartiger Tätigkeiten (z. B. Lehrer) sorgten zusätzlich für soziale Spannungen. Andererseits bot der Umbruch nicht nur Risiken, sondern auch neue Chancen, sorgte er doch gleichsam für eine „Entkorkung“ von Lebenswegen. In der Leistungsgesellschaft können Lebenschancen und Lebensstile nun in ganz anderer Weise entfaltet werden, wie dies zum Beispiel bei einer 50jährigen Ärztin der Fall ist: „*Wir beabsichtigen, ein Ärztehaus zu bauen und dort einen stabilen eigenen Arbeitsplatz zu haben, der noch einmal so sein soll, wie wir uns das eigentlich ein Leben lang erträumt haben. Da setze ich große Hoffnungen rein und auch viel Energie. Das ist eine große Hoffnung, dieses Haus, in dem wir mit mehreren Kollegen, die sich gut miteinander verstehen, arbeiten werden.*“ (1991)

Viele Gothaer Bürger erlebten in den ersten Jahren nach der Währungsunion ein Wechselbad von Auf- und Abstiegen, nutzten oder verpaßten berufliche Chancen und Optionen auf neue Gelegenheiten. Die schnelle Abfolge von Kurzarbeit, Entlassung, Umschulung und erneutem Berufseinstieg (oft an einem anderen Ort) führten vielfach zur Verunsicherung hinsichtlich der eigenen gesellschaftlichen Position und der Lebensperspektiven.

17 Vgl. Frank Adler, Ansätze zur Rekonstruktion der Sozialstruktur des DDR-Realsozialismus, in: Berliner Journal für Soziologie, (1991) 2, S. 157.

Aber für diejenigen, die ihren Arbeitsplatz behielten, wandelte sich das Klima. ‚Konkurrenzdenken‘ und ‚Ellenbogengesellschaft‘ sind die Stichworte für die Spannungen, die eine 22jährige Laborassistentin 1991 drastisch formuliert: „*Jeder versucht, mit seinem Arsch an die Wand zu kommen. Die Jüngeren gegen die Älteren – die Älteren sollen in den Vorruhestand gehen.*“

Andererseits ist ein hohes Maß an sozialer Konstanz erkennbar. Nach ihrer Selbsteinschätzung gefragt, meinte zu beiden Erhebungszeitpunkten – 1991 und 1993 – nahezu die Hälfte der Bewohner, gegenüber der DDR-Zeit eine unveränderte soziale Position einzunehmen. Auf- und Abstiege werden bei den anderen, den sozial Mobilien, registriert. 1991 und 1993 sieht sich jeweils knapp ein Drittel der Gothaer in einer höheren Position und rund ein Fünftel in einer niedrigeren. Typische Aufsteiger verfügen über ein höheres Einkommen, sind jünger als 35 Jahre; typische Absteiger sind älter, oft im Vorruhestand, haben eine geringere berufliche Qualifikation und neigen häufiger zu einer intoleranten Haltung gegenüber Ausländern.

Betrachten wir die Problematik unter der Frage der Lebensperspektive, so lassen sich altersgruppenspezifische Unterschiede ausmachen. Ältere (über 50 Jahre), Menschen mittleren Alters und Jüngere (bis 35 Jahre) verfügen über jeweils andere, in der DDR aufgebaute ökonomische, kulturelle und soziale Ressourcen.

Die (heute) *ältere Generation* hatte nach dem II. Weltkrieg in der DDR berufliche Aufstiegsmöglichkeiten für sich nutzen können, oft ohne die normalerweise geforderten Bildungsabschlüsse nachweisen zu müssen. Dies führte zu einer gewissen Zufriedenheit und zur Akzeptanz des SED-Regimes. Die Einbrüche des Arbeitsmarktes haben für Angehörige dieser Gruppe wenig Bedeutung, da die meisten von ihnen sich schon im Ruhe- bzw. Vorruhestand befinden. Schwerwiegender ist für sie die Frage nach dem Selbstwertgefühl, nach der Sinnhaftigkeit und der sozialen Anerkennung ihrer in der DDR geleisteten Arbeit. Dazu sagt ein Lehrer im Vorruhestand 1993: „*Das würde unser Selbstbewußtsein unendlich heben, wenn wir erfahren würden, daß unsere Arbeit durchaus auch gute Seiten gehabt hat. Auch, wenn man jetzt alles hingemacht hat. Darauf kommt es nicht mehr so an, aber ich will erfahren, daß ich nicht vierzig Jahre umsonst gearbeitet habe.*“

Diese Verunsicherung wird häufig auch durch das Erlebnis von Arbeitslosigkeit innerhalb der eigenen Familie, zum Beispiel bei den Kindern, verstärkt.

Die *mittlere Generation* ist den stärksten Belastungen ausgesetzt. Noch hat sie das Sozialisationsgepäck der DDR auf dem Rücken, und schon lastet auf ihr das Gewicht der Marktwirtschaft. Dieser „Risikogeneration“ hat die Wende die heftigsten Einbrüche in die bis dahin vorgezeichneten Lebensverläufe beschert. Ihre Situation ist prekär. Für sie als „betrogene Generation“ brach der Staatssozialismus zugleich zu früh und zu spät zusammen¹⁸. Sie sind wegen ihres Alters noch nicht aus dem Erwerbsleben ausgeschieden, und doch sind sie nicht mehr jung genug, um die Arbeitskrise in Konkurrenz mit den Jüngeren und den „Importen“ aus Westdeutschland erfolgreich bewältigen zu können.

Ungeachtet dieser schlechten Ausgangsbedingungen und der neuen, vielfach höheren Anforderungen gelang es doch vielen, ihre Arbeitsstelle zu behalten oder eine neue zu bekommen: indem sie ihr „kulturelles und soziales Kapital“¹⁹ aktivierten, d. h. Insiderwissen gewinnbringend einsetzten. Die hohe Flexibilität, die in der Mangelgesellschaft entwickelten ‚Chaosqualifikationen‘ und das Improvisationsgeschick entpuppten sich als wichtig und konnten die Entwertung der beruflichen Qualifikationen zumindest teilweise kompensieren. Angehörige dieser Generation bejahen häufig die Anforderungen der Marktwirtschaft und stellen sich den neuen Herausforderungen, wagen den Sprung in die Selbständigkeit oder werden Wochenendpendler – weil es weitergehen muß.

Für die *jüngere Generation* hat die Vereinigung in der Regel keine Beeinträchtigungen mit sich gebracht, die nicht überwunden werden könnten. In einer schlechten Position befinden sich die gering qualifizierten jüngeren Arbeitnehmer, wie auch generell die jungen Frauen. Viele müssen sich umschulen lassen, um eine angemessene Erwerbstätigkeit aufnehmen zu können, was oft mit einem Wohnortwechsel verknüpft ist.

Die jungen Menschen in Ostdeutschland weisen häufig die gleichen Orientierungen und Wertvorstellungen wie die entsprechende Altersgruppe in Westdeutschland auf. Sie könnten als eine Generation mit vielen beruflichen Optionen, die sich im Übergang zur Konkurrenzgesellschaft befindet, bezeichnet werden. Der Kohäsionskraft des alten DDR-Systems wird scheinbar problemlos durch

18 Vgl. Rainer Geißler (Hrsg.), Sozialer Umbruch in Ostdeutschland, Opladen 1993, S. 26.

19 Die Begrifflichkeit ist übernommen von Pierre Bourdieu, Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital, in: R. Kreckel (Hrsg.), Soziale Ungleichheiten, Sonderband 2 der Sozialen Welt, S. 183–198.

Zuwendung zu neuen, westlichen Lebensstilen begünstigt. Das bisher angesammelte „ökonomische, soziale und kulturelle Kapital“ kann rasch ergänzt oder gar ersetzt werden.

Für alle Altersgruppen – generationsübergreifend – erwiesen sich der familiäre Kontext und das Milieu als wichtige Faktoren für die Befindlichkeit. In Zeiten gesellschaftlicher Krisen kommt dem engeren sozialen Umfeld eine Art Rettungs- oder Stabilisierungsfunktion zu. Die Binnenstruktur der Familie ist infolge des gesellschaftlichen Umbruchs gestärkt worden²⁰. Andererseits kann Familie für die berufliche Entwicklung, etwa bei Umschulungs- oder Umzugsvorhaben, auch als hinderlich empfunden werden.

Die volkseigenen Betriebe der DDR waren eine Art Lebensmittelpunkt, nicht nur Arbeitgeber, sondern sie hatten zugleich umfassende Versorgungsfunktionen in kulturellen, sozialen und sportlichen Bereichen. Durch den Fortfall dieses „Netzwerkes“ ist eine Lücke entstanden, die unter marktwirtschaftlichen Bedingungen nur mit Geld zu schließen ist. Die früher gratis zur Verfügung stehenden Versorgungsleistungen müssen nun mit höherem finanziellem und organisatorischem Aufwand von jedem selbst erbracht werden. Angebot und Nachfrage entscheiden jetzt über den Grad der Versorgung der Gothaer Bürger mit entsprechenden Leistungen. Die weitreichende Aussage von Volker Klotz – „Die Stadt liefert nicht nur die Inhalte, sie steuert auch die Richtungen und Gangarten der verschiedenen Lebensläufe“²¹ – paßt nur zu gut auf die Städte der ehemaligen DDR im Transformationsprozeß.

VI. Resümee

„Jede Gesellschaftsordnung entwickelt letzten Endes eine ihr adäquate Umwelt, eine ihr adäquate Stadtgestalt“²², die in ihrer Struktur für die nachfolgende Gesellschaft zugleich Entwicklungshemmnis und -chance darstellt. Der Weg zur grauen Stadt der sozialistischen Kommandowirt-

20 Vgl. Peter Franz/Ulfert Herlyn, Familie als Bollwerk oder als Hindernis? Die Rolle der Familienbeziehungen bei der Bewältigung der Vereinigungsfolgen, in: Bernhard Nauk u. a. (Hrsg.), Familie und Lebensverlauf im gesellschaftlichen Umbruch, Stuttgart 1995, S. 90 ff.; vgl. auch U. Herlyn/L. Bertels (Anm. 4), S. 240 ff.

21 Volker Klotz, Die erzählte Stadt. Ein Sujet als Herausforderung des Romans von Lesage bis Döbblin, München 1969, S. 324.

22 Siegfried Grundmann, Die Stadt. Gedanken über Geschichte und Funktionen, Berlin 1984, S. 72.

schaft hat durch die Wende im Herbst 1989 ein jähes Ende gefunden. So vermengen sich in Gotha wie auch in anderen Städten Bauten des ehemaligen Herzogtums, des Bürgertums und der Arbeitersiedlungen mit den Plattenbauten der DDR. Während der Erhalt der Altbausubstanz und der Neubau nun nach westdeutschem Standard erfolgen, bleibt immer noch das Problem der Nutzung des „negativen sozialistischen Erbes“. Unverkennbar ist bereits heute die schlechte Bewertung dieser einförmig gestalteten und mit baulichen und sanitären Mängeln behafteten Häuser und Siedlungsanlagen. Demgegenüber gewinnen die Altbauten im Bereich der Innenstadt für die Bevölkerung an Attraktivität. Das gesellschaftliche Interesse an ihnen hat sich gleichsam ins Gegenteil verkehrt. Was in der DDR häufig dem Verfall preisgegeben wurde, wird jetzt – im wesentlichen durch private Eigentümer – instandgesetzt und renoviert. Diese Umwertung im Zuge des Systemwandels geht nicht ohne soziale Spannungen vonstatten: Die Aufsteiger, Gewinner der Wende ziehen in die attraktiven Altbauten oder etablieren sich in den Eigenheimen räumlich separierter Siedlungsbereiche, den Verlierern bleiben die Plattenbauten des alten Systems.

Die Dynamik des fundamentalen gesellschaftlichen Wandels zieht unter den Bedingungen der Marktwirtschaft und den damit verbundenen Verwertungsmöglichkeiten einen weitgehenden funktionalen und baulich-räumlichen Wandel nach sich. Dies ist – wie beschrieben – am deutlichsten in der Innenstadt und an Teilen der Stadtperipherie Gothas ablesbar. Insofern neigen wir dazu, trotz Zustimmung zum Entwicklungspotential in den zu DDR-Zeiten vernachlässigten Innenstädten dort weniger persistente materielle und ökonomische Strukturen zu erkennen²³. Vielmehr scheinen gerade hier erhebliche Veränderungen der baulichen und infrastrukturellen Umwelt vonstatten zu gehen, die den Nutzern neue Orientierungsleistungen und Symbolisierungen abverlangen.

Nicht nur die materielle Substanz ist farbenfroher, auch das Leben ist „schöner, bunter, reicher“ geworden. Auffallend war, wie sehr die Bewohner sich den öffentlichen Raum der Straßen und Plätze wieder angeeignet haben, nachdem über 40 Jahre lang die Stadtpflicht im ‚Bermuda-Dreieck‘

23 Vgl. dazu D. Ipsen u. a. (Anm. 5).

von Datsche, Wohnung und Arbeitsplatz verschwunden war²⁴. Diese Renaissance der lokalen Öffentlichkeit mit ansatzweisen kulturellen und sozialen Inhalten ist ein deutliches Zeichen für eine Befreiung von politischer Kontrolle und sozialen Zwängen, sich staatskonform zu verhalten. Eine Vertreterin des Vereins für Altstadterneuerung sagte 1992 rückblickend, daß früher das Gefühl geherrscht habe, die Stadt schlafe ein, und nunmehr habe man das Gefühl: ‚Die Stadt lebt wieder‘.

Alles zusammengenommen ist das ‚Grau in Grau‘ der DDR-Stadt Gotha von vielen Farben im wörtlichen und übertragenen Sinn verdrängt worden. Die thüringische Provinzstadt ist farbenfroher geworden, was allerdings zwei Beobachtungen einschließt:

Erstens: Der neue Farbteppich in der Stadt ist zwar bunt, aber die Webart offenbart die Massenproduktion. Bildhaft sagte eine Gothaer Bürgerin 1993: „Wenn man jetzt Eisenach und Gotha vergleicht, hat man das Gefühl, das ist aus einem Strickmuster, die Anreihung der Geschäfte, die ähneln sich.“ Die sich nach der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion 1990 rapide ansiedelnden Handelsketten und Filialen großer Konzerne – Jürgen Friedrichs spricht von einer ‚Filialisierung‘ in der Innenstadt²⁵ – schaffen trotz aller vordergründigen Buntheit eine neue Uniformität, die treffend mit dem Begriff der „Benettonisierung“ charakterisiert werden kann.

Zweitens: Mit dem Grau der DDR-Städte, von der Peter Marcuse im Kontrast zur kapitalistischen Stadt gesprochen hat, verschwindet mehr als nur ein eintöniges Stadtbild. Die vielfarbige Stadt ist zugleich Ausdruck der Vielfalt der Lebensbedingungen ihrer Einwohner, die nun auch in Gotha an die Stelle der zu DDR-Zeiten kaum vorhandenen Unterschiede getreten ist. Gerade die zunehmende sozialräumliche Differenzierung führt dazu, daß die Lebensumstände und Lebensweisen in ost- und westdeutschen Städten immer ähnlicher werden. Das staatssozialistische Erbe wird nach und nach von der Marktwirtschaft gleichsam überwuchert.

24 Bernd Hunger, Stadtverfall und Stadtentwicklung – Stand und Vorschläge, in: Peter Marcuse/Fred Staufenbiel (Hrsg.), Wohnen und Stadtpolitik im Umbruch, Berlin 1991, S. 37.

25 Vgl. Jürgen Friedrichs, Einführung in die Stadtsoziologie, Opladen 1995.

Wittenberg auf dem Weg zur Normalität

Politischer und wirtschaftlicher Wandel in der Lutherstadt 1990 bis 1994

I. Problemstellung

Gegenstand dieses Beitrags ist der politische und wirtschaftliche Wandel in der Lutherstadt Wittenberg zwischen 1990 und 1994¹. In politischer Hinsicht betrifft er die Transformation einer bürokratischen Parteidiktatur in eine repräsentative Mehrparteiendemokratie, in wirtschaftlicher Hinsicht die Umwandlung einer Zentralverwaltungswirtschaft in eine soziale Marktwirtschaft oder eine bürgerliche Gesellschaft (*civil society*). Abstrakter läßt sich dieser Vorgang als Modernisierungsprozeß beschreiben, der in dem besonderen Fall, in dem die deutsche Einheit über den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik erfolgte, als Transformationsprozeß betrachtet werden kann. Dieser Transformationsprozeß ist in der Lutherstadt bis Ende 1994 soweit fortgeschritten, daß von einer Normalisierung der Verhältnisse und des Verhaltens im Sinne westdeutscher Kommunen der gleichen Größenordnung gesprochen werden kann².

II. Geschichte und Bürgerbewegung

Um zu verstehen, weshalb 1990 die Lutherstadt Wittenberg im besonderen und die Städte der untergehenden DDR im allgemeinen so waren, wie wir sie vorfanden, galt es zunächst – unter Rück-

griff auf im Stadtarchiv verfügbare Materialien –, unser historisches Bewußtsein zu schärfen. Dabei wurde uns auch deutlich, an welche Momente ihrer Geschichte die Stadt auf dem Weg zur Normalität anknüpfen könnte und welche Fehlentwicklungen sie korrigieren müßte.

1. Gründungsphase, Blütezeit und Niedergang

Die *Gründungsphase* der Stadt begann 1180 und endete im Jahre 1293 mit der Verleihung des Stadtrechts. Offensichtlich fiel diese in die Zeit der Entstehung des deutschen Städtewesens überhaupt und markiert damit den Beginn einer „neue(n) Epoche des Aufgangs der bürgerlichen Freiheit“³.

Als Stichworte für die *Blütezeit* im ausgehenden Hoch- und beginnenden Spätfeudalismus wären die Verwirklichung einer genossenschaftlichen Stadtverfassung, die Errichtung der kurfürstlichen Residenz (Kurfürst Friedrich III – „der Weise“) sowie, damit im Zusammenhang, die Errichtung einer Universität (1502) zu nennen. In diese konnte der neue Geist des Humanismus einziehen, Martin Luther konnte in ihr eine Wirkungsstätte finden und sie damit zum Ausgangspunkt der Reformation machen⁴. Hierbei ist noch bemerkenswert, daß die heutige Lutherstadt Wittenberg zu dieser Zeit weniger als 2 150, Magdeburg dagegen (um 1550) 40 000 Einwohner zählte. Hinsichtlich der Einwohnerzahl hinkte sie also hinter den anderen Städten dieses Zeitalters her und hat im übrigen auch bis heute nicht die Grenze einer mittleren Stadt überstiegen.

Mit der Stadtverfassung, die schon deutlich eine Gliederung in Gemeindevorstand, -vertretung und -verwaltung aufwies, zeigten sich die ersten Umrisse sowohl des modernen demokratischen Rechts- und Verfassungsstaates als auch der kommunalen Selbstverwaltung, wie sie sich später, nach Überwindung des absoluten Fürstenstaates, herausbilden sollten.

1 Der Beitrag basiert auf einer empirischen Längsschnittstudie, die zwischen September 1990 und März 1992 in Wittenberg durchgeführt wurde, sowie auf Expertengesprächen in Wittenberg Ende 1994. Vgl. Elmar Lange/Peter Schöber, Sozialer Wandel in den neuen Bundesländern. Beispiel: Lutherstadt Wittenberg, Opladen 1993.

2 Zum modernisierungstheoretischen Ansatz vgl. Talcott Parsons, Das System moderner Gesellschaften, München 1972, sowie Wolfgang Zapf, Modernisierung und Modernisierungstheorien, in: ders. (Hrsg.), Die Modernisierung moderner Gesellschaften. Verhandlungen des 25. Deutschen Soziologentages in Frankfurt am Main 1990, Frankfurt am Main 1991, S. 23–39; ders., Die Transformation in der ehemaligen DDR und die soziologische Theorie der Modernisierung, MPIFG Discussion Paper 92/4, Köln 1992.

3 Karl v. Hegel, Die Entstehung des deutschen Städtewesens, Aalen 1964, S. 37.

4 Vgl. Karlheinz Blaschke, Wittenberg – die Lutherstadt, Berlin 1977, S. 12–14.

Daß die Reformation eine weltgeschichtliche Bedeutung hatte, bedarf keiner weiteren Erörterung. Bekannt ist auch, daß es neben Luther noch weitere Neuerer in Wittenberg gab, so Philipp Melancthon, der Luther geistig zur Seite stand, und Lucas Cranach, Künstler, Verleger, Kaufmann und Organisator. Und alle drei Innovatoren waren Fremde, angezogen von der kurfürstlichen Residenz und der Universität. Was erstere betrifft, so schloß sie einen ebenso einnahmen- wie ausgaben-trächtigen Haushalt ein, dessen Nachfrage die Wirtschaftsentwicklung der Stadt nachhaltig förderte. Deshalb lassen sich auch in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts durchaus Anzeichen einer frühbürgerlichen Wirtschaftsgesellschaft ausmachen, doch den Rang einer Handels- oder Exportgewerbestadt erreichte Wittenberg nicht. Im wesentlichen blieb es eine „mittelständische“ Lokalgewerbestadt, woran sich bis zum Ende des 19. Jahrhunderts wenig ändern sollte.

Möglicherweise begann bereits mit dem Tod Luthers (1546) der *Niedergang* der Stadt. Ganz sicher setzte er mit dem Verlust der fürstlichen Residenz ein Jahr nach Luthers Tod ein. Weitere Stufen des Abstiegs waren die Degradierung der Stadt – wie aller anderen Städte – zu einer bloßen Anstalt des keine Selbstverwaltung duldenden absoluten Fürstenstaates und schließlich – in der Folge der Einverleibung Wittenbergs in das Königreich Preußen – die Verlegung der Universität nach Halle (1816/17).

Einen gewissen Wiederaufstieg der Stadt versprachen die Städtereform in Preußen, die bürgerlich-demokratische Revolution und schließlich die Industrialisierung.

2. Industrialisierung

Die Industrialisierung begann in Wittenberg erst 1890; die meisten Industriebetriebe (21) wurden zwischen 1890 und 1913 gegründet. Es läßt sich sogar behaupten, daß die Industrialisierung in Wittenberg so richtig erst mit Beginn des 20. Jahrhunderts einsetzte. Über das Tempo geben die folgenden Zahlen Auskunft: Im Wittenberger Bezirk waren in den größeren Industriebetrieben im Jahre 1890 etwa 500 Arbeiter, 1900 rund 1200 und 1910 rund 5000 Arbeiter beschäftigt, was einer Verzehnfachung der Industriearbeiterschaft innerhalb von 20 Jahren entspricht.

Die Entwicklung zwischen 1870 und 1913 erscheint als Resultat eines vom Staat mit Vorbedacht geplanten Vorgangs: Sie begann mit der Entfestigungsperiode (1873), dem Abbau der militärischen Anlagen also, die dem wirtschaftlichen Handeln

ein erweitertes räumliches Wirkungsfeld erschloß, und setzte sich 1887 mit der planmäßigen Herstellung diverser Verkehrseinrichtungen fort.

Gründer der Industriebetriebe waren vor allem auswärtige Unternehmer oder Unternehmen, was darauf schließen läßt, daß Wittenberg als günstiger Wirtschaftsstandort wahrgenommen wurde. Wirft man einen Blick auf die Zusammensetzung der Industrie in und um Wittenberg, so zeigt sich eine reiche Vielfalt: Industriezweig „Steine Erden“ (vier Firmen), Genuß- und Nahrungsmittelindustrie (drei Firmen) sowie einige Brauereien, chemische Industrie (fünf Firmen), Metallindustrie (drei Firmen), Lederindustrie (eine Firma), Papier- und Pappeindustrie (drei Firmen) und Druckindustrie (vier Firmen). Aus diesen Zahlen läßt sich zwar ein leichtes Übergewicht der chemischen Industrie herauslesen, aber von einer Chemie-region oder gar einer industriellen Monostruktur konnte zu diesem Zeitpunkt nicht die Rede sein.

Gewiß veränderte die Industrie die Wirtschaftsstruktur von Stadt und Umland. Doch wurde dadurch das Handwerk keineswegs verdrängt.

3. Umbrüche im 20. Jahrhundert

Mit dem Ersten Weltkrieg begann auch in Wittenberg eine wirtschaftliche Fehlentwicklung. So wurde aus kriegswirtschaftlichen Erwägungen heraus im Vorort Piesteritz durch die Bayerischen Stickstoffwerke AG im Verein mit staatlichen Instanzen ein Stickstoffwerk errichtet und als gemischtwirtschaftliches Unternehmen geführt. Für den Raum Wittenberg waren mit dem Riesenwerk gewiß mehr Nachteile als Vorteile verbunden, weil es ihn zu einer monostrukturellen Region verkommen ließ und damit – nach Rückkehr zur offenen Marktwirtschaft – besonders krisenanfällig machte.

Den wenigen Jahren der Weimarer Republik und der allerdings durch Kartelle und Syndikate vermacherten Marktwirtschaft folgten NS-Diktatur⁵ und „Wirtschaftspolitik der Experimente“ (Walter Eucken⁶) – im Zweiten Weltkrieg in erneute Kriegswirtschaft einmündend – sowie nach 1945 die Umwandlung der Zentralverwaltungswirt-

5 Auch vor der Reformationsstadt machte der (Un-)Geist der Zeit nicht Halt. So hatte es bereits zu Beginn der Weimarer Republik Zeichen eines offenen Antisemitismus gegeben. Und auf der ersten „Deutschen Nationalsynode“ der evangelischen Kirche in Wittenberg 1933 wurde der preußische Landesbischof Ludwig Müller („Reichsleiter der deutschen Christen“) als „Reichsbischof“ inthronisiert.

6 Vgl. Walter Eucken, Grundsätze der Wirtschaftspolitik, Tübingen-Zürich 1955², S. 55 ff.

schaft *mit* in eine solche *ohne* Privateigentum. Das Stickstoffwerk, teilweise demontiert, wurde in eine sowjetische Aktiengesellschaft, später in den Volkseigenen Betrieb (VEB) Piesteritz umgewandelt. Große Unternehmen eignen sich besonders gut für zentrale Wirtschaftslenkung. Deshalb kann es nicht erstaunen, daß das Riesenwerk später, in den siebziger Jahren, zum größten Investitionsobjekt der chemischen Industrie der DDR avancierte. Die einseitige Ausrichtung der Wirtschaftsstruktur der Region – im Ersten Weltkrieg angelegt, in der Zeit zwischen 1933 und 1945 bekräftigt – wurde nach 1945, vollends nach 1970 beibehalten, mehr noch, sie war nun sozialistisches Prinzip⁷.

Neben dem Stickstoffwerk Piesteritz waren – offensichtlich ohne dabei die möglichen Folgen für die Bedarfsdeckung der Bevölkerung zu bedenken – auch die anderen Industrieunternehmen der Region enteignet worden, und man hatte dabei auch Klein- und Mittelbetriebe nicht verschont.

4. „Wende“ und Rückkehr zur westeuropäischen Geschichte

Unlösbar mit der politischen Wende im Herbst 1989 ist die Bürger-(rechts-)bewegung verbunden. Ihre Wurzeln lagen zweifellos auch in Wittenberg, und zwar im Bereich der evangelischen Kirche. Widersprüchlich in ihrer Haltung zum „sozialistischen Staat“ bot sie Gruppen, die sich mit den Fragen „Frieden“, „Dritte Welt“, „Schöpfung“, aber auch mit der Situation in der DDR kritisch beschäftigten, einen Freiraum. In ihren Seminaren konnte sich deshalb auch ein Teil der Meinungsführer herausbilden, die dann dem Bürgerprotest im Herbst 1989 Ausdruck verleihen und den organisatorischen Rahmen geben sollten⁸. Die offizielle Kirche selbst hatte beim Übergang zu offenem, organisiertem Protest und Widerstand zwar keine Anstoß gebende, aber doch eine moderierende Funktion⁹.

Die Bürgerbewegung, die in vielen Städten der damaligen DDR – am massivsten und wirkungsvollsten wohl in Leipzig – in Erscheinung trat, war rückblickend ein eher flüchtiges Phänomen, des-

sen Entwicklung sich weitgehend im Verborgenen vollzogen hatte. Als es schließlich in Organisationen, wie z. B. dem „Demokratischen Aufbruch“, konkrete Gestalt annahm, war es als Bürgerbewegung bald verschwunden.

Zwei Ziele standen bei aller Vielfalt der Anliegen der Bürgerbewegung im Vordergrund: Rechtsstaat und Demokratie, letztere jedoch nicht in der Form der westdeutschen Parteiendemokratie. Daß die deutsche Einheit nicht zu den vorrangigen Zielen gehörte, lag auch daran, daß dieses Anliegen zunächst für unrealistisch gehalten wurde. Auch ein „kapitalistisches Wirtschaftssystem“ wurde von der Bürgerbewegung nicht angestrebt – sei es, weil sie einen „Dritten Weg“ befürwortete, sei es, weil sie sich mit der Wirtschaftsverfassung nicht genügend beschäftigt hatte. Sowohl in dieser Frage als auch in der Frage der Wiedervereinigung hatte sie – wie wir heute wissen – den Wunsch vieler DDR-Bürger unterschätzt, endlich in Verhältnissen zu leben, wie sie in der Bundesrepublik und in Westeuropa selbstverständlich sind.

III. Der Wiederaufbau der kommunalen Selbstverwaltung

1. Aufgaben und Organisation

Zu den wichtigsten Aufgaben nach der deutschen Vereinigung am 3. Oktober 1990 gehörte der Wiederaufbau der öffentlichen Verwaltung in den fünf neuen Bundesländern, insbesondere der kommunalen Selbstverwaltung. Auf der Grundlage der Kommunalverfassung der inzwischen „gewendeten“ DDR vom März 1990 und der Ergebnisse der Kommunalwahlen vom 6. Mai 1990 wurde auch in der Lutherstadt Wittenberg mit dem Wiederaufbau der kommunalen Selbstverwaltung begonnen. Die Hauptaufgabe der nunmehr frei gewählten Stadtverordneten bestand darin, die grundlegenden normativen Ordnungen, wie Hauptsatzung und Geschäftsordnung, zu beschließen und damit die Gemeinde zu einem handelnden Subjekt zu machen. Für die zu besetzenden Ämter – den Gemeindevorstand (Bürgermeister, Dezernenten) und die Gemeindeverwaltung (Amtsleiter, weitere Mitarbeiter) – wurden politisch unbelastete und zugleich fachlich kompetente Personen benötigt. Angesichts der in den ersten Monaten des Jahres 1990 herrschenden Aufbruchstimmung war es vergleichsweise einfach, aus dem Spektrum der

7 Das Stickstoffwerk – der VEB Piesteritz – hatte im Jahre 1990 (zum Zeitpunkt der Wirtschafts- und Währungsunion) 8 700 Beschäftigte; 3 500 Beschäftigte waren es 1933/34 und 2 000 in den Jahren 1926/27.

8 Stellvertretend seien hier die auch außerhalb Wittenbergs bekannten Pfarrer Friedrich Schorlemmer und Gottfried Keller genannt.

9 So diente der Wittenberger Superintendent Albrecht Steinwachs als Moderator am „Runden Tisch“.

neuen, aus der Bürgerbewegung hervorgegangen oder der „gewendeten“ Parteien Persönlichkeiten mit demokratischer und rechtsstaatlicher Gesinnung ausfindig zu machen. Schwieriger stellte es sich dagegen dar, angesichts der Tatsache, daß es seit 1933 in Ostdeutschland keine kommunale Selbstverwaltung mehr gegeben hatte, ausreichend *qualifizierte Anwärter* zu finden. Die Gemeindevertretung hatte somit keine andere Wahl, als die Dezernenten- und die meisten Amtsleiterposten mit Personen zu besetzen, die keine für das Gemeinwesen erforderliche Qualifikation besaßen. Eine weitere Aufgabe für die Gemeindevertretung bestand in der Einübung der repräsentativen und der Parteidemokratie auf der kommunalen Ebene.

Die Dezernenten und Amtsleiter standen vor zwei Hauptaufgaben: Zum einen mußten sie auf der Grundlage des von der Gemeindevertretung beschlossenen Strukturplans die bisherige Stadtverwaltung – eine staatliche Behörde – in eine moderne Stadtgemeinde westlichen Zuschnitts verwandeln, d. h., es galt, die heutigen Dezernate, Ämter und nachgeordneten Verwaltungen auf die Erfüllung freier Selbstverwaltungs-, weisungsfreier Pflicht- und Fremdverwaltungsaufgaben wirksam auszurichten. Zum anderen mußten sie – zumal die Dezernenten – die Verantwortung für die ordnungsgemäße und effiziente Erledigung der täglich anfallenden konkreten Aufgaben tragen. Für die gleichzeitige Erfüllung dieser Verpflichtungen waren jedoch angesichts fehlenden Fachwissens, zu geringer Finanz- und Sachmittel (Büroausstattung) sowie des enormen Zeitdruckes, unter dem alles geschah, die Voraussetzungen nicht gerade günstig. Dieser Umstand und die gesteigerten Erwartungen der Bevölkerung, dazu die in örtlichen Presseorganen geäußerte Kritik, mußten zu Streß und Frustration, kurz, zu psychischen Spannungen bei den Amtsträgern führen.

Etwa ein Jahr nach Amtsantritt der neuen Führungskräfte trat dann eine gewisse Entspannung im Verhältnis zwischen dem Ausmaß der Aufgaben und den verfügbaren Mitteln ein. Finanzielle Mittel von Land und Bund („Fonds Deutsche Einheit“ u. a.) waren zugewiesen worden und weitere absehbar. Vor allem aber war für die Akteure die Art und Weise der staatlichen Mittelzuweisung an die Gemeinden gegenüber 1990 übersichtlicher und durchschaubarer geworden; die Kenntnis der Finanzverfassung hatte zugenommen. Durch fachliche Schulung konnte systematisiertes Wissen erworben, durch kon-

kretes Verwaltungshandeln konnten situationspezifische Erfahrungen gesammelt werden.

So läßt sich festhalten, daß ungeachtet der unzureichenden Mittel die organisatorische Neuordnung – die Abgrenzung von Zuständigkeiten zwischen den Ämtern, die Einführung des neuen Besoldungsrechts, vorläufige Stellenbewertungen einschließlich Einstufung der Mitarbeiter, die Verbesserung der Kommunikation zwischen den Ämtern u. a. m. – bereits im ersten Jahr der Verwaltungstätigkeit bewerkstelligt wurde. Ferner konnten die Büros sukzessive mit modernen Geräten, z. B. zur elektronischen Datenverarbeitung, und die Verwaltung insgesamt mit einem Rechenzentrum ausgestattet und die tagtäglich anfallenden Aufgaben mehr und mehr routinemäßig erledigt werden, wodurch Zeit für Reflexion und Weiterbildung gewonnen wurde. Dementsprechend hatte sich bei den Amtsinhabern die kurz nach ihrem Amtsantritt geäußerte Unzufriedenheit ein Jahr später erheblich vermindert.

Ein Grund für die Erfolge bei der Umwandlung Wittenbergs von einer staatlichen Behörde in eine moderne Stadtgemeinde lag gewiß in der dem Normalisierungsprozeß gegenüber aufgeschlossenen Gesinnung der neuen Amtsinhaber, ein zweiter wohl darin, daß der größere Teil der Amtsinhaber – Organisationsfachleute der ehemals volkseigenen Industrie – sich über die notwendige Personalreduzierung in diesem Bereich Rechenschaft abgelegt und in der kommunalen Selbstverwaltung ein neues, aussichtsreiches Berufsfeld erkannt hatte, ein dritter darin, daß die berufliche (meist akademische) Ausbildung der Amtsträger und ihre praktischen Erfahrungen teilweise – so etwa auf dem Gebiet der Informationsverarbeitung – für die neuen Aufgaben eingesetzt werden konnten. Ein vierter Grund schließlich ist in den vielfältigen Hilfen, die die Stadt von außerhalb – sei es von ihren Partnerstädten (Göttingen, Bretten), sei es vom Deutschen Städtetag – erhalten hat, zu sehen.

2. Die politisch-administrative Elite

Die derzeitige Elite Ostdeutschlands läßt sich in „importierte“ Westdeutsche und in Einheimische teilen, die vorwiegend aus der Industrie der DDR in die neuen Spitzenämter von Staat und Gemeinde übergewechselt bzw. aufgestiegen sind. Ein Blick auf Wittenberg zeigt, daß der Wiederaufbau der kommunalen Selbstverwaltung hauptsächlich von dieser einheimischen Elitegruppe geleistet worden ist bzw. wird. Zwar gab es hierzu westdeutsche Unterstützung, aber von einer west-

deutschen „Überschichtung“ zu sprechen wäre ungenau, zumindest im Falle Wittenbergs¹⁰.

Interessant ist für uns das genuin ostdeutsche Elitesegment. Welchen politischen Standort hat die einheimische Elite, welche Erfahrungen hat sie gemacht, was hat sie geleistet bzw. was leistet sie? Eine Antwort darauf erfordert eigentlich einen Rückblick auf die „Kaderpolitik“ der DDR insgesamt¹¹, doch wollen wir uns direkt der politisch-administrativen Elite Wittenbergs zuwenden: Die meisten ihrer Mitglieder zählten zur sozialen Schicht der Intelligenz. Mit einem zumeist technischen Hoch- oder Fachhochschulstudium versehen, wurden sie in verschiedenen Bereichen der Industrie eingesetzt. Als „Funktionskader“ standen sie nach den Positionskadern und den Funktionären an der Machtspitze des Regimes gleichsam im dritten Glied der DDR-Gesellschaft. Zwar waren ihre fachlichen Kompetenzen in der Planwirtschaft gefragt, aber um in der Hierarchie weiter aufzusteigen, hätten sie zusätzliche *politische* Aktivitäten im Sinne der SED-Doktrin entfalten müssen. Da sie dies nicht taten, erscheint ihr nach der „Wende“ erfolgter Aufstieg vom dritten Glied in der Verwaltung von Industriebetrieben ins erste Glied der kommunalen Selbstverwaltung plausibel. Ihre hohe formale Qualifikation bei gleichzeitiger politischer Abstinenz vor der „Wende“ prädestinierte diese Gruppe für den raschen Aufstieg in Spitzenämter. Bedenkt man, daß den ostdeutschen Führungskräften nach nunmehr fünf Jahren die institutionellen und rechtlichen Mechanismen eines modernen politisch-administrativen Systems vollauf vertraut sind, dann verbieten sich Zweifel an ihrer Kompetenz. Mehr noch, die Tatsache,

daß diese sich einen Vorsprung an Wissen und Erfahrungen erarbeiten konnten, indem sie Lösungen für Probleme finden mußten, die sich in manchen westdeutschen Gemeinden jetzt erst stellen, wirft ein Licht auf ihre Fähigkeiten.

3. Zwischenbilanz und Ausblick¹²

Ein Blick auf den Stand des Wiederaufbaus der kommunalen Selbstverwaltung Ende des Jahres 1994 zeigt, daß dieser zwar noch nicht abgeschlossen ist, die Neuerer aber einigermaßen normale Verhältnisse herstellen konnten. Die Stadt steht jetzt noch vor der Aufgabe, die Verwaltung so zu ordnen, daß sie stärker der Funktion eines Dienstleistungsbetriebes gerecht wird. Man ist deshalb im Begriff, in der Innenstadt ein neues Verwaltungszentrum zu errichten und ein bürgerfreundlicheres Verwaltungsangebot zu entwickeln. Sorgen bereitet, wie bei der Förderung städtischen Lebens ein Ausgleich zwischen der schon belebten Innenstadt und den Außenbezirken geschaffen werden, ferner wie der Anspruch der Bürger auf eine angemessene Infrastruktur mit ihrer Bereitschaft, dafür auch einen Preis zu zahlen, verknüpft werden kann. Es wurden natürlich auch Fehler gemacht, so bei der Gestaltung des öffentlichen Personennahverkehrs oder bei der Abfallentsorgung. Vielleicht lag es auch an der zu geringen Beachtung der politischen Kräfte im Landtag, daß Wittenberg bei der Neugestaltung der Hochschullandschaft zu kurz kam und bei der Verlegung des Bundesumweltamtes leer ausging. Zwar wurde, anknüpfend an ihre Vorgängerin, die Stiftung „Leucorea“ – so der Name der ehemaligen Universität Wittenbergs – gegründet, die als Stiftung öffentlichen Rechts des Landes Sachsen-Anhalt der Martin-Luther-Universität zu Halle-Wittenberg zugeordnet wurde. Ihr Ziel besteht in der Förderung von Bildung und Wissenschaft in einer Weise, wie sie an einer Universität nicht üblich ist. So sollen in ihrem Rahmen mehrere Studiengänge, so die Medizinpädagogik, aufgebaut werden. Ein Ausgleich für die relative Benachteiligung der Stadt ist damit aber nicht erreicht worden.

Natürlich klagt Wittenberg, wie jede Gemeinde, über zu knappe Mittel. Gleichwohl hat es sich auf die verfügbaren Einnahmen eingestellt und einen ausgeglichenen Haushalt vorgelegt. Verzeichnet es ein relativ ansehnliches Gewerbesteueraufkommen (elf Millionen DM), so fallen die Zahlen im

10 Vgl. Rainer Geißler, Die ostdeutsche Sozialstruktur unter Modernisierungsdruck, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 29–30/92, S. 15–28.

11 Die Kaderpolitik der DDR stand in scharfem Gegensatz zum okzidental Bürokratie-Idealtypus, den Max Weber wie kein zweiter in seiner Anatomie bloßgelegt hat. Als Pendant zur okzidental Fachverwaltung bildete sich im „realen Sozialismus“ die Kaderverwaltung heraus. Unter der Führung der SED leiteten sogenannte Kader sämtliche Verbände des Systems. Unter „Kader“ verstehen wir, Otto Stammer folgend, solche Personen, „denen bestimmte niedere oder höhere Funktionen im tiefgestaffelten Führungs- und Lenkungsapparat des Herrschaftssystems . . . und des Mechanismus der Planwirtschaft übertragen werden . . .“ (Zitiert in: Peter C. Ludz, Parteilite im Wandel, Funktionsaufbau, Sozialstruktur und Ideologie der SED-Führung, Köln 1968², S. 124–125.) Die Partei bediente sich der Kaderorganisation, um ihre Herrschaft zu sichern. Ihre Personalpolitik zielte darauf ab, die technische Sachdimension (Planwirtschaft, Wissenschaft etc.) sowie Humanisierungsfunktionen (Ideologie, Erziehung, Recht, Kultur usw.) der Machtanwendung strikt unterzuordnen. Vgl. Bálint Balla, Kaderverwaltung, Versuch einer Idealtypisierung der „Bürokratie“ sowjetisch-volksdemokratischen Typs, Stuttgart 1972.

12 Die Informationen hierzu entstammen einem „Experteninterview“, das die Verfasser mit dem Oberbürgermeister Wittenbergs, Eckhardt Naumann, am 24. 11. 1994 geführt haben.

Vermögenshaushalt bescheiden aus. Die Pro-Kopf-Verschuldung liegt unter 1000 DM, alles in allem ist sie also kein drückendes Problem. Und der Wiederaufbau der lokalen Wirtschaft ist zwar noch nicht abgeschlossen, er gehört aber nicht mehr zu den vordringlichen Aufgaben der Stadt; konnte sie doch ihre Gewerbegebiete inzwischen fast vollständig verkaufen. Allerdings steht Wittenberg noch vor dem Problem, das durch Eingemeindung dreier Dörfer hinzugewonnene Gewerbegebiet für die Ansiedlung weiterer Betriebe zu erschließen. Die Eigentumsfragen bei innerstädtischen Grundstücken konnten weitgehend geklärt werden, viele Grundstücke gingen in neue Hände über.

Die neue Gemeindeordnung Sachsen-Anhalts verleiht dem (Ober-)Bürgermeister aufgrund der „Volkswahl“ eine große Autorität und Steuerungskapazität gegenüber der Gemeindevertretung und -verwaltung. Er kann nun besonders wirkungsvoll kontrollieren und Neuerungen durchsetzen. Heftige Konflikte zwischen Gemeindeorganen oder Personen hat dies in Wittenberg noch nicht verursacht. Dagegen sieht sich der derzeitige Oberbürgermeister vor dem Problem, Zustimmung bei der Bevölkerung für wichtige Entscheidungen zu finden, weil viele Bürger ihren individuellen Interessen den Vorrang geben. Trotzdem blickt er optimistisch in die Zukunft, indem er auf die gelungene Privatisierung des Stickstoffwerkes, den Verkauf des Gewerbegebietes, die differenzierte Wirtschaftsstruktur und den Bekanntheitsgrad der Kulturstadt Wittenberg verweist.

IV. Wirtschaftlicher Wandel

1. Die Rahmenbedingungen

Mit der Wirtschafts- und Währungsunion am 1. Juli 1990 änderten sich die rechtlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Wittenberger Betriebe – wie der Betriebe in der ehemaligen DDR insgesamt – radikal.

In rechtlicher Hinsicht wurden die bisherigen volkseigenen Betriebe nach der „Verordnung zur Umwandlung von volkseigenen Kombinat, Betrieben und Einrichtungen in Kapitalgesellschaften“ (Umwandlungsverordnung) vom 1. März 1990 und nach dem Treuhandgesetz vom 17. Juni 1990 der Treuhandanstalt als der weltweit größten Holding unterstellt. Die größten Betriebe wurden in Aktiengesellschaften, die mittleren und kleinen

Betriebe in GmbHs umgewandelt. Alleinige Eigentümerin und Gesellschafterin war zunächst jeweils die Treuhandanstalt, die den Auftrag hatte, die Betriebe entweder zu privatisieren oder aber zu liquidieren; der Sanierungsauftrag wurde erst später erteilt¹³. Damit wurden auch die Wittenberger Betriebe in all ihren wirtschaftlichen Entscheidungen von der Treuhandanstalt abhängig.

In wirtschaftlicher Hinsicht gerieten die Betriebe teils mit geringer, teils ganz ohne Vorbereitung in eine Konkurrenzsituation zu denjenigen der alten Bundesländer und damit auch zu auf dem Weltmarkt operierenden Unternehmen. Viele waren dieser Situation aufgrund zu arbeitsaufwendiger Wirtschaftsweisen, veralteter Produktionsverfahren und unzureichenden Managements nicht gewachsen.

Die veränderten Marktbedingungen erforderten eine grundlegende Neuorientierung auch des ökonomischen Denkens; überkommene Wertmaßstäbe mußten in den Hintergrund treten oder durch neue ersetzt werden, die Umstellung vom bisherigen Verkäufer- zum Käufermarkt verlangte neue Unternehmensstrategien, so die Bildung von Vertriebs- und Marketingabteilungen. Der zuvor vom Staat garantierte Bestand der Betriebe mußte jetzt auf dem freien Markt durch eigene Anstrengung stets von neuem erkämpft werden.

Die Währungsunion bedeutete für die ostdeutsche Wirtschaft eine extreme Aufwertung der Ost-Mark. Dadurch verteuerten sich die Produkte für die traditionellen Kunden, die RGW-Länder – mehr noch, diese waren aufgrund ihres Devisenmangels kaum noch in der Lage, Waren aus Ostdeutschland zu beziehen. Hinzu kam alsbald der Zusammenbruch des „real existierenden Sozialismus“ auch in den „Bruderstaaten“ der DDR, was vollends zu einem Verlust dieser Länder als Absatzgebiete für ostdeutsche Güter führte.

Mit diesen veränderten Rahmenbedingungen mußten auch die Betriebe der Lutherstadt Wittenberg fertig werden. Die wichtigsten waren Industrie-, speziell Chemiebetriebe, war doch jeder zweite Industriebeschäftigte der Region in der Chemie tätig. Die zweitwichtigste Branche nach Beschäftigung und Umsatz war der Maschinen- und Anlagenbau, es folgte die Mühlen-, Nahrungsmittel- und Backwarenindustrie. Betrachtet man die Verteilung der Erwerbstätigen in der Wirt-

¹³ Zur institutionellen Entwicklung der Treuhandanstalt vgl. Wolfgang Seibel, *Das zentralistische Erbe*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 43–44/94, S. 3–13; vgl. auch die weiteren Beiträge zur Treuhandanstalt in diesem Themenschwerpunktheft.

schaft insgesamt, dann waren vor der Wirtschafts- und Währungsunion rund 55 Prozent im produzierenden Gewerbe, 35 Prozent im Dienstleistungsbereich und 10 Prozent in der Landwirtschaft beschäftigt. Fragen wir nun, wie die Unternehmen – zuerst die landwirtschaftlichen – auf diese veränderten Rahmenbedingungen reagiert haben und wie sich die Wirtschaftsstruktur bis Ende 1994 verändert hat.

2. Die Landwirtschaft

Im Bereich der Landwirtschaft – in der Region Wittenberg ist auf fruchtbaren Böden besonders der Gemüseanbau vertreten – haben sich die großen Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPGs) zu mittelständischen Unternehmen in den Rechtsformen einer Genossenschaft oder GmbH gewandelt. Eigentümer bzw. Gesellschafter wurden dabei in der Regel die ehemaligen Landwirte. Die Reprivatisierung konnte rasch, nämlich bis Ende 1991, erfolgen, da die früheren Eigentümer während der Kollektivierungsprozesse in der DDR zwar zu LPGs zusammengefaßt, nicht aber grundbuchmäßig enteignet worden waren. Die Landwirte erkannten schnell, daß sie auf dem europäischen Markt nur dann eine Überlebenschance haben würden, wenn sie als mittelständische Unternehmen auftreten, die mechanisiert und automatisiert im industriellen Stil produzieren. Deshalb kam eine Rückkehr zum bäuerlichen Familienbetrieb für die meisten Landwirte nicht in Frage. Die Unternehmen richteten darüber hinaus neue Verarbeitungstrecken ein, um neben den landwirtschaftlichen Rohprodukten auch halb- und ganzveredelte Produkte auf den Markt bringen zu können. Die Umstellung auf moderne Produktionstechnologien begann bereits 1992. Die Investitionen wurden teils aus eigenen Rücklagen, teils über Kredite finanziert, die durch Grundbucheintragungen abgesichert werden konnten. Das Personal mußte bis 1992 bereits um die Hälfte reduziert werden; gegenwärtig sind nur noch rund drei Prozent der Wittenberger Beschäftigten in der Landwirtschaft tätig. Durch weitere umfangreiche Investitionen in Maschinen und Gebäude sind im Wittenberger Raum bis Ende 1994 somit leistungsfähige mittelständische landwirtschaftliche Betriebe entstanden, die auf industrielle Weise produzieren und damit im europäischen Rahmen konkurrenzfähig erscheinen. Wenngleich die Gewinne in den letzten zwei Jahren aufgrund der Preispolitik der EU ähnlich wie in anderen Ländern rückläufig waren, reichen sie offensichtlich aus, um die Unternehmen zu erhalten und die Investitionskredite zu bedienen.

3. Die Industrie

Ganz anders verlief die Entwicklung im Bereich der Industrie, vornehmlich der chemischen Industrie, deren Betriebe nach 1945 enteignet und in Staats- bzw. Volkseigentum überführt worden waren. Damit war aufgrund der Vereinbarung zwischen den Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR zur Regelung offener Vermögensfragen, die Rückübertragungen aus der ersten Enteignungswelle zwischen 1945 und 1949 ausschloß¹⁴, eine direkte Reprivatisierung der Betriebe nicht mehr möglich und eine neue Privatisierung durch die Treuhand, falls sie überhaupt noch machbar erschien, aus mehreren Gründen äußerst schwierig.

Die großen Kombinate mußten nach der Wirtschafts- und Währungsunion auf ihre wirtschaftlichen Grundfunktionen und auf einen den westlichen Betrieben entsprechenden Personalbestand reduziert werden. Diese Maßnahmen setzten zunächst bei den Einrichtungen an, die die Betriebe im Rahmen ihrer sozialpolitischen Aufgaben in der DDR mit zu unterhalten hatten: Kinderhorte, Kindergärten, Polikliniken, Ferienanlagen, Kulturhäuser usw. Sie wurden in der Regel mitsamt ihrem Personal ausgegliedert und zumeist der Kommune als Träger angeboten. Auch die peripheren Dienstleistungsbereiche der Betriebe, von den Maurerbrigaden bis hin zu den eigenen Wäschereien, wurden ausgegliedert und zum Teil als neue selbständige Handwerksbetriebe auf dem früheren Betriebsgelände angesiedelt. Ferner wurden diejenigen Beschäftigten aus dem Bereich der Verwaltung freigesetzt, die mit Versicherungs- und Versorgungsaufgaben betraut waren; sie kamen überwiegend in den neu auf den Markt drängenden privaten und öffentlichen Versicherungs- und Versorgungsunternehmen unter. Schließlich mußte – um auf westliches Produktionsniveau zu kommen – die Zahl der in der eigentlichen Produktion tätigen Arbeiter verringert werden. Auf die geschilderte Weise wurde z.B. im größten Chemiebetrieb Wittenbergs – den „Stickstoffwerken“ – die Belegschaft von 8700 zur Zeit der Wirtschafts- und Währungsunion schrittweise auf etwa 2800 Mitte März 1992 reduziert. Ende 1994 waren im eigentlichen, jetzt privatisierten Kernbetrieb nur noch 800 Personen beschäftigt. Ein ähnlicher Abbau fand in den meisten anderen Betrieben statt. Insgesamt haben seit der Wirtschafts-

14 Vgl. Gemeinsame Erklärung der Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik zur Regelung offener Vermögensfragen vom 15. Juni 1990.

Währungsunion die großen Industriebetriebe Wittenbergs etwa drei Viertel bis vier Fünftel ihrer Belegschaft abgebaut, d. h. ausgegliedert, in den Vorruhe- bzw. Ruhestand versetzt, in andere Betriebe bzw. in die Umschulung oder Weiterbildung geschickt oder in die Arbeitslosigkeit entlassen.

Ein großes Hemmnis für die betriebliche Entwicklung stellte ihre rechtliche Einbindung in die Treuhandanstalt als Eigentümerin dar, mit der alle wichtigen Entscheidungen, besonders auch bezüglich der Investitionen und ihrer Finanzierung, abzustimmen waren. Erlöse mußten abgeführt, Mittel für Investitionen und zur Erhaltung der laufenden Liquidität jeweils beantragt, Kredite über Bürgschaften abgesichert werden, was anfangs über die Treuhand gar nicht möglich war, später aber über spezielle Bürgschaftsbanken erreicht wurde. Die Vorstände und Geschäftsführer der Treuhandbetriebe taten zwar so, als würden sie ihre Betriebe selbständig führen, waren aber faktisch von der Treuhand in ähnlichem Maße abhängig wie vordem von der Staatlichen Plankommission der DDR und deren Vorgaben. Solange die Betriebsleitungen nicht die Folgen ihrer Entscheidungen zu tragen hatten, konnten sich auch in ihren Reihen keine selbständigen Unternehmer entwickeln¹⁵. Je länger dieser Zustand andauerte, desto schwieriger wurde die Situation im Bereich von Produktion und Absatz.

Die meisten Betriebe konnten nicht in ihrer Gesamtheit privatisiert, sondern mußten zerlegt und verschiedenen Interessenten angeboten werden, die dann auch nur zum Teil die ursprüngliche Produktpalette übernahmen. Solange man aber nicht wußte, wer einen Betrieb übernehmen würde und welche Interessen er damit verfolgte, dienten Investitionen nur der Bestandserhaltung bzw. einer vorsichtigen Sanierung.

Im März 1992 waren von den insgesamt noch existierenden 44 Industriebetrieben Wittenbergs erst einige Betriebe privatisiert oder reprivatisiert, davon keiner der großen Chemiebetriebe; vier mittelgroße Betriebe waren bereits liquidiert worden. Bis Ende 1994 sind jedoch sämtliche Treuhandbetriebe nach ihrer Sanierung entweder privatisiert oder aber, sofern eine Privatisierung nicht möglich war, liquidiert worden. Die heute existierenden 32 Industriebetriebe erscheinen durchweg überlebensfähig; sie produzieren zwar auf einem quantitativ erheblich niedrigeren Niveau und mit viel weniger Personal als vor der „Wende“, dafür hat

sich aber ihre Produktivität erhöht. In den „Stickstoffwerken“ wird nun hauptsächlich Harnstoff produziert, und zwar an der oberen Kapazitätsgrenze. Auf dem Gelände dieses ehemaligen Chemiegi-ganten haben sich neue Firmen niedergelassen, die weiterhin chemische Spezialprodukte herstellen oder mit ihnen handeln. Das „Gummiwerk“, welches als Gummiwerke „Elbe“, AG. 1950 in DDR-Volkseigentum übergang und der zweitgrößte Arbeitgeber der Stadt war, wurde auf mehrere Investoren aufgeteilt, die das Betriebsgelände und zum Teil auch die alten Produktionsanlagen nutzen. Bestehen blieben die Produktionsbetriebe für Maschinen, Mühlen, Krane, Transportmechanik und Spezialbehälter. Auch im Stahl- und Rohrleitungsbau, Metall-, Elektro- und Anlagenbau geht es mit neuen Firmen weiter. In den Betrieben der traditionellen Lebensmittelindustrie werden nunmehr Backwaren, Fleisch und Wurst produziert; die Margarinefabrik in Pratau bei Wittenberg konnte sogar ihre Produktionskapazität verdoppeln. Ein neues Werk für innovative Verpackungssysteme hat in einem gerade ausgewiesenen Gewerbegebiet die Produktion aufgenommen. Weitere Betriebe werden in diesem Gebiet, das bis Ende August 1994 bereits zu mehr als drei Viertel verkauft worden war, angesiedelt. Durch die Eingemeindung von drei Umlandgemeinden stehen der Stadt, wie erwähnt, weitere umfangreiche Gewerbegebiete zur Verfügung, die nach und nach erschlossen und potentiellen Investoren angeboten werden sollen.

Wittenbergs Industrie, und hier speziell die chemische Industrie, hat in den letzten vier Jahren damit zwar ihre beherrschende Stellung eingebüßt, sie bleibt aber ein gewichtiger Wirtschaftsfaktor und ist nach den schweren Produktionseinbrüchen zwischen 1990 und 1992 seit 1993 durchweg wieder auf Wachstumskurs.

4. Das Handwerk

Im Bereich des Handwerks hatte die restriktive Politik der DDR bis 1990 zu einer deutlichen Verringerung der selbständigen Handwerksbetriebe geführt. Statt dessen waren die Produktionsgenossenschaften des Handwerks (PGHs) gefördert worden; am Ende waren nur noch zwei Prozent aller Beschäftigten der DDR in selbständigen Handwerksbetrieben tätig. Mit der Wirtschafts- und Währungsunion erstarkte das Handwerk wieder. Die in den PGHs organisierten Handwerker, deren Betriebe man – ähnlich wie die der Bauern – seinerzeit zwar nicht enteignet, aber zu „sozialistischen Genossenschaften“ zusammengeschlossen hatte, machten sich erneut selbständig. Zu diesen

¹⁵ Vgl. hierzu die relativ günstige Situation der Verwaltungsleiter im politisch-administrativen System.

traditionellen Handwerksbetrieben kamen die aus den großen Kombinatn ausgegliederten Betriebe hinzu, deren Handwerker sich in Form von GmbHs auf den Werksgeländen der ehemaligen Kombinate neu ansiedelten.

Mit der Wirtschafts- und Währungsunion verlor das Handwerk in Wittenberg wie überall in der (damals noch existierenden) DDR bzw. nach dem 3. Oktober 1990 in den neuen Bundesländern den größten Teil seiner bisherigen Aufträge zur handwerklichen Fertigung und Reparatur. Deshalb verlegte es sich auf den Handel mit hochwertigen Gütern aus industrieller Produktion. Die Umsätze, die in Fertigung und Reparatur verlorengegangen waren, wurden durch den Handel zumeist überkompensiert; letzteres galt z. B. für das Kfz-Handwerk, die Rundfunk- und Fernsehtechnik und das Bekleidungs Handwerk. Im Bauhauptgewerbe und in den Baunebengewerben stagnierte die Nachfrage 1991 noch, weil größere öffentliche Aufträge fehlten und Aufträge von Privaten entweder aufgrund ungeklärter Eigentumsverhältnisse, zu hoher Preise oder drohender Arbeitslosigkeit noch kaum vergeben wurden. Bis März 1992 verbesserte sich die Situation im Handwerk insgesamt zwar nur langsam, danach jedoch schnell. Inzwischen erlebt das Handwerk insgesamt und besonders das Bau- und Ausbauhandwerk aufgrund des vor allem aus öffentlichen, aber auch privaten Aufträgen resultierenden Baubooms einen nachhaltigen Aufschwung. Die noch 1992 stagnierende Zahl der Beschäftigten hat sich in den letzten Jahren deutlich erhöht; inzwischen sind in Wittenberg fast zehn Prozent aller Beschäftigten im Handwerk tätig. Damit sind Verhältnisse erreicht, wie wir sie auch in den alten Ländern vorfinden.

5. Der Dienstleistungsbereich

Im Bereich der Dienstleistungen, wie Handel und Verkehr, private Versicherungen und Banken, ist die Anpassung an die neuen Marktverhältnisse in Wittenberg relativ rasch gelungen. Die (schon im März 1992) positive Bilanz stellt sich folgendermaßen dar:

- Die Betriebe sind entweder privatisiert oder als Privatbetriebe (Versicherungen, Banken) aus Westdeutschland zugezogen.
- Der Lebensmitteleinzelhandel wird nach dem Verkauf der Geschäfte von „HO“ und „Konsum“ – den beiden entscheidenden Organisationsformen des Einzelhandels der DDR – von wenigen großen westdeutschen Ketten und Supermärkten beherrscht. Da sie zumeist „auf der grünen Wiese“ angesiedelt worden sind, dro-

hen sie dem Lebensmitteleinzelhandel in der Innenstadt die Existenzgrundlage zu entziehen. Im übrigen Einzelhandel, insbesondere im Textilbereich, schießen dagegen die Boutiquen und Fachgeschäfte im Stadtzentrum wie Pilze aus dem Boden.

- Die traditionellen Gaststätten werden renoviert, neue Gaststätten mit modernster Inneneinrichtung eröffnet; die Hotelkapazität wird langsam erweitert, um die erwartete Nachfrage im Tourismusbereich decken zu können.
- Versicherungen und Banken sind flächendeckend vertreten und haben einen großen Teil des aus den großen Industriebetrieben entlassenen Verwaltungspersonals absorbiert. Die Führungskräfte stammen jedoch durchweg aus dem Westen. Das Geschäft geht gut bis sehr gut.
- Das Güternah- und Fernverkehrsgewerbe boomt; erste Ansätze einer Übersättigung sind zu erkennen.
- Die öffentlichen Dienstleistungsaufgaben haben insgesamt stark zugenommen; Wittenberg beherbergte 1992 bereits zehn verschiedene kommunale und staatliche Verwaltungs- und Dienstleistungseinrichtungen, von denen die Stadtverwaltung, die Kreisverwaltung, das Arbeitsamt und das Finanzamt den stärksten personellen Ausbau erfahren haben; in der öffentlichen Verwaltung sind überwiegend Frauen aus den Verwaltungen der Industriebetriebe untergekommen.

Auch nach 1992 hat der Dienstleistungsbereich weiterhin stark expandiert: Handelsunternehmen aller Handelsstufen, Dienstleistungsbetriebe für Gewerbe und Private haben sich in „symbiotischer Nachbarschaft“ etabliert – neue Geschäftszentren sind entstanden. Die Zahl der gastronomischen Betriebe hat sich erheblich erhöht; inzwischen sind auch hier Sättigungsgrenzen zu erkennen. Das gilt auch für den Neubau moderner Hotels aller Kategorien, die allerdings noch darauf warten, daß ihre Kapazitäten durch Tagungen und Tourismus auch ausgelastet werden. Ende 1994 dürften bereits rund 55 Prozent aller Beschäftigten Wittenbergs im Dienstleistungsbereich tätig gewesen sein; damit sind auch hier westdeutsche Verhältnisse hinsichtlich der Beschäftigung erreicht.

Betrachtet man die Veränderungen im Beschäftigungssystem insgesamt, dann hat sich der Schwerpunkt der Beschäftigung schon in den Jahren von 1990 bis 1992 vom primären und sekundär-industriellen Sektor hin zum tertiären Sektor der sachlichen und personellen Dienstleistungen verschob-

ben; damit wurde in Wittenberg die bis dahin immer wieder beklagte Lücke im Dienstleistungsbereich innerhalb von nur zwei Jahren geschlossen. Zugleich ist aber in diesem Zeitraum die Gesamtzahl der Erwerbstätigen bereits um schätzungsweise 20 Prozent zurückgegangen; diese sind entweder in den Ruhestand gegangen, in die „stille Reserve“ versetzt worden oder in den Westen abgewandert¹⁶.

6. Der Arbeitsmarkt

Sorge bereitet und bereitet (auch) in Wittenberg der Arbeitsmarkt. Während im Februar 1992 in der Lutherstadt „nur“ 14 Prozent aller Erwerbspersonen arbeitslos waren (in den neuen Bundesländern insgesamt 16 Prozent), stieg nach dem Auslaufen der Arbeitsbeschaffungs- (ABM) und Umschulungsmaßnahmen sowie den Entlassungen der bisher in Treuhandbetrieben noch von Kurzarbeit Aufgefangenen die Arbeitslosigkeit bis Anfang 1994 auf über 20 Prozent. Zwar sank die Arbeitslosenquote im Jahr 1994 von 20,3 Prozent im Januar auf 15,5 Prozent im Oktober. Da gleichzeitig aber die Zahl der Teilnehmer an beruflichen Weiterbildungs- und AB-Maßnahmen im Laufe des Jahres anstieg, kann von einer Entlastung des Arbeitsmarktes nur insofern die Rede sein, als nunmehr für diejenigen, die sich in Weiterbildungsmaßnahmen und in ABM befinden, eine größere Chance besteht, zukünftig wieder integriert zu werden. Ein weiterer Indikator für eine leichte Entspannung am Arbeitsmarkt ist die Verdoppelung der Zahl der neu gemeldeten offenen Stellen im Laufe des Jahres, allerdings nur von 365 im Januar auf 808 im Oktober 1994. Wie in den meisten Regionen der anderen Bundesländer Ostdeutschlands, ist auch in Wittenberg die Arbeitslosenquote der Frauen mehr als doppelt so hoch wie die der Männer (Oktober 1994: Männer 9,3 Prozent, Frauen 22,2 Prozent).

Unter den Arbeitslosen wird bereits seit langem eine Zunahme der Zahl der Langzeitarbeitslosen beobachtet, die sich vornehmlich aus un- bzw. angelernten Arbeitern zusammensetzen und für die eine Wiedereingliederung ins Beschäftigungssystem ebenso schwierig werden wird, wie sie es für diese Gruppe in den alten Bundesländern ist.

Sorge bereitet darüber hinaus die Abwanderung der jungen und qualifizierten Fachkräfte in die

16 In den neuen Bundesländern findet sich in den ersten zwei Jahren nach der Wirtschafts- und Währungsunion insgesamt ein Beschäftigtenrückgang von 1,6 Millionen; das entspricht bei früher 8,6 Millionen Beschäftigten ebenfalls einem Rückgang von etwa 20 Prozent.

alten Bundesländer. Bis Mitte 1992 hatten fast zehn Prozent der ehemals in der DDR Beschäftigten, also etwa 800 000 Personen, dort eine Beschäftigung gefunden. Für die Lutherstadt Wittenberg dürfte der Anteil aufgrund der geographischen Mittellage, wodurch das Pendeln zwischen westdeutschem Arbeits- und ostdeutschem Wohnort erleichtert wird, etwas niedriger liegen. Zurück bleiben die älteren und weniger qualifizierten Arbeitnehmer. Mit der Stabilisierung der wirtschaftlichen Lage im Jahr 1994 wird nach Einschätzung von Experten aber auch in Wittenberg die Zahl der Abwanderungen zurückgehen, während die Zuwanderung aus Westdeutschland steigt. Gleichwohl dürfte auch für Wittenberg der Wanderungssaldo in den nächsten Jahren noch negativ sein¹⁷.

V. Fazit

In der Lutherstadt Wittenberg haben sich die *wirtschaftlichen Verhältnisse* normalisiert. Die Wirtschaft befindet sich, wie in den neuen Bundesländern insgesamt, auf Wachstumskurs¹⁸. Die Produktivität ist hoch und entspricht weitgehend derjenigen im Westen: Wer Arbeit hat, der hat meist davon sehr viel. Aufgrund der neuen und gegenüber Westdeutschland schärferen Konkurrenzverhältnisse und ihres im Vergleich mit westdeutschen Beschäftigten niedrigeren Lebensstandards sind ostdeutsche Beschäftigte typischerweise leistungsmotiviert und effizient und übertreffen darin in vielen Bereichen ihresgleichen im Westen. Die Erwerbstätigen erleben, daß sich Leistung in Einkommen, Vermögen und Ansehen auszahlt. Denjenigen, die am Aufschwung teilhaben, und diese

17 Zu den Wanderungen vgl. auch Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Statistisches Jahrbuch der Bundesrepublik Deutschland 1994; Klaus Freitag u. a., Regionale Bevölkerungsentwicklung in den neuen Bundesländern, Graue Reihe der Kommission für die Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern (KSPW) 94-5, Berlin 1994; Winfried Hansch, Wanderungen aus den alten Bundesländern in die Region Berlin/Brandenburg, in: Deutschland Archiv, (1993) 3, S. 286-296; Siegfried Grundmann, Studie: Migrationsbereitschaft und Wohnortbindung der Bevölkerung von ausgewählten Regionen des Landes Sachsen-Anhalt im November 1992, Berlin 1994.

18 So wuchs die Wirtschaft in den neuen Bundesländern 1994 real um 8,5 Prozent, davon die Industrieproduktion allein zwischen September/Oktober 1993 und September/Oktober 1994 um 16,8 Prozent; bei den Investitionsgütern belief sich die Steigerung im gleichen Zeitraum auf 28 Prozent, vgl. dpa vom 2. 1. 1994; für 1995 wird von den Konjunkturforschungsinstituten für die neuen Länder ein reales Wachstum des BIP von durchschnittlich 9 Prozent erwartet. Vgl. „Die Zeit“ vom 30. Dezember 1994, S. 15.

Gruppe dürfte nach unseren Ergebnissen insgesamt etwa 80 Prozent aller Bürgerinnen und Bürger umfassen, geht es gut und wird es künftig noch besser gehen.

Dementsprechend erkennen wir nach unseren Umfragen und anhand der amtlichen Statistiken, daß etwa 20 Prozent der Bevölkerung Wittenbergs vom Aufschwung nicht in gleichem Maße profitieren, vielmehr von ihm ausgeschlossen sind und deshalb eher zu den Verlierern des wirtschaftlichen Transformationsprozesses zählen. Hierzu gehören die Arbeitslosen, speziell die Langzeitarbeitslosen, und die älteren, in den (Vor-)Ruhestand versetzten Arbeitnehmer mit geringen Rentenansprüchen. Hierzu zählt aber auch ein Großteil der ehemals berufstätigen Frauen; insbesondere alleinerziehende Mütter mit kleinen Kindern sind betroffen. Nicht nur aufgrund heute fehlender Einrichtungen zur Kinderbetreuung haben sie vorerst nur geringe Chancen, wieder in ihren Beruf zu gelangen. Hinzu kommen seit 1990 auch in Ostdeutschland die neuen, überwiegend auf Sozialhilfe angewiesenen Gruppen, z. B. Straftatlassene, Alkoholiker, Drogenabhängige und Obdachlose.

Begleiterscheinungen der wirtschaftlichen Entwicklung nach der „Wende“ sind eine zunehmende

soziale Differenzierung und die Gefahr einer Polarisierung zwischen denen, die am Aufschwung teilhaben, und denjenigen, die davon ausgeschlossen sind. Diese Tendenz stellt in einem höheren Maße als im Westen Deutschlands eine Herausforderung für die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik dar.

Der Wiederaufbau der *kommunalen Selbstverwaltung* nähert sich dem, was im deutschen Gemeinwesen als „normal“ gilt. Mit anderen Worten, die Gemeinde Wittenberg wird bald genauso „funktionieren“ wie eine vergleichbare westdeutsche Gemeinde. Die politisch-administrative Elite Wittenbergs kann inzwischen sogar in bestimmten Bereichen einen Vorsprung an organisatorischen Fähigkeiten gegenüber westdeutschen Kollegen vorweisen, die mit vergleichbaren Problemen bislang nicht konfrontiert waren. Unter Einsatz ihrer vor der „Wende“ erworbenen Kenntnisse und Berufserfahrungen mußten sie in der äußerst schwierigen Aufbausituation Lösungen für Aufgaben finden, die vielerorts in westdeutschen Kommunen erst jetzt deutlich erkannt werden, wie z. B. der Aufbau einer effizienten und bürgernahen Verwaltung, der sparsame Umgang mit den sehr knapp gewordenen Finanzmitteln, eine systematische Wirtschaftsförderung und innovative Beschäftigungspolitik.

Hartmut Häußermann: Von der „sozialistischen“ zur „kapitalistischen“ Stadt

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 12/95, S. 3–15

Stadtentwicklung in der DDR unterlag anderen Rahmenbedingungen als in den westlichen Ländern: Das Privateigentum an Boden war abgeschafft, die Entscheidung über sämtliche Investitionen lag in den Händen einer zentral geleiteten Bürokratie, eine kommunale Selbstverwaltung gab es nicht. Unter diesen Bedingungen hatten städtebauliche Leitbilder, die stark von politischen Zielen bestimmt waren, eine hohe Bedeutung. Vor allem der Umbau der Stadtzentren und die großen Neubaugebiete prägten die „sozialistische“ Stadt.

Mit der Wiedervereinigung haben sich die Rahmenbedingungen für die Stadtentwicklung in Ostdeutschland grundlegend verändert: Privateigentum an Boden sowie die Einführung eines pluralistisch-demokratischen Entscheidungssystems lassen die Entwicklung der Städte zu einem komplexen Prozeß werden, in dem die Steuerungsmöglichkeiten für die öffentliche Planung geringer sind. Wie sehr sich dies auf eine Veränderung der Stadtstruktur und auf eine Verbesserung der Wohnverhältnisse auswirkt, hängt einerseits von der wirtschaftlichen Dynamik der Städte ab, andererseits vom Verlauf der Privatisierung der Immobilien.

Die Reprivatisierung der Grundstücke führt zu neuen Eigentümerstrukturen. Kapitalgesellschaften aus dem Westen sind überwiegend die Träger von Investitionen. Zusammen mit den Tendenzen zur Deregulierung in Planungsprozessen und in der Wohnungsversorgung entstehen damit wahrscheinlich Strukturen, die auch für die Zukunft der westlichen Städte typisch sein werden.

Carola Scholz/Werner Heinz: Stadtentwicklung in den neuen Bundesländern: Der Sonderfall Leipzig

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 12/95, S. 16–26

Als „Stadt der Wende“ rückte Leipzig 1989 in den Mittelpunkt des deutschen und des internationalen Interesses. Von Leipzig aus nahm die friedliche Revolution in der ehemaligen DDR ihren Ausgang.

Lage, Stadt- und Wirtschaftsstruktur sowie traditionelle Beziehungen zu westdeutschen Städten ließen Leipzig rasch zur ostdeutschen „Boomtown“ werden, die mit dem selbstbewußten Slogan „Leipzig kommt“ für sich wirbt. Aufschwung, Wachstum und städtebauliche Aufwertung blieben jedoch weitgehend auf einzelne Wirtschaftsbranchen und städtische Räume beschränkt. Der „Boomtown“ steht andererseits die „Poortown“ gegenüber, mit weitreichender Deindustrialisierung, damit zusammenhängenden städtischen Brachflächen und hohen Arbeitslosenzahlen sowie umfangreichen baulichen Verfallserscheinungen.

Mit einer differenzierten Darstellung der neuen Leipziger Gründerzeit und ihrer Entwicklungsphasen wird versucht, zum einen Probleme, Druck und Hektik zu veranschaulichen, denen die politisch-administrativen Akteure der Stadt ausgesetzt sind, und zum anderen geplante und/oder bereits realisierte Ansätze der (Gegen-)Steuerung zu skizzieren.

Grundlage dieser Darstellung ist eine 1994 abgeschlossene Studie des Deutschen Instituts für Urbanistik zum Thema „Städtische Entwicklung in ostdeutschen Städten“. Untersuchungsstädte waren neben Leipzig noch Jena, Schwerin und Rostock.

Lothar Bertels/Ulfert Herlyn: Von der grauen zur bunten Stadt. Folgen des Umbruchs in Gotha

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 12/95, S. 27-35

Unter dem Motto ‚Von der grauen zur bunten Stadt‘ werden am Beispiel der thüringischen Mittelstadt Gotha einige Aspekte des sozialräumlichen Wandels auf der Basis einer als Panelstudie angelegten empirischen Untersuchung dargestellt. Insbesondere wird auf den Nutzungswandel in der Innenstadt, den Wandel des Stadtbildes, die Veränderungen der Wohnstandards und die Brüche in den Lebensläufen der Einwohner in der Stadt eingegangen.

Die Befunde zeigen, daß der Gleichförmigkeit und dem Grau in den Städten der DDR nach der Wende eine farbige, dynamische Vielfalt in vielen Bereichen gefolgt ist. Doch es ist paradox: Diese Vielfalt entwickelt sich in Richtung einer neuen Gleichförmigkeit. Gotha erscheint mehr und mehr als das Massenprodukt ‚westdeutsche Stadt‘. Besonders das Bild der Innenstadt wird dem Erscheinungsbild westdeutscher Städte dieser Größenordnung immer ähnlicher.

Elmar Lange/Steffen Roski/Peter Schöber: Wittenberg auf dem Weg zur Normalität. Politischer und wirtschaftlicher Wandel in der Lutherstadt 1990 bis 1994

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 12/95, S. 36-46

Der soziale Wandel in Ostdeutschland hat vielerorts ein Stadium erreicht, das mit dem Begriff der ‚Transformation‘ allein nicht mehr hinreichend zu charakterisieren ist. Vielmehr kann am Beispiel der Lutherstadt Wittenberg, die zwischen 1990 und 1994 Gegenstand einer systematischen Längsschnittuntersuchung war, gezeigt werden, daß sich dort inzwischen die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse weitgehend normalisiert haben. Die Problemlagen und Handlungsmöglichkeiten der Gemeinde sind von jenen vergleichbarer westdeutscher Kommunen kaum mehr zu unterscheiden.

Auch die Wirtschaft Wittenbergs befindet sich in den Bereichen Landwirtschaft, Industrie, Handwerk und Dienstleistung auf dem Weg zur Normalität. Der Wachstumskurs ist eingeschlagen, die Leistungsmotivation ist bei jenen, die Arbeit haben, hoch, immer mehr Bürger, inzwischen etwa 80 Prozent der Bevölkerung, nehmen am Aufschwung teil. Dies impliziert jedoch zugleich, daß etwa ein Fünftel der Wittenberger nicht in gleicher Weise beteiligt ist und deshalb eher zu den Verlierern des wirtschaftlichen Transformationsprozesses zählt. Hierzu gehören neben den Arbeitslosen, insbesondere den Langzeitarbeitslosen, auch die Bezieher niedriger Renten, die alleinerziehenden Mütter sowie die auf Sozialhilfe angewiesenen Problemgruppen.

Die Entwicklung einer demokratischen Ordnung beruht nicht zuletzt auf einer intakten kommunalen Selbstverwaltung. Dort nähert man sich in Wittenberg mittlerweile dem, was im deutschen Gemeinwesen als ‚normal‘ gilt. Aufgrund ihrer spezifischen Erfahrungen kann die politisch-administrative Gemeindeelite in bestimmten Bereichen sogar gegenüber vielen Inhabern von Führungspositionen in westdeutschen Gemeinden einen Vorsprung an organisatorischen Fähigkeiten vorweisen.